



ifw Highlights 2013

Institut für Weltwirtschaft

Kiel Institute



IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW)
Hindenburgufer 66, D-24105 Kiel
Telefon +49 (431) 8814-1 • Telefax +49 (431) 8814-500

REDAKTIONSTEAM

Kirsten Lade; Silke Matthiesen-Goss; Elisabeth Otto;
Dr. Jürgen Stehn (inhaltlich verantwortlich nach § 6 MDStV)

FOTOS

Seite 5: Foto Renard, Kiel;
Seite 8: © Graça Victoria - Fotolia.com; © Christian Jakimowitsch - Fotolia.com
Seite 51, 52, 54, 57: Christina Kloodt Fotografie
Weitere Fotos: L. Eckeberg; M. Glowatzka; A. Husfeld; Dr. L. Kleemann; Dr. Wan-Hsin Liu;
M. Rank; Yifan Tao; S. Klahn & F. Schischefsky; Photo Bal

KONZEPTION

Kirsten Lade; Silke Matthiesen-Goss; Dr. Jürgen Stehn

COVERDESIGN

Schmidt und Weber Konzept-Design, Kiel

IfW-Highlights

Forschungshighlights

- 6 Wer profitiert wann vom internationalen Outsourcing?
- 9 Auswirkungen ethnisch-kultureller Vielfalt in der EU
- 11 Gemeinsam stärker? Zur Konzentration von Innovationsaktivitäten in China
- 15 Einbrüche in der Nachbarschaft lassen uns zu Egoisten werden
- 18 Informelle Kreditgeber können Zugang zu Krediten erleichtern
- 20 Die sozialen und gesundheitlichen Folgen von Arbeitsmigration für zurückbleibende, ältere Familienmitglieder
- 23 Rettet Kurzarbeit wirklich Arbeitsplätze?
- 25 Blick in die Kristallkugel oder präzise Vorhersagen? Wirtschaftliche Prognosemodelle auf dem Prüfstand
- 29 Wenn Banken krank werden – Ansteckungseffekte im Finanzsektor
- 31 Haben die unkonventionellen Maßnahmen der EZB die Risikoprämien in Südeuropa verringert?
- 35 Fukushima lässt deutsche Immobilienpreise sinken
- 37 Handelsliberalisierung: Bildung hilft potenziellen Globalisierungsverlierern
- 40 Einbußen auch in Wohlbefinden und Lebensqualität: Immaterielle Effekte der Katastrophe von Fukushima
- 42 Effizienter wirtschaften statt größerer Flächen: Ernährungssicherheit für eine wachsende Weltbevölkerung

Beratungshighlights

- 45 Politikwerkstätten: Ein zentrales Instrument der IfW-Beratungstätigkeit
- 47 Alles wieder gut in Griechenland?

Veranstaltungshighlights

- 51 Global Economic Symposium 2013
- 54 Weltwirtschaftlicher Preis 2013
- 57 Excellence Awards in Global Economic Affairs 2013
- 59 Take-Maracke-Förderpreis 2013
- 59 Jahresversammlung 2013 der IfW-Fördergesellschaft

Das IfW im Überblick

- 4 Editorial
- 5 Unsere Mission • Das Präsidium

Forschungsbereiche

- 8 Die internationale Arbeitsteilung
- 14 Wissensakkumulation und Wachstum
- 17 Sozial- und verhaltensökonomische Ansätze zur Lösung globaler Probleme
- 22 Armutsminderung und Entwicklung
- 28 Makroökonomische Politik in unvollkommenen Märkten
- 34 Finanzmärkte und makroökonomische Aktivität
- 39 Globalisierung und Wohlfahrtsstaat
- 44 Umwelt und natürliche Ressourcen

Zentren

- 50 Wirtschaftspolitik • Prognosen • Global Economic Symposium
- 53 Public Relations • Fundraising und Außenbeziehungen • Research Grants
- 58 Ausbildung • Wissenschaftliche Außenbeziehungen und Publikationen • Gemeinsame Verwaltung IfW/ZBW
- 60 Events • IT-Strukturen • Web Services
- 61 Organisationsstruktur
- 62 Ausblick – 100 Jahre die Welt im Blick

LIEBE LESERINNEN UND LESER,



ich freue mich, Ihnen die *IfW-Highlights* 2013 präsentieren zu dürfen. Die einmal jährlich erscheinenden *IfW-Highlights* geben Ihnen einen Einblick in ausgewählte Forschungs-, Beratungs-, Ausbildungs- und Veranstaltungsaktivitäten unseres Instituts als großem Zentrum weltwirtschaftlicher Forschung und informieren Sie gleichzeitig über das Forschungsprogramm und die organisatorischen Strukturen des Instituts für Weltwirtschaft.

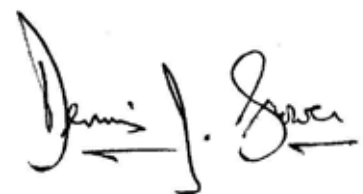
Die *IfW-Highlights* erheben nicht den Anspruch, vollständig über die Aktivitäten des Instituts für Weltwirtschaft zu berichten. Vielmehr möchten wir Ihnen ein buntes Kaleidoskop wirtschaftspolitisch relevanter Arbeiten aus dem IfW vorstellen – informativ und unterhaltsam.

Als öffentlich finanziertes Forschungsinstitut haben wir besonderen Wert darauf gelegt, die Beiträge für eine breite Öffentlichkeit verständlich zu gestalten. Zudem finden wissenschaftlich interessierte Leserinnen und Leser über die *IfW-Highlights* einen leichten Zugang zu weiterführenden und vertiefenden Veröffentlichungen und Informationen.

Ich würde mich sehr freuen, wenn die Beiträge Ihr Interesse finden und wir Sie auch in Zukunft zum Leserkreis der *IfW-Highlights* zählen dürfen.

Herzlichst

Ihr



Unsere Mission

Das IfW ist eines der großen Zentren

- *weltwirtschaftlicher **Forschung**,*
- *wirtschaftspolitischer **Beratung** und*
- *ökonomischer **Ausbildung**.*

Das Institut sieht seine Hauptaufgabe in der Erforschung innovativer Lösungsansätze für drängende weltwirtschaftliche Probleme. Auf Basis dieser Forschungsarbeiten berät es Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und informiert die interessierte Öffentlichkeit über wichtige wirtschaftspolitische Zusammenhänge.

Als Tor zur weltwirtschaftlichen Forschung pflegt es ein weit gespanntes Netzwerk aus nationalen und internationalen Experten, deren Forschungsarbeiten direkt oder indirekt in die Forschungs- und Beratungsaktivitäten des IfW einfließen.

Das IfW legt einen besonderen Schwerpunkt auf die ökonomische Aus- und Weiterbildung und kooperiert eng mit der ZBW, der größten wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Bibliothek der Welt.



Das Präsidium



Präsident

Prof. Dennis J. Snower, Ph.D.

Persönliche Referentin

Mag.rer.soc.oec. Agnes Tischler-Lechthaler

Sekretariat/Assistenz

Jutta M. Arpe (bis 07/13)

Iris Brettschneider, B.Sc. (ab 08/13)

Britta Thun

Sandra Martini, Dipl.-Geogr.

Geschäftsführung

Wissenschaftliche Geschäftsführerin

Dr. Sonja Peterson

Geschäftsführung Support und Prozessorganisation

Dipl.-Inform. Sven Gilles

Referentin Dipl.-Verww. Birgit Austen, M.A.

Sekretariat

Sabine Hübener, Christiane Gebühr

Kommunikation und Außendarstellung

Dipl.-Volksw. Guido Warlimont (Leiter)

Gleichstellungsbeauftragte

Dr. Wan-Hsin Liu

Justizariat

Ralf Kopischke (Justiziar)

Ombudsman für gute wissenschaftliche Praxis

Dr. Peter Nunnenkamp

Wer profitiert wann vom internationalen Outsourcing?

Autorenporträt



Tillmann Schwörer

Forschungsbereich
Die internationale Arbeitsteilung

Telefon (0431) 8814-573
E-Mail tillmann.schwoerer@ifw-kiel.de

Expertise

- Outsourcing und Offshoring von Vorleistungsgütern
- Trade in Services
- Marktaustritts-Dynamiken von Non-Profit-Organisationen
- Angewandte Mikroökonomie

Bedroht internationales Outsourcing, also die Abgabe von Produktionsschritten an ausländische Zulieferer, heimische Arbeitsplätze, oder sichert es indirekt deren Erhalt, indem es die Produktivität heimischer Unternehmen stärkt? Sind hoch und niedrig qualifizierte Beschäftigte in gleicher Weise von internationalem Outsourcing betroffen, oder gibt es unter diesen Beschäftigtengruppen Gewinner und Verlierer? Diesen Fragen gehe ich in zwei kürzlich erschienenen Studien nach. Darin zeige ich zunächst auf, in welchem Maße in Europa seit Mitte der 1990er Jahre internationales Outsourcing betrieben wurde. Deutschland sticht dabei mit relativ hohen Werten hervor. So ist der Eigenproduktionsanteil im deutschen Verarbeitenden Gewerbe durchschnittlich um rund 6 Prozentpunkte gesunken, maßgeblich bedingt durch die Verlagerung von Tätigkeiten ins Ausland (siehe Grafik). Im deutschen Dienstleistungssektor zeigt sich, dass der Großteil der Wertschöpfung nach wie vor im Inland erfolgt, wobei auch hier der Anteil des internationalen Outsourcings um rund zwei Prozentpunkte gestiegen ist.

In der öffentlichen wie auch der wissenschaftlichen Debatte wird verbreitet argumentiert, dass internationales Outsourcing die Ungleichheiten zwischen Niedrig- und Hochqualifizierten in entwickelten Ländern verstärkt, sowohl mit Blick auf Löhne als auch Beschäftigungsquoten. Diese Argumentation gründet unter anderem auf der Beobachtung, dass Niedrigqualifizierte meist Tätigkeiten ausüben, die relativ kostengünstig ins Ausland verlagert werden können. Beispielsweise trifft dies auf viele Fließbandarbeiter zu, da deren Tätigkeiten durch einen hohen Routinegrad und eine geringe Interaktion mit anderen Beschäftigten gekennzeichnet sind.

„Im Verarbeitenden Gewerbe führt internationales Outsourcing zu einer Steigerung der relativen Nachfrage nach Hochqualifizierten, im Dienstleistungssektor ist hingegen der gegenteilige Effekt zu beobachten.“

Empirische Belege für diesen Zusammenhang gab es bislang jedoch ausschließlich für das Verarbeitende Gewerbe. Dies ist zum einen angesichts der hohen gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des Dienstleistungssektors problematisch. Zum anderen vermuten jüngere theoretische Studien, dass die Effekte im Dienstleistungssektor weniger eindeutig sind. So sind die Tätigkeiten von Hochqualifizierten im Dienstleistungssektor oft computerbasiert und können als solche prinzipiell kostengünstig ins Ausland verlagert werden. Demgegenüber stehen viele Dienstleistungen von Niedrigqualifizierten, die strikt örtlich gebunden sind. Als Beispiele seien hier Pflege- und Hausmeistertätigkeiten genannt.

In einer empirischen Studie zeige ich für 28 deutsche Branchen im Zeitraum 1995 bis 2007, dass frühere Befunde für das Verarbeitende Gewerbe in der Tat nicht auf den Dienstleistungssektor übertragen werden können. Im Verarbeitenden Gewerbe führt internationales Outsourcing zu einer Steigerung der relativen Nachfrage nach Hochqualifizierten und entsprechend zu einem Rückgang der relativen Nachfrage nach Niedrigqualifizierten. Dies macht sich insbesondere in Form einer zunehmenden Lohnspreizung zwischen den beiden Beschäftigtengruppen bemerkbar. Hingegen ist im Dienstleistungssektor der gegenteilige Effekt zu beobachten.

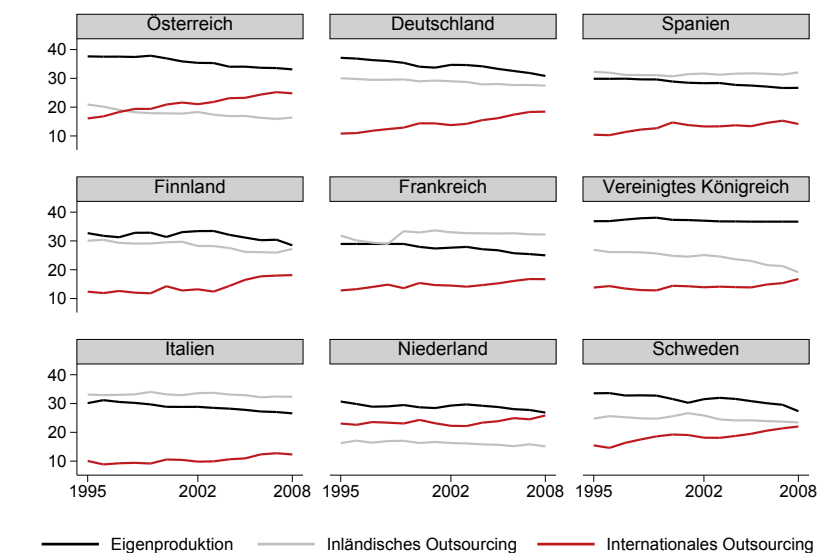
Dies hat zu einigen Konsequenzen für die Bewertung von Verteilungseffekten. Gewinner und Verlierer des internationalen Outsourcings lassen sich nicht hinreichend anhand des Qualifikationsniveaus der Beschäftigten identifizieren. Vielmehr sind auch die Sektorzugehörigkeit sowie die Tätigkeitsprofile der Beschäftigten dafür maßgeblich. Zum anderen lassen sich aus diesem Ergebnis auch Prognosen über zukünftige Arbeitskräftewanderungen zwischen Sektoren ableiten. So ist aufgrund der durch internationales Outsourcing hervorgerufenen Änderungen in der Arbeitsnachfrage zu erwarten, dass Niedrigqualifizierte zunehmend in den Dienstleistungssektor und Hochqualifizierte zunehmend in das Verarbeitende Gewerbe wandern werden. Politisch gilt es, dies durch Umschulungsangebote zu fördern.

In einer zweiten Studie untersuche ich die Effekte des internationalen Outsourcings auf die Produktivität von Unternehmen. Dies ist nicht zuletzt auch deswegen von Interesse, da jüngere theoretische Studien zeigen, dass internationales Outsourcing im Falle von starken Produktivitätsgewinnen sogar zu einer Netto-Zunahme von Arbeitsplätzen führen kann (Grossman und Rossi-Hansberg, 2008). Grundsätzlich können sich Produktivitätszugewinne aufgrund von Kostenersparnissen ergeben oder auch durch Wissens-Spillovers und Verbesserungen in der Qualität der Vorleistungen. Andererseits besteht die Möglichkeit, dass Unternehmen das Kind mit dem Bade ausschütten, indem sie zu viele ihrer Kernaktivitäten ins Ausland verlagern und dadurch an Produktivität einbüßen. In der Studie trage ich dieser Hypothese Rechnung, indem ich unterschiedliche Indikatoren für das internationale Outsourcing von Rand- bzw. Kernaktivitäten verwende. Beispielsweise stellt für einen Automobilhersteller die Reifenproduktion eine Randaktivität und die Motorenproduktion eine Kernaktivität dar.

Die ökonometrische Analyse zeigt, basierend auf Firmen- und Industriedaten für neun westeuropäische Länder, dass internationales Outsourcing von Randaktivitäten zu einer Erhöhung der Produktivität von Unternehmen führt, wohingegen internationales Outsourcing von Kernaktivitäten in der Tat keine signifikanten Produktivitätsveränderungen hervorruft. Dies deutet darauf hin, dass beim internationalen Outsourcing von Kernaktivitäten eine kritische Grenze erreicht ist. Zusätzliche Produktionsverlagerungen von Kernaktivitäten lassen sich unter Produktivitätsgesichtspunkten folglich nur schwer rechtfertigen.

Die Frage, wie sich die Produktivitätszugewinne, die durch das internationale Outsourcing von Randaktivitäten erzielt werden, auf die Arbeitsnachfrage der Unternehmen auswirken, kann anhand der beiden Studien nicht abschließend beantwortet werden. Es ist zwar anzunehmen, dass generell positive Rückkopplungen auf die Arbeitsnachfrage entstehen, nicht zuletzt auch für die Nachfrage nach Niedrigqualifizierten. Unklar ist jedoch, ob diese indirekten Effekte groß genug sind, um die unmittelbaren Arbeitsplatzverluste zu kompensieren. Dagegen spricht die Tatsache, dass im Verarbeitenden Gewerbe sowohl ein hoher Grad an internationalem Outsourcing als auch stark rückläufige Beschäftigungszahlen zu beobachten sind.

Zusammensetzung der Gesamtproduktion im Verarbeitenden Gewerbe zwischen 1995 und 2008 (in Prozent)



Quelle: Schwörer, Tillmann (2013). Offshoring, Domestic Outsourcing, and Productivity: Evidence for a Number of European Countries. *Review of World Economics* 149 (1). Online supplementary material.

Weiterführende Literatur

Grossman, Gene, und Esteban Rossi-Hansberg (2008). Trading Tasks: A Simple Theory of Offshoring. *American Economic Review* 98 (5): 1978–1997.

Schwörer, Tillmann (2013). Offshoring, Domestic Outsourcing, and Productivity: Evidence for a Number of European Countries. *Review of World Economics* 149 (1): 131–149.

Schwörer, Tillmann (2013). Offshoring and Labour Market Inequalities. Kieler Arbeitspapiere 1877. IfW, Kiel.



Dipl.-Volksw. Frank Bickenbach

Dr. Eckhardt Bode

Ursula Fritsch

Olivier N. Godart, Ph.D.

Prof. Holger Görg, Ph.D. (Leiter)

Dr. Dennis Görlich

Sabine Hübener

Dipl.-Volksw. Christiane Krieger-Boden

Dr. Peter Nunnenkamp

Michaela Rank

Tillmann Schwörer

Natalia Trofimenko, Ph.D.

Prof. Gerald Willmann, Ph.D.

assoziiert:

Prof. Dr. Dierk Herzer

Prof. Horst Raff, Ph.D.

Das übergeordnete Ziel der Forschung in diesem Bereich besteht darin, wesentliche Aspekte der internationalen Arbeitsteilung bei fortschreitender Globalisierung empirisch zu analysieren. Auf diese Weise wollen wir dazu beitragen, zu überzeugenderen Antworten auf globalisierungsbedingte Herausforderungen zu kommen. Der Schwerpunkt der Forschung liegt auf den Determinanten und Effekten von Outsourcing und Offshoring durch internationalen Handel und ausländische Direktinvestitionen auf weltweiter und regionaler Ebene, das heißt auf Aspekten der Globalisierung, die sowohl in Wissenschaft als auch in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert werden:

Ausländische Direktinvestitionen

Hier werden Determinanten und Auswirkungen von ausländischen Direktinvestitionen und multinationalen Unternehmen untersucht. Empirisch wird dies mit Hilfe von Makro- und Mikrodatensätzen analysiert.



Outsourcing und Handel von Dienstleistungen

Dieses Projekt wird auf Basis des Siebten Rahmenprogrammes (FP7) durch die Europäische Kommission gefördert. Untersucht werden hier vor allem die Auswirkungen von Dienstleistungshandel und insbesondere des Outsourcings von Dienstleistungen auf Beschäftigung und Produktivität in Heimatländern.



Anpassungsprozesse im Handel

In diesem Projekt werden die Anpassungsprozesse, die durch Handel entstehen, beschrieben. Auf der Mikroebene betrifft dies z.B. die Anpassung der Innovationsleistung und Produktivität von Exporteuren vis-à-vis nicht exportierender Firmen, oder die Anpassung von Arbeitnehmern in Hinsicht auf Löhne und Beschäftigung in einer globalisierten Welt. Auf der Makroebene wird z.B. die strukturelle Anpassung durch Handel in verschiedenen Regionen innerhalb eines Landes oder zwischen Ländern untersucht.



Auswirkungen ethnisch-kultureller Vielfalt in der EU

Die ethnische Struktur der Bevölkerung vieler Regionen Europas hat sich in den letzten Jahren nachhaltig verändert. Generell ist eine Zunahme der ethnisch-kulturellen Vielfalt in der gesamten EU wie auch in den meisten Teilregionen der EU zu beobachten. Die ungebrochene Attraktivität Europas für Zuwanderer von außerhalb der EU und die Zunahme der EU-Binnenwanderungen im Gefolge der Eurokrise lassen erwarten, dass sich dieser Trend in den nächsten Jahren fortsetzen wird. Es stellt sich daher die Frage, welche Auswirkungen ethnisch-kulturelle Vielfalt auf die regionale Wirtschaftsentwicklung in der EU hat. Dieser Frage gehen wir im Rahmen des breit angelegten, EU-weiten Forschungsprojekts „Welfare, Wealth, and Work for Europe“ (Acronym: WWWforEurope) nach.

In der theoretischen Literatur finden sich unterschiedliche Hypothesen zum Einfluss kultureller Vielfalt auf ökonomische Variablen. Eine Hypothese, die sich auf die amerikanische Stadtökonomin Jane Jacobs (1961) zurückführen lässt, besagt, dass Diversität zahlreiche ökonomische Aktivitäten begünstigt. Ethnisch-kulturelle Vielfalt erhöht das kreative Potenzial einer Region, begünstigt die Entstehung und Weitergabe neuen Wissens sowie das Erkennen und die Umsetzung unternehmerischer Möglichkeiten. Auf der anderen Seite kann eine Zunahme ethnischer Vielfalt aber auch negative Auswirkungen wie Gettoisierung, Fremdenfeindlichkeit oder Verteilungskonflikte in Bezug auf öffentliche Güter nach sich ziehen (vgl. etwa Alesina et al., 1999).

Die empirische Evidenz dazu, welche Effekte überwiegen, ist sowohl für Europa als Ganzes als auch für seine Teilräume noch unzureichend ausgeprägt, was nicht zuletzt auf das Fehlen einer geeigneten Regionaldatenbasis zur Analyse der regionalökonomischen Auswirkungen zunehmender ethnisch-kultureller Vielfalt zurückzuführen ist. Am Beginn unserer Arbeit stand daher der Aufbau einer umfassenden und verlässlichen Datenbasis zur ethnischen Vielfalt in den Regionen der EU, deren Entwicklung im Zeitablauf und deren möglichen Auswirkungen auf die regionale Wirtschaftsentwicklung.

„Unsere Ergebnisse deuten auf einen positiven Zusammenhang von ethnisch-kultureller Vielfalt und regionaler Innovationsaktivität hin.“

Erste Ergebnisse belegen sehr stark ausgeprägte regionale Unterschiede in Bezug auf die ethnisch-kulturelle Vielfalt: Die höchste ethnisch-kulturelle Diversität weisen die urbanen Agglomerationszentren in Mitteleuropa, die Megastädte London und Paris sowie einige skandinavische und norditalienische Großstadtreionen auf, während dünn besiedelte und peripher gelegene Regionen – insbesondere in den osteuropäischen Beitrittsländern – eine sehr geringe ethnische Diversität aufweisen.

Weiterhin deuten die Ergebnisse auf einen positiven Zusammenhang von ethnisch-kultureller Vielfalt und regionaler Innovationsaktivität hin. Dies steht in Bezug zu einer positiven Verbindung von ethnisch-kultureller Vielfalt und regionaler Wirtschaftskraft, wobei sich dieser Zusammenhang mit zunehmender Diversität wieder abzuschwächen scheint.

In weitergehenden Analyseschritten soll der Einfluss ethnisch-kultureller Vielfalt auf regionales Wachstum, Innovation und die regionale Arbeitsmarktentwicklung in den europäischen Regionen systematisch untersucht werden. Aus den so gewonnenen Erkenntnissen sollen Empfehlungen für zukünftige Innovations- und Integrationspolitiken abgeleitet werden, welche insbesondere die erheblichen Unterschiede zwischen ver-

Autorenporträts



Dr. Dirk Christian Dohse
Leiter des Forschungsbereichs
Wissensakkumulation und Wachstum
 Zentrum **Ausbildung**
 Telefon (0431) 8814-460
 E-Mail dirk.dohse@ifw-kiel.de

Expertise

- Wissensentstehung und Wissensdiffusion
- Wissen, Globalisierung und Wachstum
- Agglomeration und Wachstum in wissensbasierten Gesellschaften
- Entrepreneurship



Dr. Robert Gold
Forschungsbereich
Wissensakkumulation und Wachstum
 Telefon (0431) 8814-412
 E-Mail robert.gold@ifw-kiel.de

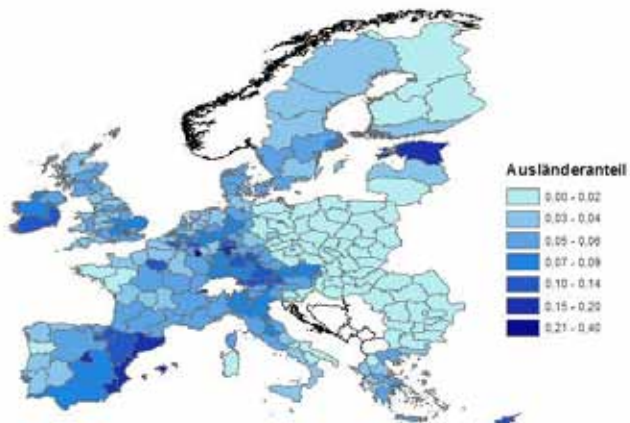
Expertise

- Auswirkungen von (kultureller) Diversität auf regionale Entwicklung
- Institutionelle Rahmenbedingungen für innovatives Unternehmertum
- Politische Ökonomie der Globalisierung und des technologischen Fortschritts

Weitere Expertise

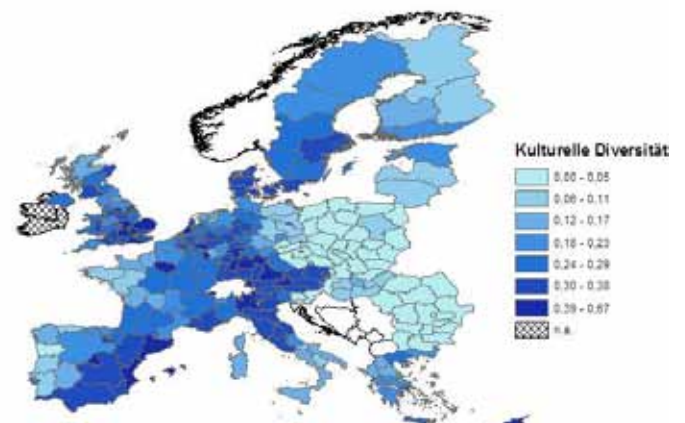
- Empirische Analyse von Panel-, Cross-Section- und Surveydaten
- Identifikationsstrategien zur Messung kausaler Effekte

(1) Regionaler Ausländeranteil



Karte zeigt Anteil ausländischer Staatsbürger an der Gesamtbevölkerung der NUTS-2-Regionen der EU-27 im Jahr 2007.

(2) Kulturelle Diversität



Karte zeigt standardisierten Theil-Diversitätsindex der NUTS-2-Regionen der EU-27 im Jahr 2007. Index auf Basis der in den Regionen beobachteten Bevölkerungsgruppen nach Staatsangehörigkeit, gewichtet mit Sprachdistanzen.

schiedenen Regionen der EU berücksichtigen. Die Ergebnisse werden in den WWWforEurope-Abschlussbericht an die EU-Kommission einfließen, worin Strategien zum sozio-ökologischen Wandel in der Europäischen Union erörtert werden.

Weiterführende Literatur

Alesina, Alberto, Reza Baqir und William Easterly (1999). „Public Goods And Ethnic Divisions.“ *The Quarterly Journal of Economics* 114 (4): 1243–1284.

Dohse, Dirk, und Robert Gold (2013). „Measuring Cultural Diversity at a Regional Level.“ WWWforEurope Working Papers series 10. WWWforEurope.

Jacobs, Jane (1961). „The Death and Life of Great American Cities.“ New York: Random House.

Gemeinsam stärker? Zur Konzentration von Innovationsaktivitäten in China

Weg vom alten Image: China ist seit Beginn der Wirtschaftsreformen Ende der siebziger Jahre international vor allem als Weltfabrik für die kostengünstige Fertigung arbeitsintensiver Produkte bekannt geworden. Das soll anders werden. China bemüht sich seit über einem Jahrzehnt intensiv, seinen wirtschaftlichen Schwerpunkt hin zur Förderung heimischer Innovationen und zur Fertigung hochwertiger, technologieintensiver Produkte zu verlagern. Die chinesische Regierung betrachtet dabei staatliche wie private Unternehmen zunehmend als wichtige Innovatoren, von denen Chinas weitere wirtschaftliche Entwicklung maßgeblich abhängen wird. Die traditionell einseitige Innovationskultur Chinas, in der öffentliche Institutionen wie Universitäten und Forschungsinstitute die zentrale Rollen spielen, wandelt sich rasch zu einem differenzierteren Innovationssystem, in dem Interaktionen innerhalb und zwischen den verschiedenen Gruppen von Innovatoren – Unternehmen, Universitäten und Forschungsinstituten – von zunehmender Bedeutung für die Innovationsfortschritte des Landes sind.

Ein wichtiger Faktor für eine effiziente Interaktion der verschiedenen Innovatoren ist räumliche Nähe. Räumliche Nähe erleichtert persönliche Kontakte und Kooperation und fördert dadurch die Entstehung und Ausbreitung neuen Wissens. Um die chinesische Innovationsoffensive des vergangenen Jahrzehnts zu bewerten, haben wir untersucht, wie sich die regionale Konzentration industrieller und öffentlicher Innovationsaktivitäten seit dem Jahr 2000 entwickelt hat und ob hier eventuell politischer Handlungsbedarf besteht.

Die Untersuchung umfasst die regionale Verteilung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E), des F&E-Personals und der Patentanträge von großen und mittelgroßen Unternehmen, von Universitäten und von Forschungsinstituten. Untersucht wurde, wie stark sich die Innovationsaktivitäten der verschiedenen Gruppen auf einzelne chinesische Provinzen konzentrieren und ob sich die Aktivitäten der einzelnen Gruppen dabei tendenziell auf die gleichen Provinzen (Ko-Agglomeration) oder auf unterschiedliche Provinzen konzentrieren. Konkret wurde mit Hilfe spezifischer statistischer Messgrößen für jedes Jahr zwischen 2000 und 2010 sowohl die regionale Konzentration der Innovationsaktivitäten der einzelnen Innovatorengruppen als auch die paarweise Ko-Agglomeration der Aktivitäten von jeweils zwei der drei Innovatorengruppen gemessen und ihre Entwicklung im Zeitverlauf analysiert. Dabei erlauben es die gewählten Messgrößen, Unterschiede in der Bevölkerungsgröße oder der Wirtschaftskraft der verschiedenen Provinzen explizit zu berücksichtigen.

Im Folgenden fokussieren wir uns beispielhaft auf die Entwicklung der F&E-Ausgaben. Die gesamten F&E-Ausgaben der oben genannten Innovatorengruppen in China sind zwischen 2000 und 2010 mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von fast 24 Prozent gestiegen und haben sich damit in nur einem Jahrzehnt mehr als verachtfacht. Dabei haben die industriellen F&E-Ausgaben mit durchschnittlich ca. 28 Prozent pro Jahr am stärksten zugenommen – sie machten im Jahr 2010 bereits einen Anteil von fast 70 Prozent aller F&E-Ausgaben aus. Die jährliche Wachstumsrate der universitären F&E-Ausgaben war mit knapp 23 Prozent annähernd so hoch wie die der F&E-Gesamtausgaben Chinas. Die der Forschungsinstitute war hingegen mit knapp 14 Prozent deutlich niedriger.

Autorenporträts



Frank Bickenbach

Forschungsbereiche

- Die internationale Arbeitsteilung
- Wissensakkumulation und Wachstum

Telefon (0431) 8814-274

E-Mail frank.bickenbach@ifw-kiel.de

Expertise

- Räumlicher und sektoraler Strukturwandel
- Europäische Integration
- Innovation und Hochschulbildung in China
- Institutioneller Wandel in China

Weitere Expertise

- Industrie- und Regulierungsökonomik
- Institutionenökonomie
- Ökonomischer Föderalismus



Dr. Wan-Hsin Liu

Forschungsbereich

Wissensakkumulation und Wachstum

Telefon (0431) 8814-269

E-Mail wan-hsin.liu@ifw-kiel.de

Expertise

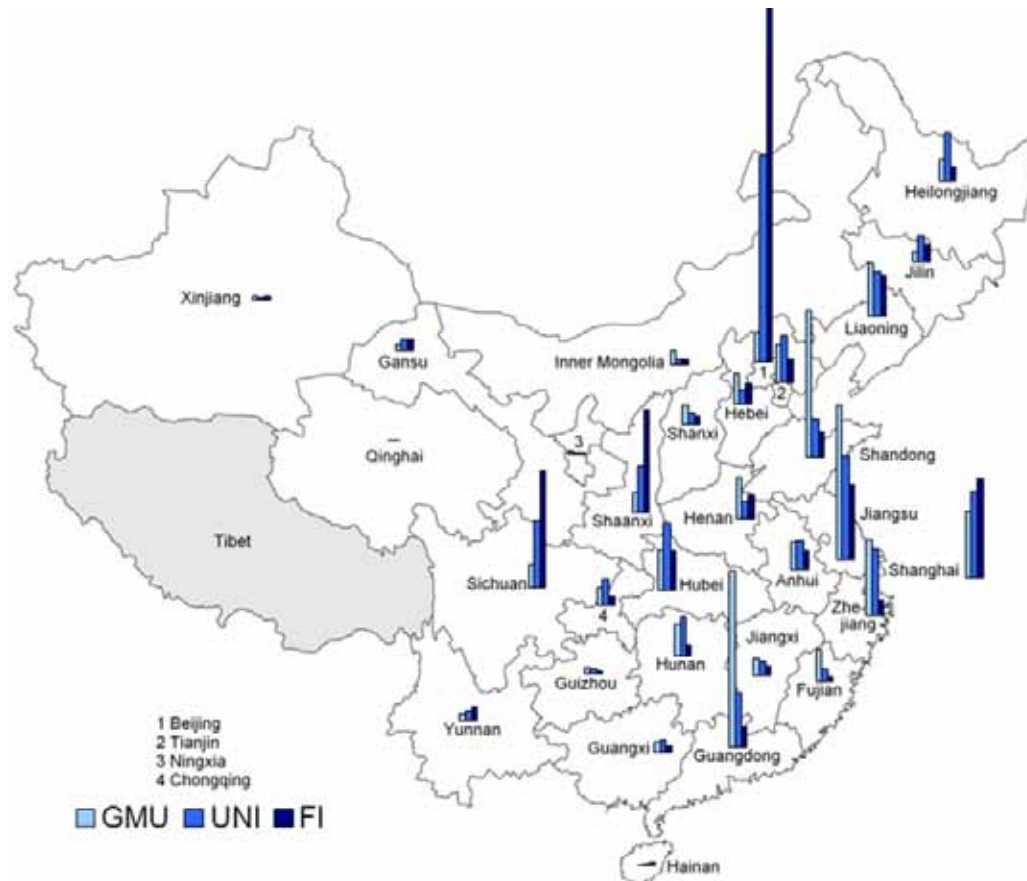
- Innovation, Technologie- und Wissenstransfer
- Innovationspolitik
- Innovationssystem (Regional/National)

Weitere Expertise

- Innovation und Hochschulbildung in China
- Institutioneller Wandel in China
- Wirtschaftsintegration, insbesondere in Ostasien

Zur Illustration der regionalen Konzentration der Innovationsaktivitäten zeigt die Grafik die Verteilung der F&E-Ausgaben von Unternehmen (GMU), Universitäten (UNI) und Forschungsinstituten (FI) auf 30 chinesische Provinzen für das Jahr 2010. Aufgrund unvollständiger Datenverfügbarkeit konnte Tibet nicht in die Analyse einbezogen werden. Die Grafik zeigt, dass die F&E-Ausgaben der drei Innovatorengruppen geographisch stark konzentriert sind. So entfielen im Jahr 2010 mehr als 50 Prozent der gesamten F&E-Ausgaben auf nur fünf

Regionale Verteilung industrieller und öffentlicher F&E-Ausgaben in China, 2010



Quelle: China Statistical Yearbook on Science and Technology (2011). Eigene Darstellung.

Provinzen: Guangdong, Peking, Shanghai, Jiangsu und Shandong. Dabei sind die drei Innovatorengruppen unterschiedlich stark in den jeweiligen Provinzen vertreten. Während Peking den höchsten Anteil an den F&E-Ausgaben von Universitäten (22,8 Prozent) und insbesondere von Forschungsinstituten (33,3 Prozent) aufweist, sind die F&E-Ausgaben industrieller Innovatoren (GMU) besonders stark in Guangdong konzentriert (16,9 Prozent). Peking spielt hier wiederum nur eine relativ geringe Rolle (4,4 Prozent). Dies lässt bereits vermuten, dass sich die Innovationsaktivitäten der verschiedenen Akteure zwar sehr ungleich auf die chinesischen Provinzen verteilen, dass die Ko-Agglomeration der Innovationsaktivitäten insbesondere zwischen industriellen und öffentlichen Innovatoren aber gering ist.

Die systematische Untersuchung der Konzentrations- und Ko-Agglomerationsprozesse mit Hilfe von statistischen Messgrößen bestätigt diesen Eindruck und liefert darüber hinaus weitere wichtige Einsichten hinsichtlich der zeitlichen Entwicklung von Konzentration und Ko-Agglomeration.

meration. Lassen wir die Unterschiede in Wirtschaftskraft und Bevölkerungsgröße zwischen den Provinzen zunächst außer Acht, so hat die regionale Konzentration der industriellen F&E-Ausgaben (GMU) zwischen 2000 und 2010 stark zugenommen, während die Konzentration der öffentlichen F&E-Ausgaben abgenommen hat (UNI) bzw. relativ konstant geblieben ist (FI). Wenn jetzt die stark unterschiedliche Wirtschaftskraft der Provinzen berücksichtigt wird, ändert sich das Bild für die Konzentration der industriellen Innovationsaktivitäten jedoch drastisch: Die Konzentration der industriellen F&E-Ausgaben ist dann deutlich geringer und nimmt über die Zeit sogar noch weiter ab. Im Gegensatz dazu bleiben die Ergebnisse für die öffentlichen F&E-Ausgaben weitgehend unverändert.

Insgesamt deuten die Ergebnisse zur Konzentrationsentwicklung darauf hin, dass sich die regionale Verteilung der industriellen Innovationsaktivitäten stärker an der wirtschaftlichen Leistungskraft der einzelnen Provinzen orientiert, während die regionale Verteilung der öffentlichen Innovationsaktivitäten stärker politischen Einflüssen unterliegt.

Die Ko-Agglomerationsanalyse zeigt eine nur schwache Tendenz zur Ko-Agglomeration industrieller und öffentlicher Innovationsaktivitäten. Insbesondere bei Berücksichtigung der unterschiedlichen Bevölkerungsgrößen der Provinzen hat die Ko-Agglomeration von industriellen und öffentlichen F&E-Ausgaben über den betrachteten Zeitraum hinweg deutlich abgenommen und war im Jahr 2010 nahezu null. Zwar weisen die am stärksten entwickelten Provinzen (Peking, Shanghai und Guangdong) überdurchschnittlich hohe Anteile an den F&E-Ausgaben aller Innovatorengruppen auf (positive Ko-Agglomeration), gleichzeitig bestehen zwischen diesen Provinzen jedoch erhebliche Unterschiede hinsichtlich der relativen Bedeutung der verschiedenen Innovatorenguppen (negative Ko-Agglomeration).

Die geringe und im Zeitverlauf weiter abnehmende Ko-Agglomeration industrieller und öffentlicher Innovationsaktivitäten lässt vermuten, dass die potenziellen Vorteile, die sich aus der geographischen Nähe von innovierenden Unternehmen, Universitäten und Forschungsinstituten für Wissensentstehung und -ausbreitung ergeben können, im heutigen China zu einem großen Teil noch ungenutzt bleiben. Für die Sicherung eines nachhaltigen, innovationsbasierten Wachstums der chinesischen Wirtschaft wird es von erheblicher Bedeutung sein, sicherzustellen, dass industrielle und öffentliche Innovatoren trotz mangelnder räumlicher Nähe in Zukunft enger zusammenarbeiten und stärker von den spezifischen Innovationsstärken des jeweils anderen profitieren können.

„Die potenziellen Vorteile, die sich aus der geographischen Nähe von innovierenden Unternehmen, Universitäten und Forschungsinstituten ergeben können, bleiben im heutigen China zu einem großen Teil noch ungenutzt.“

Weiterführende Literatur

Bickenbach, Frank, und Wan-Hsin Liu. The Development of the Spatial Concentration and Co-Agglomeration of Industrial and Public Innovation in China. In: Ingo Liefner und Yehua Dennis Wei (Hrsg.), *Innovation and Regional Development in China*. New York: Routledge. Im Erscheinen.



Carmen Andersson
Dipl.-Volksw. Frank Bickenbach
Dr. Eckhardt Bode
Dr. Dirk Christian Dohse (Leiter)
Dr. Robert Gold
Prof. Aoife Hanley, Ph.D.
Dr. Wan-Hsin Liu
Prof. Dr. Ingrid Ott
Andrea Schäfer
Dr. Rainer Schweickert
Dr. Andrea Vaona, Ph.D.
assoziiert:
Limin DU

Eine der wichtigsten weltwirtschaftlichen Entwicklungen der Gegenwart ist die zunehmende Verlagerung von Forschung und Entwicklung sowie anderer wissensintensiver Aktivitäten aus hoch entwickelten Industrieländern in rasch wachsende Schwellenländer („Emerging Economies“). Da neues Wissen langfristig eine der wichtigsten Quellen von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung ist, ziehen globale Verlagerungen der Wissensproduktion und Veränderungen der internationalen Wissensflüsse globale Verschiebungen von Einkommen und Wohlstand nach sich.

Ziel der Forschung in diesem Bereich ist es, zu einem besseren Verständnis der Determinanten von Wissensentstehung, Wissensausbreitung und wissensbasiertem Wachstum in **Industrieländern** und **Emerging Economies** beizutragen. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Rolle des räumlichen, institutionellen und kulturellen Umfeldes, da die entscheidenden Innovations- und Wachstumsdeterminanten in einer globalisierten Welt nicht diejenigen sind, die ubiquitär verfügbar sind, sondern die, die – zumindest temporär – standortgebunden sind.

Die Forschungsarbeit ist in zwei eng verknüpften Projekten organisiert:

Wissens-Spillover in Industrieländern

In diesem Projekt wird untersucht, wie die Ausbreitung neuen Wissens Wachstum und Entwicklung von Unternehmen in hoch entwickelten Industrieländern beeinflusst. Schwerpunkte der Forschung liegen auf der Rolle des räumlichen, institutionellen und kulturellen Umfeldes sowie auf den Wechselwirkungen zwischen Internationalisierung und Innovationsfähigkeit.

Wissensakkumulation und Wachstum in Schwellenländern

In diesem Projekt werden Bestimmungsgründe und Muster von Innovation und Wachstum in Schwellenländern, die Auswirkungen des weltweiten „Knowledge Sourcing“ für Schwellenländer sowie die Akteure und Triebkräfte hinter internationalen Wissensflüssen analysiert. Ein wichtiges Teilprojekt (mit Fokus auf China) wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert.

Forschungsnetzwerk

Der Forschungsbereich Wissensakkumulation und Wachstum ist Mitglied der folgenden internationalen Netzwerke:

- „DIME“ (Dynamics of Institutions and Markets in Europe). In diesem von der EU finanzierten Exzellenznetzwerk untersuchen Ökonomen, Sozialwissenschaftler und Wirtschaftsgeografen die ökonomischen und sozialen Konsequenzen der fortschreitenden Globalisierung in wissensbasierten Gesellschaften.
- „Megacities-Megachallenge: Informal Dynamics of Global Change“. Dieses von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanzierte Schwerpunktprogramm verbindet Ökonomen und Sozialwissenschaftler in Deutschland, China und Bangladesh. Der Forschungsschwerpunkt des Programms liegt auf den Wechselwirkungen zwischen Prozessen des globalen Wandels, insbesondere Prozessen der Wissensakkumulation und Wissensausbreitung, und informellen Institutionen und Prozessen in megastädtischen Systemen.

Einbrüche in der Nachbarschaft lassen uns zu Egoisten werden

Von wegen *homo oeconomicus*: In der Ökonomie setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, wie wichtig soziales Kapital für ökonomische Aktivitäten ist. Der Begriff *soziales Kapital* lässt sich hier unter den Schlagworten

- soziale Bindungen von Menschen zu ihrer Gemeinschaft,
- gemeinsame Normen und Werte und
- gegenseitiges Vertrauen

zusammenfassen. Dieses soziale Kapital kann helfen, Erträge zu realisieren, die etwa durch egoistisches Verhalten, klar definierte Verträge oder Staatsaufsicht nicht realisiert worden wären. Diese Erträge entstehen dadurch, dass soziale Bindungen einen dauerhaft sicheren Rahmen schaffen, unter dem Menschen gemeinschaftlich gewinnbringende Beziehungen führen können. Sie orientieren sich an gemeinsamen Normen und Werten und können darauf vertrauen, dass andere dies ebenfalls tun.

Aber ist dieses soziale Kapital stabil? Und noch interessanter: Wie ändert sich das Verhalten, wenn sich das soziale Kapital ändert? Eine Studie von Bosworth und Walsh (2013) versucht, den Einfluss einer Änderung von sozialem Kapital, z.B. durch externe Erlebnisse, auf unser Verhalten zu erklären. Dafür wird in einem Feldexperiment der Einfluss von Einbruchsdelikten auf das soziale Kapital untersucht. Die Idee dahinter ist, dass die Existenz von Verbrechen darauf schließen lässt, dass andere sich nicht an soziale Normen und Werte halten und man selbst nicht sicher vor Übervorteilung ist. Dies wiederum könnte die Bereitschaft senken, selbst an öffentlichen Gütern mitzuwirken.

Um die These zu testen, wurden ausgewählte Haushalte in amerikanischen Städten, in deren Wohnblock es kürzlich einen Einbruch gegeben hat, per Post zur Teilnahme an einer Umfrage angeschrieben. Teile der Umfragen sind Fragen aus dem *World*

Value Survey oder Fragen speziell nach ehrenamtlicher Tätigkeit, Vertrauen in Institutionen und Vertrauen in andere im Allgemeinen. Zusätzlich wurden drei in der Verhaltensökonomie häufig benutzte Interaktionsspiele abgefragt. Diese Verhaltensspiele zielen darauf ab, Vertrauen, Kooperationsbereitschaft und Spendenbereitschaft zu messen.

So wird zum Beispiel beim Spiel, das

die Spendenbereitschaft misst, jeder Teilnehmer mit 30 Dollar ausgestattet, die er entweder für sich behalten oder einer wohltätigen Organisation spenden kann. Jeder Dollar, der gespendet wird, wird dabei vom Versuchsleiter mit einem weiteren Dollar aufgestockt.

Unsere Ergebnisse legen nahe, dass das von uns gemessene soziale Kapital negativ mit der Nähe zu Einbruchsdelikten abnimmt. Teilnehmer, die Erfahrungen mit Einbrüchen in ihrer unmittelbaren Umgebung gemacht haben, weisen ein niedriges soziales Kapital aus. In den ökonomischen Verhaltensspielen vertrauen sie weniger,

„Menschen, die Erfahrungen mit Einbrüchen in ihrer unmittelbaren Umgebung gemacht haben, vertrauen weniger, sind weniger bereit zu kooperieren und spenden weniger für wohltätige Organisationen.“

Autorenporträt



Dr. Steven Bosworth, Ph.D.

Forschungsbereich
Sozial- und verhaltensökonomische
Ansätze zur Lösung globaler Probleme

Telefon (0431) 8814-630
E-Mail steven.bosworth@ifw-kiel.de

Expertise

- Experimentelle Wirtschaftsforschung
- Sozialkapital

Einfluss eines Einbruchsdelikt auf die unmittelbare Nachbarschaft

sind weniger bereit zu kooperieren und spenden weniger für wohltätige Organisationen. Daraus lässt sich möglicherweise schließen, dass ein durch negative Erlebnisse sinkendes soziales Kapital einen realen negativen Einfluss auf unser Zusammenleben haben könnte.



Seit dem letzten Jahrhundert ist die Menschheit mit zahlreichen globalen Problemen konfrontiert, für die sich nur schwer praktisch umsetzbare Lösungen finden lassen. Neben ökonomischen Problemen wie Finanzkrisen, Jugendarbeitslosigkeit und Armut sind insbesondere auch Umweltprobleme wie Klimawandel, Artensterben und Wassermangel sowie politische Probleme wie Waffenhandel und Korruption zu nennen. Wir verfügen über genügend Kapazitäten, um viele dieser Probleme zu bewältigen, haben aber dennoch nur wenige Fortschritte vorzuweisen. Ein Versagen des freien Marktes wird als Erklärung der etablierten Volkswirtschaftslehre für die Beständigkeit vieler globaler Probleme ausgewiesen. Auf dieser Grundlage plädieren Volkswirte üblicherweise für eine Politik, die Individuen eine volle Kompensation für alle Leistungen und Kosten bietet. Das kann durch Steuern, Subventionen, Neudefinition von Eigentumsrechten sowie verschiedenen Gesetzen und Regulierungen geschehen. Die unsichtbare Hand setzt mit den damit verbundenen Erklärungen für ein Marktversagen voraus, dass Menschen (i) individualistisch, eigenständig, eigennützig und materialistisch (ihr Nutzen hängt primär von Gütern und Dienstleistungen ab) sind, (ii) konsistente, stabile und weitsichtige Präferenzen haben, (iii) rational in dem Sinne sind, dass sie alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um ihre Ziele zu erreichen und (iv) ihren Nutzen maximieren, der zugleich ihr Entscheidungsverhalten als auch ihr Wohlergehen beschreibt.

Die Grundlage des Forschungsbereichs ist es, dass diese Konzeption menschlicher Motivation und menschlichen Entscheidungsverhaltens überholt und nicht konsistent mit Ergebnissen anderer Fachrichtungen wie zum Beispiel den Neurowissenschaften, Kognitionswissenschaften, der kognitiven Psychologie, der Entwicklungspsychologie, der Verhaltensökonomie und anderer Disziplinen ist. So sind Menschen nicht ausschließlich eigennützig, da sie die Fähigkeit zu Fairness, Empathie, Mitgefühl und Fürsorge besitzen. Sie sind nicht ausschließlich rational, da menschliches Verhalten zu einem großen Teil durch Emotionen und Heuristiken beeinflusst wird. Sie sind nicht ausschließlich individualistisch, da ihre Präferenzen stark durch ihre soziale Gruppe bestimmt werden. Ihre Entscheidungen sind keine Reaktion auf propositionales Wissen unter Risikobedingungen, da ihre Entscheidungsfindung ein reflexartiger Prozess (sowohl kognitiv als auch kausativ) unter Unsicherheit ist.

Dieser Forschungsbereich analysiert die Bedeutung von sozialer Interaktion und Verhaltensprozessen einzelner Agenten für die Entstehung von globalen wirtschaftlichen Problemen und auf der Grundlage dieser Ergebnisse die Konzeption möglicher Lösungen. Dieser Forschungsbereich vertritt die Ansicht, dass es, um menschliches Verhalten zu verstehen, notwendig ist, zu wissen (i) wie das Gehirn funktioniert, insbesondere wie Motivationssysteme und körperliche Reaktionen unsere Entscheidungen prägen und (ii) wie sich soziale Interaktion auf Entscheidungsprozesse auswirkt, da Menschen meist nicht ausschließlich eigennützig sind, sondern nach Fairness und Gleichheit streben. Aus diesen Gründen schließt unsere Arbeit Einsichten aus verwandten Disziplinen wie den Neurowissenschaften, der Psychologie, den Kognitionswissenschaften und der Verhaltensökonomie mit ein, um ihre Implikationen bei der Analyse globaler Probleme zu untersuchen.

Dr. Steven Bosworth, Ph.D.
Andreas Friedl
Gritta Jegliowski
Levent Neyse
Patrick Ring
Prof. Dr. Ulrich Schmidt (Leiter)
Prof. Dennis Snower, Ph.D.
assoziiert:
Prof. Dr. Christian Kaernbach
Catharina Probst
Prof. Dr. Thilo van Eimeren

Informelle Kreditgeber können Zugang zu Krediten erleichtern

Autorenporträts



Dr. Carmen Kislal

Leibniz Universität Hannover
Institut für Weltwirtschaft
Forschungsbereich
Armutsminderung und Entwicklung

Telefon (0511) 762 4550
E-Mail kislal@gif.uni-hannover.de

Expertise

- Finanzmärkte und Entwicklung
- Kreditzugang und Kreditverwendung ländlicher Haushalte
- Informelle Kreditgeber



Prof. Dr. Lukas Menkhoff

Forschungsbereiche
• Finanzmärkte und makroökonomische Aktivität
• Armutsminderung und Entwicklung

Telefon (0431) 8814-216
E-Mail lukas.menkhoff@ifw-kiel.de

Expertise

- Zugang zu Finanzdienstleistungen
- Risikoeinstellung

Eines der zentralen Entwicklungsprobleme in ärmeren Ländern der Welt ist der fehlende Zugang breiter Bevölkerungsschichten zu Krediten. Ein fehlender Kreditzugang ist ein deutliches Signal, dass die Finanzmärkte in diesen Ländern weit unterentwickelt sind und daher ihre volkswirtschaftlich wichtigen Funktionen nicht oder nur unzureichend erbringen können. Dies behindert nicht nur das generelle Wachstum dieser Länder, sondern beeinträchtigt gerade auch die Entwicklungsmöglichkeiten ärmerer Bevölkerungskreise (Beck et al., 2007).

In diesem Umfeld beschäftigen wir uns mit dem Kreditzugang und der Rolle informeller Kreditgeber wie Kreditverleiher oder Freunde (Kislal et al., 2013). Deren Rolle wird häufig sehr kritisch betrachtet, weil Kreditverleiher als Kredithaie verschrien sind, die überhöhte Zinsen verlangen, und Freunde oft als inkompetente Kreditgeber gelten, die Kredite auch in ineffiziente Verwendungen lenken. Auch wenn diese kritischen Aspekte in eine Gesamtbewertung mit einfließen müssen, so erleichtern informelle Kreditgeber doch den Kreditzugang, indem sie weitaus seltener Kreditsicherheiten verlangen. Dies hilft gerade den ökonomisch schwächeren Haushalten.

Kreditsicherheiten sind integraler Bestandteil fast aller Kreditvereinbarungen, sowohl in fortgeschrittenen Ländern als auch in Entwicklungsländern. Der Unterschied zwischen diesen Ländergruppen liegt in der Verfügbarkeit von Sicherheiten, die in Entwicklungsländern deutlich geringer ist. Dies kann darin begründet sein, dass manche Haushalte schlicht so arm sind, dass sie nicht über brauchbare Sicherheiten verfügen oder dass potenzielle Sicherheiten wie Landbesitz nicht genutzt werden können, weil es etwa kein Grundbuch gibt.

Dieses Problem wird dadurch verschärft, dass die Kredittechnologie in Entwicklungsländern unzureichend ist. Häufig ist eine ausführliche Prüfung der Kreditwürdigkeit nicht möglich, so

dass Sicherheiten eine größere Rolle spielen als in entwickelten Ländern. Doch genau an diesen Sicherheiten fehlt es. Als Ausweg aus dieser Situation wird meist auf persönliche Bürgschaften zurückgegriffen wie typischerweise in der Mikrofinanzierung. Dennoch gibt es auch in ärmeren Gegenden einen gewissen Anteil an Krediten, der auf der Grundlage von (teilweiser) Besicherung vergeben wird.

Die Wirtschaftstheorie begründet die Nutzung von Kreditsicherheiten primär mit der Abdeckung eines Ausfallrisikos. Dieses Ausfallrisiko ist umso schwerer antizipierbar, je weniger der Kreditgeber über den Kreditnehmer weiß. Es wird daher in den einschlägigen Theorien auch vermutet, dass besser informierte Kreditgeber geringere Kreditsicherheiten verlangen.

Wir wenden diese Überlegungen auf einen eigens erhobenen Datensatz an, der die finanzielle Situation ärmerer ländlicher Haushalte im Nordosten von Thailand erfasst. Dieser „Kreditmarkt“ ist für Untersuchungszwecke interessant, weil dort einerseits die Haushalte viele Kredite in Anspruch nehmen und es andererseits zahlreiche unter-

„Unsere Ergebnisse zeigen, dass informelle Kreditgeber gerade auch ärmere Haushalte mit Krediten für die Finanzierung von Investitionen versorgen. Ein großer Vorteil ist ihre geringere Forderung nach Sicherheiten.“

schiedliche Arten von Kreditanbietern gibt. Wir unterteilen die Kreditanbieter in drei Gruppen: formale (etwa reguläre Banken), semi-formale und informelle Kreditgeber (Kreditverleiher, Freunde usw.). Unsere Untersuchungsergebnisse zeigen, dass formale Kreditgeber in etwa 40 Prozent mehr Fällen Kreditsicherheiten verlangen als informelle Kreditgeber.

Wir vermuten, dass dieses Ergebnis auf die bessere Information informeller Kreditgeber gegenüber formalen Kreditgebern zurückzuführen ist. Informelle Kreditgeber kennen ihre Kreditnehmer und deren wirtschaftliches sowie soziales Umfeld vergleichsweise gut. Ob dieser Informationsaspekt bedeutsam ist, überprüfen wir mit zwei Ansätzen: Erstens testen wir, ob die Dauer einer Kreditbeziehung für den Rückgriff auf Sicherheiten eine Rolle spielt. Für formale Kreditgeber sollte dies zu erwarten sein, weil sie ihre Gegenseite im Laufe der Kreditbeziehung besser kennen lernen, während informelle Kreditgeber vergleichsweise wenig Neues über das Verhalten der ihnen sowieso bekannten Personen und Haushalte lernen können.

In der Tabelle wird in einer Schätzung die Wahrscheinlichkeit für den Rückgriff auf Sicherheiten erklärt. Neben anderen berücksichtigten Einflussgrößen, die hier aber nicht abgebildet werden können, erfordern größere und länger laufende Kredite eher Sicherheiten. Die Dauer der Kreditbeziehung reduziert diese Anforderung, jedoch nur für formale Kreditgeber.

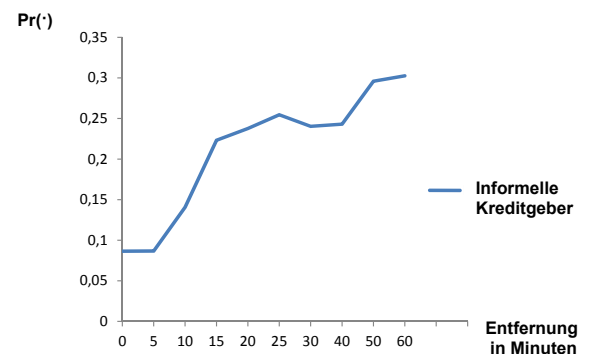
Der Einfluss von andauernden Kreditbeziehungen auf Kreditsicherheiten

	(1) formal	(2) semi-formal	(3) informell
Wahrscheinlichkeit von Sicherheiten			
Variablen			
Kredithöhe (Baht)	0,223***	0,084***	0,105***
Laufzeit des Kredits (Monate)	0,003***	-0,0004	0,0013**
Dauer der Kreditbeziehung	-0,034*	-0,011	0,016
Pseudo R ²	0,426	0,444	0,224
Beobachtungen	1.640	801	704

*** p<0,01; ** p<0,05; * p<0,1

In einem zweiten Test untersuchen wir die Rolle von Entfernungen zwischen beiden Kreditparteien für die Nutzung von Kreditsicherheiten. Für formale Kreditgeber sollte die Entfernung kaum eine Rolle spielen, weil ihre Kreditentscheidung tendenziell auf überprüfbaren und dokumentierbaren Informationen beruht, die weitgehend unabhängig von der Entfernung eingeholt werden. Bei informellen Kreditgebern ist jedoch eine größere Entfernung zum Kreditnehmer ein schwer wiegender Informationsnachteil. Insofern sollte sich bei dieser Gruppe die Intensität der Nutzung von Kreditsicherheiten bei größerer Entfernung derjenigen von formalen Kreditgebern angleichen. Auch diese Vermutung wird im Rahmen unseres Datensatzes empirisch bestätigt. Das Schaubild zeigt, dass die Wahrscheinlichkeit, einen Kredit mit einer Sicherheit unterlegen zu müssen, mit zunehmender Entfernung von unter 10 Prozent auf über 30 Prozent ansteigt.

Wahrscheinlichkeit von Kreditsicherheiten



Pr (.): Wahrscheinlichkeit von Kreditsicherheiten

Unsere Ergebnisse zeigen, dass informelle Kreditgeber gerade auch ärmere Haushalte mit Krediten für die Finanzierung von Investitionen versorgen (Kislat, 2013). Ein großer Vorteil ist ihre geringere Forderung nach Sicherheiten. Sie können eher auf Sicherheiten verzichten, weil sie über bessere Informationen verfügen und höhere Zinsen verlangen, aus denen sie gegebenenfalls Ausfälle kompensieren können.

Nur wenn sich zukünftig reguläre Banken die Kompetenzen der informellen Kreditgeber aneignen, wird eine effiziente Kreditvergabe ohne Wucher und fachliche Inkompetenz möglich sein. Solange dies nicht umgesetzt ist, stellen informelle Kreditgeber immerhin eine Second-Best-Lösung für den Kreditzugang gerade ärmerer Haushalte dar.

Weiterführende Literatur

Beck, Thorsten, Asli Demirgüç-Kunt und Ross Levine (2007). Finance, Inequality and the Poor: Cross-Country Evidence. *Journal of Economic Growth* 12 (1): 27–49.

Kislat, Carmen (2013). Why Are Informal Loans still a Big Deal? Evidence from Northeast Thailand. Unveröffentlichtes Manuskript.

Kislat, Carmen, Lukas Menkhoff und Doris Neuberger (2013). The Use of Collateral in Formal and Informal Lending. Kieler Arbeitspapiere 1879. IfW, Kiel.

Die sozialen und gesundheitlichen Folgen von Arbeitsmigration für zurückbleibende, ältere Familienmitglieder

Autorenporträts



Dr. Marcus Böhme

Forschungsbereich
Armutsminderung und Entwicklung

Telefon (0431) 8814-571
E-Mail marcus.boehme@ifw-kiel.de

Expertise

- Migration und Rücküberweisungen



Tobias Stöhr

Forschungsbereich
Armutsminderung und Entwicklung

Telefon (0431) 8814-367
E-Mail tobias.stoehr@ifw-kiel.de

Expertise

- Migration und Entwicklung
- Migration und Arbeitsmarktwirtschaft

Arbeitsmigration wird in der medialen Debatte in Europa und Deutschland vor allem aus der Perspektive der Aufnahmeländer betrachtet, hat aber auch eine nicht zu vernachlässigende entwicklungspolitische Dimension. Basierend auf wissenschaftlichen Analysen hat unser Verständnis der Grundlagen und Wirkungen von internationalen Migrationsströmen und der Bedeutung von Rücküberweisungen der Migranten in ihre Heimatländer für Armutsreduktion und Entwicklung in den letzten Jahren stark zugenommen. Dennoch sind die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen von Migration auf vulnerable Bevölkerungsgruppen, wie Kinder und ältere Menschen in den Herkunftsländern, bisher kaum erforscht und nur unzureichend verstanden. Die Untersuchung und Quantifizierung solcher Effekte von internationaler Migration sind aber von entscheidender Bedeutung, wenn es darum geht, beispielsweise die Konsequenzen der nationalen sowie der EU-Migrationspolitik einzuschätzen.

In einem von der EU finanzierten Forschungsprojekt haben wir uns am Beispiel Moldawiens mit den Konsequenzen der internationalen Arbeitsmigration für zurückbleibende Familienmitglieder beschäftigt. Wir konzentrieren uns dabei primär auf die Wohlfahrt und Gesundheit von älteren Menschen, deren Kinder die Heimat verlassen haben, um im Ausland zu arbeiten. Für unsere Analysen nutzen wir selbst erhobene national repräsentative Daten aus Moldawien, das als ärmstes Land Europas auch eine der weltweit höchsten Migrationsraten aufweist.

„Unsere Studien zeigen, dass die internationale Migration von Haushaltsmitgliedern keineswegs katastrophale Folgen für den Gesundheitszustand und die Pflege alter Menschen haben muss, selbst dann nicht, wenn staatliche Sicherungsnetze diese Rollen nicht ausfüllen können.“

Wie in vielen Entwicklungsländern stellt auch in Moldawien das Trilemma aus Altersarmut, Pflegebedürftigkeit und unzureichenden sozialen Sicherungssystemen Migranten und ihre Familien vor schwierige Entscheidungen. Aus ökonomischer Sicht ist die Migrationsentscheidung immer eine Abwägung von Einkommensmöglichkeiten und sozialen und psychologischen Kosten. Tobias Stöhr (2013) modelliert diese Erwägungen theoretisch und diskutiert die entscheidende Rolle von Netzwerken, mit denen sich Geschwister, Freunde und Bekannte gegenseitig bei der Arbeitssuche im Ausland unterstützen. Migrieren Mitglieder des persönlichen Netzwerks, wird eine eigene Migration einfacher und vielversprechender. Dies kann bei großen Einkommensunterschieden erklären, warum sich Migration beschleunigt, bis schließlich große Teile der erwerbsfähigen Bevölkerung im Ausland arbeiten (ca. ein Drittel im Falle Moldawiens). Es tritt allerdings nicht zwangsläufig eine Kettenmigration ein, bei der alle Familienmitglieder nach und nach ins Ausland gehen. Vielmehr scheinen sich die einzelnen Familienmitglieder auf verschiedene Aufgaben wie Pflege und Einkommenssicherung zu spezialisieren.

In der Grafik sieht man, dass der Anteil allein zurückbleibender alter Menschen (rot) mit der Familiengröße stark fällt, obwohl die Migration für ihre Kinder einfacher und finanziell profitabler wird, wenn bereits Geschwister im Ausland sind. Die Befragung der Haushalte ergab, dass die Anreize, im Heimatland zu bleiben und sich um pflegebedürftige Eltern zu kümmern, gegenüber dem erwarteten Nutzen der Migration über-

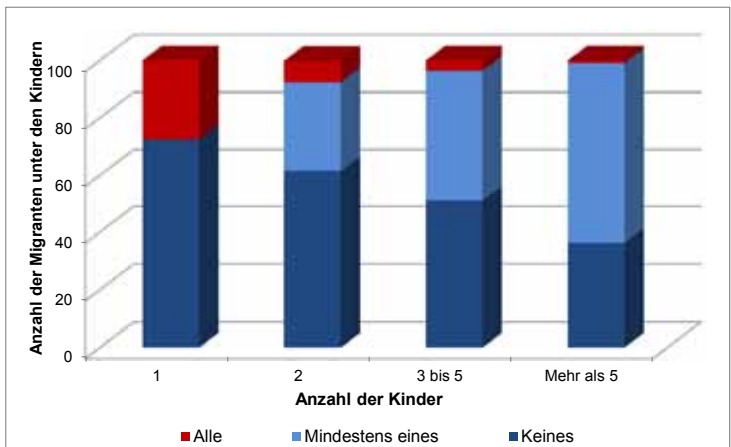
wiegt und somit traditionelle informelle Sicherungssysteme der Familien eine große Widerstandsfähigkeit besitzen. Die familiäre Fürsorge garantiert, dass die Pflege alter Menschen mit mehr als einem Kind, trotz der Migration eines Haushaltsmitgliedes, in den meisten Fällen gewährleistet ist. Allerdings sind alte Menschen mit nur einem Kind potenziell gefährdet, da in derartigen Familien keine Spezialisierung wie im Falle größerer Familien möglich ist.

In einer weiteren Studie (Böhme et al., 2013) wird der Einfluss von Migration auf körperliche und psychische Erkrankungen, die Zeitallokation und das subjektive Wohlbefinden älterer Menschen in Moldawien untersucht. Grundsätzlich kann Migration von Haushaltsmitgliedern sowohl positive als auch negative Effekte haben. Zum einen wäre es denkbar, dass die Rücküberweisungen der Migranten das Haushaltsbudget erheblich vergrößern und so Ausgaben für Heil- und Hilfsmittel ermöglichen. Zum anderen hat die Abwesenheit von Familienmitgliedern möglicherweise starke negative Auswirkungen in Form von mangelnder Unterstützung und Pflege, reduzierter sozialer Teilhabe und erhöhter Arbeitsbelastung.

Die empirische Analyse der Daten zeigt, dass die Migration erwachsener Kinder keine signifikanten Effekte auf die psychologischen und die kognitiven Fähigkeiten alter Menschen in Moldawien hat. Die Rücküberweisungen der Migranten erlauben alten Menschen in Moldawien, die wegen ihrer geringen Renten (im Schnitt nur 46 Euro im Monat) oft abhängig von Subsistenzlandwirtschaft sind, ihre Arbeitszeit auf dem Feld zu reduzieren und mehr Zeit mit Freizeitaktivitäten und Schlaf zu verbringen. Von der Reduktion an Feldarbeit profitieren vor allem Männer, die zugleich geringere Probleme mit Mobilitätsindikatoren (zum Beispiel Gehen oder Aufstehen) haben. Zudem hat die Migration einen deutlich positiven Effekt auf die Vielfalt der Ernährung. Die Heimatüberweisungen der Migranten ermöglichen zum Beispiel einen erhöhten Konsum von Fleisch oder Fisch. Zugleich steigt der Body-Mass-Index (BMI) der Senioren als Folge der Migration jüngerer Haushaltsmitglieder, was vermutlich eine direkte Konsequenz besserer Ernährung und niedrigerer physischer Aktivität ist. Ein derartiger Anstieg des Gewichts kann, je nach Ausgangsniveau, positiv oder negativ gesehen werden. Im Falle Moldawiens verschiebt sich das Gewicht in den Bereich leichten Übergewichts, was nach aktuellem Stand der Medizin bei alten Menschen als unproblematisch oder sogar positiv gesehen wird. Neben diesen objektiven Indikatoren ist auch zu beobachten, dass sich der subjektive Gesundheitszustand von Frauen merklich verbessert. Dies ist weniger die Konsequenz einer Reduktion schwerer Krankheiten, sondern ist vielmehr besseren Lebensumständen und erhöhtem Wohlbefinden geschuldet.

Unsere Studien zeigen, dass die internationale Migration von Haushaltsmitgliedern keineswegs katastrophale Folgen für den Gesundheitszustand und die Pflege alter Menschen haben muss, selbst dann nicht, wenn staatliche Sicherungsnetze diese Rolle nicht ausfüllen können. Die Anreize, sich trotz großer Opportunitätskosten um ältere Familienmitglieder zu kümmern, sind so groß, dass selbst Vervielfachungen des Einkommens nicht zu einem völligen Zusammenbruch der Familienbande führen. Außerdem erlauben die erwirtschafteten Rücküberweisungen der Migranten, dass sich der Gesundheitszustand und die Lebensqualität alter Menschen nicht verschlechtert und in einigen Dimensionen sogar erheblich verbessert.

Anzahl der Migranten in Abhängigkeit der Kinderzahl



Weiterführende Literatur

Böhme, Marcus, Ruth Persian und Tobias Stöhr (2013). Alone but Better Off? Adult Child Migration and Health of Elderly Parents in Moldova. Kieler Arbeitspapiere 1876. IfW, Kiel.

Stöhr, Tobias (2013). Intra-Family Migration Decisions and Elderly Left Behind. Kieler Arbeitspapiere 1858. IfW, Kiel.



Dr. Esther Ademmer
Dr. Joscha Beckmann
David Benček
Dr. Marcus Böhme
Christiane Gebühr
Dr. Carmen Kislak
Dr. Linda Kleemann
Prof. Dr. Matthias Lücke
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Dr. Peter Nunnenkamp
Dr. Toman Omar Mahmoud
M.Sc. Sahra Sakha
Dr. Rainer Schweickert
Kacana Sipangule
Tobias Stöhr
Prof. Dr. Rainer Thiele (Leiter)
Prof. Dr. Manfred Wiebelt
assoziiert:
Aslihan Arslan, Ph.D.
Prof. Dr. Jann Lay

Mit weltweit mehr als zwei Milliarden Menschen, die von weniger als zwei US-Dollar pro Tag leben müssen, stellt die absolute Armut eines der dringlichsten sozialen Probleme der Gegenwart dar. Die Vereinten Nationen haben dementsprechend die Halbierung der absoluten Armut bis 2015 als zentrales Millenniumsentwicklungsziel formuliert. Vor diesem Hintergrund werden im Forschungsbereich vorwiegend empirische Analysen zu aktuellen entwicklungspolitischen Fragestellungen durchgeführt.



Der Schwerpunkt der Arbeit liegt auf Themen, die mit der Integration der Entwicklungs- und Transformationsländer in die Weltwirtschaft zusammenhängen. So wird zum Beispiel untersucht, welche Verteilungswirkungen Rücküberweisungen von Migranten in den Heimatländern haben und ob die Entwicklungshilfe einen Beitrag zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele leisten kann. Fragen, die sich aus der Spezialisierung vieler Entwicklungsländer auf die Landwirtschaft und die Ausbeutung mineralischer Ressourcen ergeben, nehmen ebenfalls einen breiten Raum ein.

Um die internationale Forschungszusammenarbeit und den Austausch zwischen Wissenschaftlern und Praktikern der Entwicklungszusammenarbeit zu fördern, unterhält unser Forschungsbereich das „Poverty Reduction, Equity, and Growth Network“ (PEGNet).



Als Research Associate sind Aslihan Arslan (FAO, Rom) und Jann Lay (Universität Göttingen und GIGA Hamburg) dem Forschungsbereich verbunden. Enge Forschungskooperationen bestehen darüber hinaus mit Clemens Breisinger (IFPRI), Axel Dreher (Universität Heidelberg), Dierk Herzer (Helmut-Schmidt-Universität Hamburg), Hannes Öhler (Universität Heidelberg), Pablo Selaya (Universität Kopenhagen) und Christoph Trebesch (LMU München).

Rettet Kurzarbeit wirklich Arbeitsplätze?

In der großen Rezession nutzten 25 von 33 OECD-Staaten Kurzarbeit und gaben einen großen Anteil der jeweiligen Konjunkturpakete für diese Politik aus (die Ausgaben für Kurzarbeit betrugen in Deutschland im Jahr 2009 etwa ein Fünftel des Konjunkturpakets II). Trotzdem ist das Wissen über die makroökonomischen Effekte der Kurzarbeit noch begrenzt. Wir zeigen für Deutschland, dass die Existenz des Instruments Kurzarbeit (regelgebundene Komponente der Kurzarbeit) ein sehr effektiver automatischer Stabilisator ist und Arbeitsplatzverluste in einer Rezession um ca. 20 Prozent reduziert. Im Gegensatz dazu retten diskretionäre Änderungen der Kurzarbeitsregeln keine zusätzlichen Arbeitsplätze.

Kurzarbeit bedeutet, dass der Staat die Kürzung der Arbeitszeit von Arbeitnehmern durch Lohnzuschüsse subventioniert. Ziel ist es, Entlassungen zu verhindern. Viele Länder erlauben Unternehmen, dieses Instrument anzuwenden, sobald deren Produktnachfrage geringer als deren Produktionspotenzial ist. Da in einer Rezession mehr Unternehmen einen Nachfrageeinbruch erleben und somit die formalen Voraussetzungen für Kurzarbeit erfüllen, wirkt die Kurzarbeit als automatischer Stabilisator. Das heißt, dass Kurzarbeit auch ohne Gesetzesänderungen (also automatisch) Konjunkturschwankungen ausgleichen kann. Dies ist vergleichbar mit dem Einkommenssteuersystem, bei dem das Steuervolumen mit rückläufigem Einkommen automatisch abnimmt. Es müssen also in einer Rezession relativ weniger Steuern bezahlt werden, was stimulierend wirkt. Diese automatische Stabilisierung bezeichnen wir als *regelgebundene Komponente*.

Zusätzlich zur regelgebundenen Komponente vereinfacht der Gesetzgeber in Rezessionen häufig den Zugang zu Kurzarbeit und macht diese für Unternehmen attraktiver (wie etwa die Ausweitung der Bezugsfrist oder die Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge in Deutschland im Jahr 2009). Somit gibt es neben der regelgebundenen

„Regelgebundene Kurzarbeit ist in Deutschland ein sehr effektiver automatischer Stabilisator, der Arbeitsplatzverluste in einer Rezession um ca. 20 Prozent reduziert.“

auch eine diskretionäre Komponente der Kurzarbeit. Das Äquivalent im Einkommenssteuersystem ist eine Reduktion des Steuersatzes in Rezessionen.

Um die Effekte der regelgebundenen und der diskretionären Komponente der Kurzarbeit zu quantifizieren, ver-

wenden wir die umfangreichen mikroökonomischen und makroökonomischen deutschen Daten zur Kurzarbeit in Kombination mit einem makroökonomischen Modell des Arbeitsmarktes. Unsere Zeitreihenanalyse (SVAR) zeigt überraschende Ergebnisse (siehe Abbildung). Diskretionäre Kurzarbeitsinterventionen haben keinen statistisch signifikanten Einfluss auf die Arbeitslosigkeit. Dies suggeriert, dass diese Eingriffe von Seiten des Gesetzgebers zur Rettung zusätzlicher Arbeitsplätze in einer Rezession vollständig ineffektiv sind.

Unser Modell gibt eine Erklärung für dieses Ergebnis. Unternehmen an der Grenze zwischen der Entlassung und der Nicht-Entlassung des Arbeitnehmers können bereits aufgrund der Existenz des Instruments Kurzarbeit einsetzen (dies entspricht der regelgebundenen Komponente). Da diese Firmen bereits Kurzarbeit nutzen, haben

Autorenporträts



Wolfgang Lechthaler, Ph.D.

Forschungsbereiche

- Globalisierung und Wohlfahrtsstaat
- Makroökonomische Politik in unvollkommenen Märkten

Telefon (0431) 8814-272

E-Mail wolfgang.lechthaler@ifw-kiel.de

Expertise

- Geldtheorie und Geldpolitik
- Arbeitsmarktökonomik
- Außenhandelstheorie



Prof. Dr. Christian Merkl

Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Erlangen-Nürnberg und Forschungsprofessor am IfW

Telefon (0911) 5302337

E-Mail christian.merkl@fau.de

Expertise

- Geld- und Fiskalpolitik
- Makroökonomische Arbeitsmarktforschung

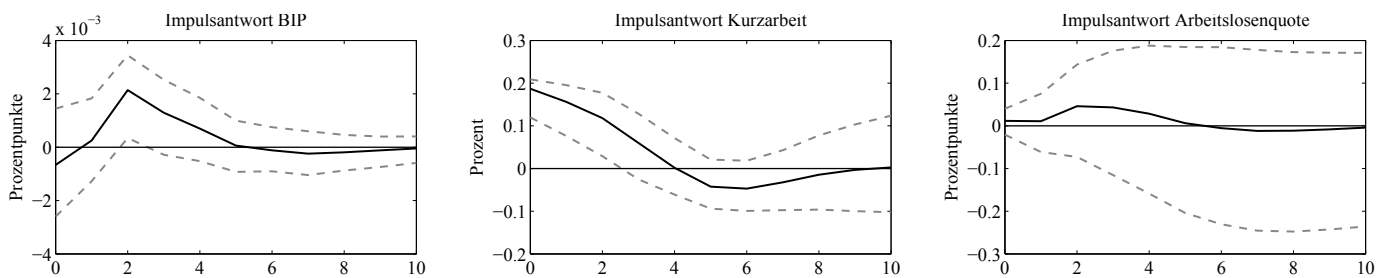
sie keinen weiteren Vorteil durch einen leichteren Zugang zur Kurzarbeit. Vielmehr wird ein erleichterter Zugang dazu führen, dass Firmen Kurzarbeit auch für die Arbeitnehmer einsetzen, die sie auch ohne die Möglichkeit zur Kurzarbeit nicht entlassen hätten. Somit führt die diskretionäre Ausweitung der Kurzarbeit in der Rezession dazu, dass zusätzliche Firmen subventioniert werden, ohne dass dies einen Effekt auf das Entlassungsverhalten hat. Es werden also Mitnahmeeffekte generiert.

Automatische Stabilisierung durch Kurzarbeit

Stabilisierung in Prozent	Basisszenario	Geringere Entlastungskosten	
	f=2,4	f=1,2	f=0
Einkommen	3,8	3,5	2,7
Arbeitslosigkeit	21,2	13,1	6,5

Während diskretionäre Kurzarbeitspolitik nach unserer SVAR-Analyse nur einen begrenzten Nutzen hat, zeigen die Modellsimulationen, dass die regelgebundene Komponente der Kurzarbeit durchaus in der Lage ist, eine Ökonomie im großen Maße zu stabilisieren. Das deutsche Kurzarbeitssystem reduziert Fluktuationen in der Arbeitslosigkeit um 21 Prozent, Fluktuationen in der Produktion um ca. 4 Prozent (siehe Tabelle). Da die Kosten der Kurzarbeit im Durchschnitt nur ca. 0,03 Prozent des BIP ausmachen, ist dies ein beachtliches Ergebnis. Zum Vergleich: Das Einkommenssteuersystem macht ungefähr 10 Prozent des BIP aus, die Literatur schätzt die Stabilisierungseffekte aber nur zwischen 6 und 30 Prozent des BIP (siehe in't Veld et al., 2012).

Geschätzte Impulsantwortfunktionen nach einem diskretionären Kurzarbeitsschock



Unsere Ergebnisse bedeuten nicht zwangsläufig, dass die Politik Kurzarbeit nur als passives Instrument nutzen und eine Stabilisierung ausschließlich durch die konstante regelgebundene Komponente angestrebt werden sollte. Sie implizieren vielmehr, dass eine aktivere Kurzarbeitspolitik in die regelgebundene Komponente integriert werden sollte. Dies könnte konkret bedeuten, die Ausweitung der Bezugsdauer oder die Übernahme zusätzlicher Kosten in Rezessionen ex ante zu beschließen und diese Maßnahmen so automatisch in Rezessionen wirken zu lassen. Auf diese Weise würden Unternehmen dies in ihren vorausschauenden Einstellungs- und Entlassungsentscheidungen berücksichtigen. Unter diesen Bedingungen könnte Kurzarbeit sogar noch größere Stabilisierungseffekte haben als hier dargestellt.

Weiterführende Literatur

Balleer, Almut, Britta Gehrke, Wolfgang Lechthaler und Christian Merkl (2013). Does Short-Time Work Save Jobs? A Business Cycle Analysis. IZA Discussion Paper 7475. IZA, Bonn.

Balleer, Almut, Britta Gehrke, Wolfgang Lechthaler und Christian Merkl (2013). Rettet Kurzarbeit wirklich Arbeitsplätze? Beitrag auf dem Blog Ökonomenstimme, September.

In't Veld, Jan, Martin Larch und Marieke Vandeweyer (2012). Automatic Fiscal Stabilisers: What They Are and What They Do. *Open Economies Review*: 1–17.

Blick in die Kristallkugel oder präzise Vorhersagen? Wirtschaftliche Prognosemodelle auf dem Prüfstand

Die Frage hat nicht nur die Medien in den letzten Jahren beschäftigt: Warum haben Wirtschaftsexperten die Krise nicht kommen sehen? Die Vorhersage von wirtschaftlichen Entwicklungen ist eines der wichtigsten Ziele der Forschung. Dennoch ist es Makroökonomien nicht gelungen, die Finanzkrise von 2008/2009 und die damit verbundene Rezession vorab zu prognostizieren.

Verständlicherweise hat das zu viel Kritik an der Ökonomenzunft und an den von ihr verwendeten Methoden geführt. Insbesondere die in den vergangenen 30 Jahren entwickelten DSGE-Modelle – dynamische, stochastische allgemeine Gleichgewichtsmodelle (Dynamic Stochastic General Equilibrium Models) – gerieten stark in die Kritik. Sogar der US-amerikanische Kongress beschäftigte sich in einer eigenen Anhörung mit dem Nutzen aus der Verwendung solcher Modelle für die Politik.

In DSGE-Modellen werden gesamtwirtschaftliche, also makroökonomische Gleichungen verwendet. Diese werden aus den Nutzen- und Gewinnoptimierungsproblemen repräsentativer Haushalte und Firmen (mikroökonomische Gleichungen) unter der Annahme rationaler Erwartungen hergeleitet. Kalibrierte DSGE-Modelle werden seit vielen Jahren insbesondere an Zentralbanken verwendet, um Auswirkungen von Politikmaßnahmen vorab theoretisch zu simulieren. Aufgrund von Fortschritten in statistisch-ökonomischen Methoden können diese Modelle mittlerweile nicht nur für solche theoretischen Simulationen, sondern auch für die konkrete Vorhersage von Ereignissen verwendet werden.

In einer aktuellen Studie (Wolters, 2013) habe ich die Prognosequalität von DSGE-Modellen genauer untersucht. Statt die Prognosequalität nur mit einfachen Benchmark-Modellen zu vergleichen, nutze ich zum Vergleich einerseits auch Zentralbank-Prognosen und andererseits auch rein datengetriebene, statistische Ansätze, welche die Informationsmenge großer Datensätze verarbeiten können. Somit kann ich die Präzision von DSGE-Modellprognosen im Vergleich zu den tatsächlich relevanten Alternativen untersuchen und praxisrelevante Aussagen treffen. Um belastbare Ergebnisse zu erhalten, die nicht nur für ein spezielles DSGE-Modell gültig sind, untersuche ich die Prognosequalität mehrerer Modellspezifikationen gleichzeitig.

Um direkt zwischen den Prognosen der Modelle und der Experten vergleichen zu können, sollten für beide Vorhersagen die gleichen Daten verwendet werden. Meist ist leider nicht bekannt, welche Daten von Volkswirten für in der Vergangenheit veröffentlichte Prognosen verwendet wurden, so dass ein Vergleich von Modell- und Expertenprognosen schwierig ist. Die US-Zentralbank bildet hier eine Ausnahme. Sie hat die Daten, die sie für die Berechnung ihrer Prognosen zwischen 1984 und 2001 verwendet hat, öffentlich zugänglich gemacht. Daher vergleiche ich mit diesen Daten berechnete Modellprognosen mit denen der US-Zentralbank. Die Datensätze für die Prognosen enthalten im Durchschnitt 60 verschiedene makroökonomische Indikatoren und unterscheiden sich in ihrer Zusammensetzung. DSGE-Modelle können in der Regel nur den Informationsgehalt eines Bruchteils davon verarbeiten. Die hier verwendeten

Autorenporträt



Prof. Dr. Maik Wolters
Juniorprofessor für Makroökonomik an
der Christian-Albrechts-Universität, Kiel
Institut für Weltwirtschaft
Forschungsbereich
Makroökonomische Politik in
unvollkommenen Märkten

Telefon (0431) 8814-621
E-Mail maik.wolters@ifw-kiel.de

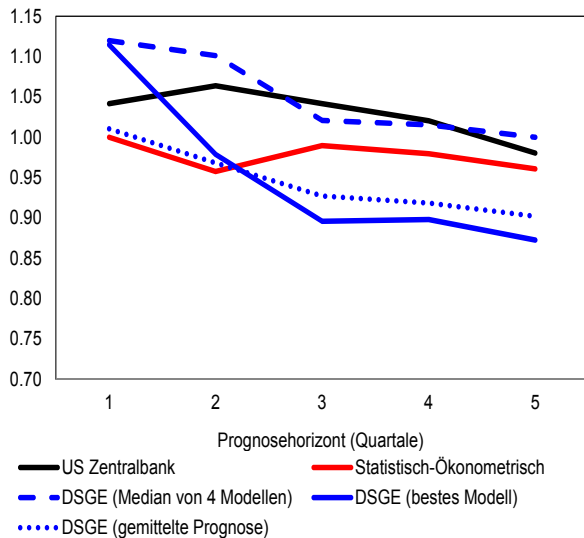
Expertise

- Geld- und Fiskalpolitik
- Konjunkturmodelle

„Die Ergebnisse sprechen dafür, dass DSGE-Modelle nützlich für die Berechnung von Prognosen sein können. Sie können im Gegensatz zu rein statistischen Ansätzen auch für die Berechnung verschiedener Szenarien genutzt werden.“

DSGE-Modelle nutzen maximal elf dieser Indikatoren für die Berechnung der Prognosen. In den vergangenen Jahren wurden allerdings statistisch-ökonomische Methoden entwickelt, die solch große Datensätze komplett nutzen können und eine gute Vorhersagequalität zeigen. Neben den Prognosen der US-Zentralbank sind diese Methoden daher ebenfalls für einen Vergleich der Prognosequalität relevant und werden hier zusätzlich verwendet.

(1) Prognosepräzision Wirtschaftswachstum



Ich berechne Prognosen für das Wirtschaftswachstum und die Inflation der USA für die jeweils nächsten fünf Quartale. Abbildung 1 bezieht sich auf das Wirtschaftswachstum und zeigt ein Maß für die mittleren Prognosefehler der verschiedenen Methoden. Die mittleren Prognosefehler werden relativ zu einem einfachen Benchmark-Modell angegeben, bei dem nur die Vergangenheitswerte des Wirtschaftswachstums selbst, aber keine zusätzlichen Indikatoren für die Prognose verwendet werden. Werte kleiner als eins bedeuten, dass eine Methode präzisere Prognosen liefert als das einfache Benchmark-Modell.

Für die Zuwachsrates des BIP ist es recht schwierig, die Präzision einfacher Benchmark-Modelle zu schlagen. Selbst die US-Zentralbank (schwarze Linie) schafft es nicht, eine systematisch bessere Prognose zu erstellen. Statistisch-ökonomische Ansätze, die alle 60 Variablen des Datensatzes zur BIP-Prognose verwenden (rote Linie), sind kaum besser. Das beste DSGE-Modell (durchgehende blaue Linie) schafft

es, für die mittlere Frist eine leicht bessere Prognose zu liefern. Der Median der Prognosepräzision der vier DSGE-Modelle (gestrichelte blaue Linie) zeigt, dass aber nur einzelne DSGE-Modelle bessere Prognosen als das einfache Benchmark-Modell liefern. Nimmt man zu jedem Zeitpunkt den Durchschnitt der vier Prognosen der DSGE-Modelle als Aggregat (gepunktete blaue Linie), so erhält man eine Prognose, die leicht besser als die der Zentralbank ist. Allerdings sind die Unterschiede zum einfachen Benchmark-Modell auch hier gering.

(2) Prognosepräzision Inflation

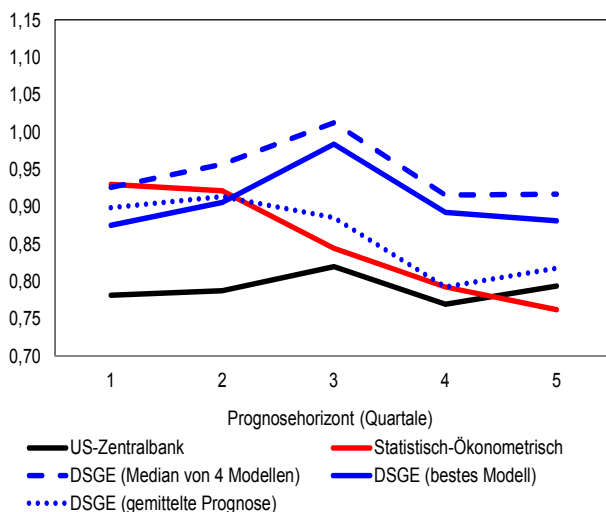


Abbildung 2 zeigt die Ergebnisse für Inflationsprognosen. Die Werte in der Abbildung liegen fast alle unter eins, was bedeutet, dass alle untersuchten Methoden im Vergleich zum einfachen Benchmark-Modell eine genauere Prognose liefern. Die Prognose der Zentralbank (schwarze Linie) ist am präzisesten. Das Expertenwissen und zusätzliche Informationsquellen bieten hier einen Vorteil gegenüber den anderen Methoden. Statistisch-ökonomische Methoden, die viele Indikatoren verarbeiten können (rote Linie), liefern eine ähnlich gute Mittelfristprognose, sind aber in der kurzen Frist schlechter. Das beste DSGE-Modell (durchgezogene blaue Linie) und der Median der vier DSGE-Modelle (gestrichelte blaue Linie) zeigen, dass die Inflationsprognosen dieser Modelle zwar leicht besser als die des einfachen Benchmark-Modells sind, aber schlechter als die anderen untersuchten Ansätze abschneiden. Aggregiert man zu jedem Zeitpunkt die Prognosen der vier DSGE-Modelle und berechnet als finale Prognose einen Durchschnitt der vier Einzelprognosen, so kommt die Prognosequalität für die mittlere Frist der Prognose der Zentralbank nahe.

Prognosen basierend auf DSGE-Modellen sind für das Wirtschaftswachstum ähnlich akkurat wie Zentralbank-Prognosen. Allerdings ist das Wirtschaftswachstum generell sehr schwer zu prognostizieren, und alle Methoden bieten kaum einen Vorteil gegenüber dem einfachen Benchmark-Modell. Es verwundert daher nicht, dass Ökonomen auch die Finanzkrise von 2008/2009 nicht vorhersagen konnten. Maßgeblich Schuld daran ist wohl weniger die Verwendung von DSGE-Modellen als die generell schwierige Vorhersagbarkeit des Wirtschaftswachstums. In Bezug auf Inflationsprognosen sind alle drei untersuchten Methoden dem einfachen Benchmark-Modell überlegen. Die Zentralbank-Prognose ist in der kurzen Frist am präzisesten. Aktuelle statistisch-ökonomische Ansätze und aggregierte Prognosen mehrerer DSGE-Modelle funktionieren aber für die mittlere Frist, die für die Geldpolitik am wichtigsten ist, relativ gut.

Alles in allem sprechen die Ergebnisse dafür, dass DSGE-Modelle nützlich für die Berechnung von Prognosen sein können. Sie haben den Vorteil, dass die Prognose direkt anhand des Modells interpretiert werden kann. Alle Gleichungen der DSGE-Modelle sind aus der makroökonomischen Theorie hergeleitet, so dass man direkt ablesen kann, ob beispielsweise Änderungen der Angebots- oder Nachfrageseite sowie Änderungen der Geld- oder Fiskalpolitik für eine bestimmte prognostizierte Entwicklung verantwortlich sind. Des Weiteren können DSGE-Modelle im Gegensatz zu rein statistischen Ansätzen für die Berechnung verschiedener Szenarien genutzt werden. Beispielsweise kann untersucht werden, wie die Prognose sich ändert, wenn die Regierung fiskalische Konsolidierungsmaßnahmen durchführt oder es einen Einbruch am Immobilienmarkt gibt. Während es schwierig ist, Wirtschaftswachstum und Inflation auf den Punkt zu prognostizieren, helfen solche Szenarien, Risikofaktoren zu identifizieren und zu verstehen. Theoriebasierte Modelle können daher ein wichtiges zusätzliches Werkzeug bei der Erstellung von Prognosen sein, die für die Planung von Haushalten, Unternehmen und die Politik wertvolle Informationen enthalten.

Weiterführende Literatur

Wolters, Maik (2013). Evaluating Point and Density Forecasts of DSGE Models. *Journal of Applied Econometrics*. Im Erscheinen.



Steffen Ahrens
Dr. Jens Boysen-Hogrefe
Sanjay Chugh, Ph.D.
Prof. Ester Faia, Ph.D.
Dominik Groll
Ute Heinecke
Dr. Nils Jannsen
Wolfgang Lechthaler, Ph.D. (Leiter)
Prof. Dr. Christian Merkl
Dr. Mariya Mileva, Ph.D.
Inske Pirschel
Martin Plödt
Claire Reicher, Ph.D.
Stephen Sacht
Prof. Dr. Joachim Scheide
Tim Schwarzmüller
Prof. Dennis J. Snower, Ph.D.
Mewael F. Tesfaselassie, Ph.D.
Dr. Björn van Roye
Dr. Andrea Vaona, Ph.D.
Dr. Henning Weber
Prof. Dr. Maik Wolters

Unsere Agenda

Moderne Volkswirtschaften sind von einem ständigen Auf und Ab gekennzeichnet.

Auf eine Rezession folgt häufig eine Expansion, wie wir das auch gerade nach der vergangenen Finanzkrise erleben. Rezessionen sind von besonderem Interesse für die Öffentlichkeit und politische Entscheidungsträger, da sie mit sinkendem Einkommen und höherer Arbeitslosigkeit verbunden sind. Auf der anderen Seite kann eine Expansion zu einer Überhitzung der Ökonomie mit inflationärem Druck führen.

In der Forschungsgruppe analysieren wir die Bedeutung von Marktunvollkommenheiten und Institutionen für die konjunkturellen Schwankungen mit Hilfe dynamischer allgemeiner Gleichgewichtsmodelle und überprüfen die Aussagen theoretischer Modelle anhand empirischer Methoden. Aus unseren Analysen ergeben sich unmittelbar Empfehlungen für die Gestaltung von Politik, wie z.B. die Frage nach der optimalen Ausrichtung von Geldpolitik bezüglich Inflation und Arbeitslosigkeit oder die Frage nach der optimalen Höhe der Inflationsrate.

Unsere Expertise

Schwerpunkt Arbeitsmarkt: Wir haben eine mikrofundierte und leicht verständliche Alternative zum Standard-Search-and-Matching-Ansatz entwickelt, um Arbeitslosigkeit zu modellieren. Dieser Ansatz ist besonders geeignet, um europäische Arbeitsmarktinstitutionen abzubilden.

Heterogenität: Wir berücksichtigen die Heterogenität von Agenten und/oder Technologien. Zum Beispiel betrachten wir die Unterschiede zwischen neuen und bestehenden Firmen oder die institutionellen Unterschiede zwischen Ländern.

Globale Perspektive: Wir nutzen Modelle offener Volkswirtschaften, um u.a. die Bedeutung von asymmetrischen Arbeitsmärkten in einer Währungsunion zu diskutieren oder um die Konsequenzen von Protektionismus in Krisen aufzuzeigen.

Methodologie: Während die Modellierung von Marktunvollkommenheiten in DSGE-Modellen unsere Kernkompetenz in theoretischer Sicht ist, bietet uns die intensive Kooperation mit dem Prognosezentrum des Institutes Fachwissen zu empirischen Methoden wie z.B. VAR-Modellierungen oder Bayesianischen Schätzungen.

Unser Netzwerk

Der Forschungsbereich organisiert das politikorientierte Netzwerk „Ensuring Economic and Employment Stability“ (EES), welches sich mit der Verbindung zwischen Konjunkturschwankungen und Arbeitslosigkeit auseinandersetzt. Das Netzwerk vereint wichtige politische Institutionen, Forschungszentren und Universitäten in ganz Europa und organisiert regelmäßige Treffen führender Experten, um aktuelle wissenschaftliche und politikrelevante Themen zu diskutieren. Unter den Teilnehmern unserer Konferenzen finden sich so prominente Namen wie Chris Pissarides und Dale Mortensen (beide Träger des Nobelpreises 2010), Robert Hall, Robert Shimer, Lawrence Christiano, Martin Eichenbaum, Jordi Galí, Per Krusell, John Haltiwanger, Eran Yashiv, Guiseppe Moscarini und Richard Rogerson.

Wenn Banken krank werden – Ansteckungseffekte im Finanzsektor

Seit dem Kollaps von Lehman Brothers wissen wir es – Finanzinstitute können krank werden, so würde es zumindest ein Biologe beschreiben. Die ökonomische Umschreibung hierfür lautet: *systemisches Risiko*. Sobald das Versagen eines Finanzinstituts signifikante Auswirkungen auf mindestens ein weiteres Institut hat, spricht man von einem *systemischen Event*. Ein schwerer systemischer Event liegt vor, sobald das betroffene Institut ebenfalls versagt. Ein Ansteckungseffekt ist aufgetreten – „Contagion“.

Effekte wie dieser werden in den Naturwissenschaften schon seit Jahrzehnten mit Methoden der Netzwerkforschung untersucht. Beispiele sind hier die Bekämpfung von Seuchen und die Verbesserung des Impfschutzes. Ingenieure und Physiker erforschen interdependente Netzwerke zur Verbesserung der Stabilität von komplexen technischen Systemen. Mediziner untersuchen die Funktionsweise von menschlichen Zellen auf der Ebene der Protein-Protein-Interaktionen.

In der Bankenaufsicht haben solche Methoden bis vor kurzem relativ wenig Aufmerksamkeit erhalten. Die Stabilität des Bankensystems sollte im Wesentlichen dadurch sichergestellt werden, dass jede Bank für sich auf mögliche Risiken untersucht wird. Netzwerkeffekte, wie wir sie im Laufe der Finanzkrise gesehen haben und heute während der Euro-Krise immer noch sehen, können mit dieser Methodik jedoch kaum vorhergesehen werden.

In den letzten Jahren sind auch am IfW zahlreiche Studien entstanden, welche die Verflechtungen von Finanzinstituten untersucht haben. Sie zeigen, dass diese Netzwerke skalenfrei sind, dass sich also die Anzahl der Verbindungen einer Bank nach einem Potenzgesetz verhält. Weiter weisen diese Netzwerke eine unterschiedlich stark ausgeprägte Kern-Peripherie-Struktur auf. Dies bedeutet, dass einige wenige stark vernetzte Banken das System dominieren.

Diese skalenfreien Netzwerke haben sehr spezifische Eigenschaften in Bezug auf ihre Stabilität. Während sie extrem robust gegenüber kleinen und mittleren Störungen sind, verändert sich die Reaktion auf eine Störung schlagartig, wenn diese in ihrer Intensität

„Bankennetzwerke sind extrem robust gegenüber kleinen und mittleren Störungen, verändern ihre Reaktion auf eine Störung aber schlagartig, wenn diese in ihrer Intensität einen gewissen Schwellenwert überschreitet.“

einen gewissen Schwellenwert überschreitet. Zu erkennen, ob ein Netzwerk sicher oder nahe an einem kritischen Punkt ist, erfordert aufwändige numerische Simulationen, detaillierte Kenntnisse aller Vernetzungsstrukturen sowie eine gute Abschätzung der möglichen Störungsszenarien.

In der Praxis hat man leider nicht immer perfekte Kenntnis aller Eigenschaften des Bankennetzwerks. Daher haben wir unter anderem untersucht, welche Annahmen am ehesten zu einer

fehlerhaften Beurteilung der Stabilität eines Netzwerkes führen können. Als Grundlage haben wir Ansteckungseffekte in einem Bankennetzwerk basierend auf realen kurzfristigen Kreditbeziehungen simuliert. Dann haben wir verschiedene Eigenschaften der Banken in diesem Datensatz durch Zufallsdaten ersetzt. Ein Ergebnis: Vor allem die Kenntnis über die Größenverhältnisse der Banken und die Höhe der ausstehenden Kredite sind notwendig, um realistische Aussagen über die Stabilität des Ban-

Autorenporträts



Dr. Matthias Raddant

Forschungsbereich
Finanzmärkte und makroökonomische Aktivität

Telefon (0431) 8814-276

(0431) 880 3386

E-Mail matthias.raddant@ifw-kiel.de

Expertise

- Finanzmärkte
- Netzwerke
- Simulation von komplexen Systemen
- Behavioral Finance

Mattia Montagna

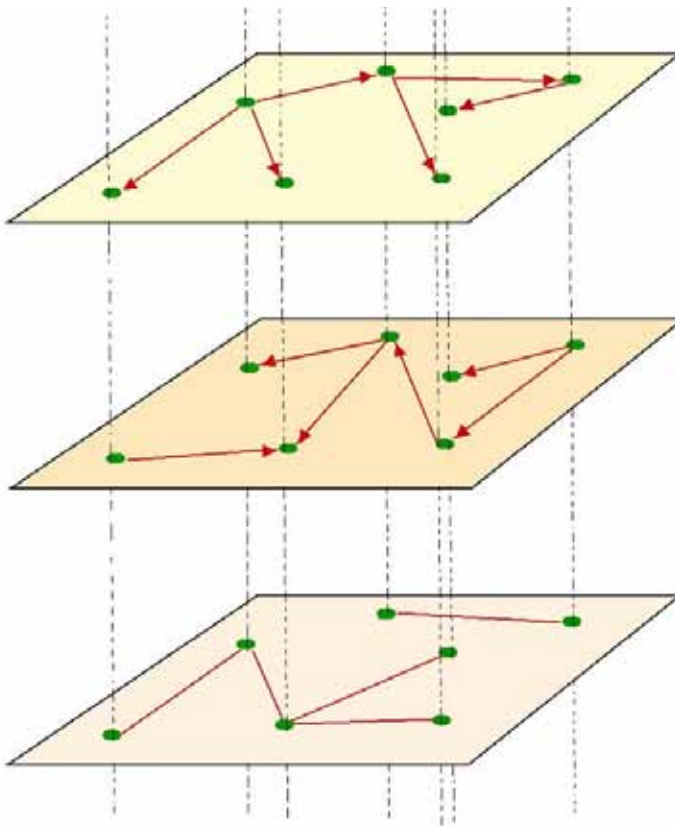
Forschungsbereich
Finanzmärkte und makroökonomische Aktivität

Telefon (0431) 8814-251

E-Mail mattia.montagna@ifw-kiel.de

Expertise

- Interbankennetzwerke
- Ansteckungseffekte in Interbankennetzwerken

Beispiel für ein Netzwerk mit mehreren Ebenen

Die Finanzinstitute (grün) sind durch Kreditbeziehungen (mittlere und obere Ebene) sowie durch ihre Portfolios (untere Ebene) miteinander verbunden.

kennnetzwerks zu machen. Die ungenaue Kenntnis der Verbindungen führt zwar auch zu Fehlern in der Prognose, diese sind jedoch deutlich kleiner.

In einer weiteren Studie haben wir untersucht, wie man die unterschiedlichen Arten von Verknüpfungen zwischen Banken darstellen kann. Dabei haben wir zwischen kurzfristigen und langfristigen Verbindlichkeiten sowie Gemeinsamkeiten im Portfolio der Banken unterschieden. Man erhält dann eine Darstellung, bei der Banken auf drei Ebenen durch Netzwerke verbunden sind. Da diese Art der Modellierung durch die Betrachtung der Portfolios der Banken auch indirekte Ansteckungseffekte durch Assetpreise berücksichtigt, können wir hier Ansteckungseffekte identifizieren, die bei der Analyse einzelner Märkte nicht betrachtet werden können.

Aus der Betrachtung dieser verschiedenen Ebenen erhoffen wir uns eine allgemeinere Betrachtungsweise von Ansteckungseffekten, die letztendlich die makroökonomische Analyse von Finanzmärkten komplementieren soll.

Weiterführende Literatur

Karimi, Fariba, und Matthias Raddant (2013). Cascades in Real Interbank Markets. Kieler Arbeitspapiere 1872. IfW, Kiel.

Kok, Christoffer, und Mattia Montagna (2013). Multi-layered Interbank Model for Assessing Systemic Risk. Kieler Arbeitspapiere 1873. IfW, Kiel.

Haben die unkonventionellen Maßnahmen der EZB die Risikoprämien in Südeuropa verringert?

Im Verlauf der Finanzkrise haben internationale Investoren eine grundlegende Neueinschätzung der mit ihren Anlagen verbundenen Risiken vorgenommen, die insbesondere auch die Tragfähigkeit der Staatsverschuldung in einigen europäischen Staaten betraf. Als Resultat stiegen die Zinssätze von langfristigen Staatsanleihen dieser Länder dramatisch an und lagen zum Teil 500 Basispunkte über den Zinssätzen für deutsche Staatsanleihen gleicher Laufzeit. Die Abbildung zeigt hier beispielhaft die Entwicklung der Risikoprämie auf italienische Staatsanleihen in der Zeit nach 2008.

Risikoprämien in dieser Größenordnung reflektieren die Befürchtung von Marktteilnehmern, dass Staaten zukünftig nur mit Mühe ihren Schuldendienst leisten könnten. Aus Sicht der Regierungen erhöhen sie die Beschaffungskosten für öffentliche Kredite und begrenzen zum Teil den Zugang zu frischem Kapital. Die empirische Wirtschaftsforschung hat deutliche Evidenz dafür gefunden, dass Staaten mit hohem Schuldenstand relativ zu ihrem Bruttoinlandsprodukt von der Problematik hoher Risikoprämien besonders betroffen sind.

Dieser marktbasierende Mechanismus zur Stärkung der fiskalischen Disziplin war in der Zeit von Ende der 1990er Jahre bis 2008 im Wesentlichen außer Kraft gesetzt, als die Zinssätze nahezu aller europäischer Staaten auf das deutsche Niveau sanken. Der drohende Zusammenbruch des Finanzsystems sowie die Auswirkungen auf den realwirtschaftlichen Teil der Volkswirtschaften machten dann aber unkonventionelle Maßnahmen in zuvor unbekanntem Ausmaß erforderlich. Die aufgelegten Rettungspakete für angeschlagene Banken sowie staatliche Garantien haben die Budgets in den europäischen Staaten weiter belastet und zu zunehmenden Spannungen an den Anleihemärkten geführt. Die Geldpolitik reagierte auf die Krise zunächst mit einer Verminderung der Refinanzierungskosten auf historisch niedrige Niveaus, weitete dann aber ihren Aktionsradius deutlich aus.

Die Sondermaßnahmen der EZB können dabei in sieben Kategorien eingeteilt werden:

- Liquiditätsversorgung der Geschäftsbanken mit Devisen durch *Swap-Vereinbarungen* mit anderen Zentralbanken.
- Die Einführung und die Verlängerung der Maßnahme, dass die Hauptrefinanzierungsgeschäfte als Mengentender mit Vollzuteilung durchgeführt werden und damit unbegrenzt Liquidität zur Verfügung stellen.
- Eine Ausweitung der Vermögenswerte, die als Sicherheit bei der EZB hinterlegt werden können.
- Eine Ausweitung langfristiger Refinanzierungsgeschäfte zur Verbesserung der Liquiditätssituation der Geschäftsbanken.
- *Programme zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen* erlauben es der EZB, besicherte Anleihen (Pfandbriefe) zu erwerben.
- Das zeitlich befristete *Programm für die Wertpapiermärkte* wurde vom EZB-Rat im Mai 2010 beschlossen und dient dem Ankauf von Staatsanleihen der Krisenländer.
- Die *Outright-Geschäfte* lösten das *Programm für die Wertpapiermärkte* ab und gehören seit September 2012 zu den standardisierten Offenmarktgeschäften der EZB. Es werden wie beim *Programm für die Wertpapiermärkte* Staatsanleihen von Krisenstaaten am Sekundärmarkt aufgekauft, allerdings ist dies nun an eine Kontrolle durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus gekoppelt.

Autorenporträt



Prof. Dr. Stefan Reitz

Forschungsbereich
Finanzmärkte und makroökonomische Aktivität

Telefon (0431) 8814-284
E-Mail stefan.reitz@ifw-kiel.de

Expertise

- Internationale Finanzmärkte
- Marktstruktur
- Empirische Analyse nichtlinearer Prozesse

Weitere Expertise

- Zentralbankinterventionen
- Wechselkurszielzonen

Aus Sicht der nationalen Fiskalpolitiken haben insbesondere die letzten drei Maßnahmen zum Teil ersetzenden, zumindest aber ergänzenden Charakter. Die aktuellen und zukünftig zu erwarteten Bedrohungen durch Bankpleiten sollten deutlich abnehmen, was einen mildernenden Einfluss auf die Risikoprämien hat und eine Entlastung nationaler Budgets bewirkt. Theoretisch kann dieser Einfluss auf dem Wege des so genannten *Portfolio-Kanals* begründet werden, der eine Senkung der Risikoprämien durch die umfangreichen Aufkäufe von Staatsanleihen durch die EZB erklärt.

Dabei wird das Gesamtrisiko nicht vermindert, sondern es findet lediglich eine Umverteilung der Belastung von privaten Portfolios hin zu staatlichen (geldpolitischen) Portfolios statt. Der Kauf von Staatsanleihen signalisiert den Marktteilnehmern aber auch, dass die Europäische Zentralbank auch in Zukunft zu einer Beruhigung der Märkte beitragen wird, da andernfalls die im Bestand befindlichen Staatsanleihen im Preis sinken und Verluste generieren. Neben diesen z.Zt. sehr kontrovers diskutierten Effekten der EZB-Politik kann ein Einfluss auf die Risikoprämien auch über eine Marktpflege-Argumentation begründet werden.

Wenn in Zeiten hoher Unsicherheit die Marktliquidität deutlich absinkt, tragen temporäre Interventionen der Geldpolitik zur Beruhigung bei und private Investoren kehren in den Markt zurück. Demnach können die Liquiditätskomponenten der Risikoprämien vermindert werden, wenn es der Zentralbank gelingt, die Funktionsfähigkeit der Märkte wieder herzustellen.

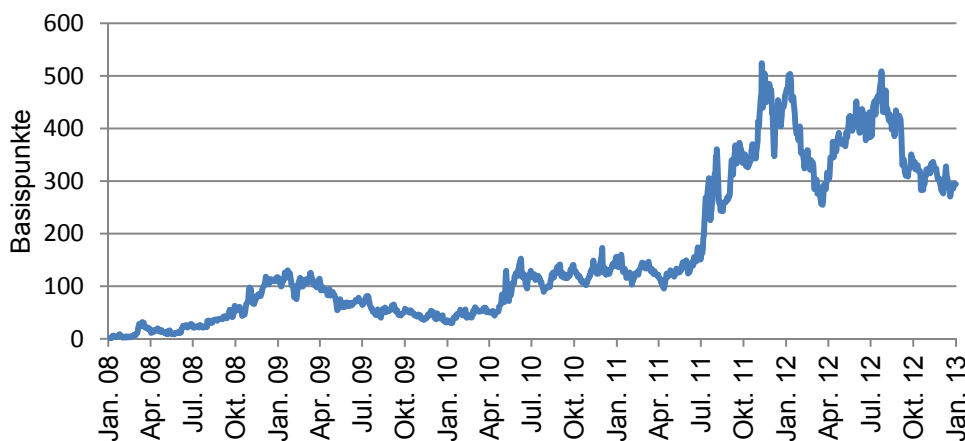
Wie stark der aggregierte Effekt dieser Maßnahmen auf die Risikoprämien letztlich jedoch ausfällt, ist eine empirische Frage, die wir am Beispiel italienischer Staatsanleihen untersucht haben. Wir konzentrieren uns dabei auf die Ankündigung der Maßnahmen, da sie die Markterwartungen verändert und so wesentlich für den Gesamteffekt auf die Risikoprämien verantwortlich ist.

„Der EZB ist es mit ihrer Politik der unkonventionellen Maßnahmen gelungen, den nationalen Regierungen zumindest eine temporäre Entlastung zu verschaffen.“

Die Ergebnisse der so genannten *Ereignis-Studie* als auch der ökonometrischen Untersuchung weisen auf eine deutliche Senkung der Risikoprämien italienischer Staatsanleihen hin, auch dann, wenn man für andere Einflüsse auf die Erwartungsbildung – wie etwa den globalen Risiko-Appetit von Investoren – kontrolliert. So kumuliert sich die Senkung der Risikoprämie italienischer Staatsanleihen auf 286 bzw. 329 Basispunkte, je nachdem wie weit man das Ereignisfenster fasst. Dabei sind die EZB-Ankündigungen der Jahre 2010 bis 2012 wirkungsvoller gewesen als die Ankündigungen der Jahre 2008 und 2009.

Mit Blick auf die unterschiedlichen Maßnahmen stellten sich Ankündigungen zum Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen, zum Programm für die Wertpapiermärkte und zu den Outright-Geschäften als besonders effektiv heraus.

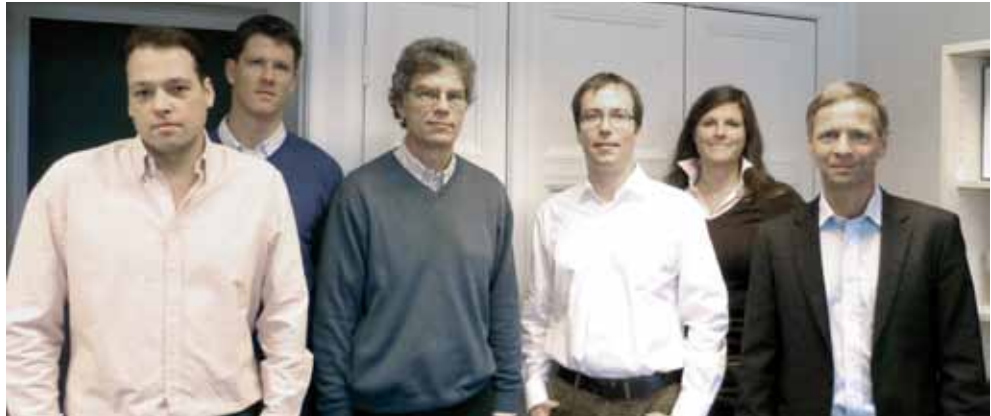
Zinsdifferenz zwischen italienischen und deutschen Staatsanleihen



Insgesamt betrachtet kann man also feststellen, dass es der EZB mit ihrer Politik der unkonventionellen Maßnahmen gelingt, den nationalen Regierungen zumindest eine temporäre Entlastung zu verschaffen. Der positive Effekt dieser drei Maßnahmen unterliegt jedoch dem Verdacht der Staatsfinanzierung. Eine Schwierigkeit wird deshalb darin liegen, dem politischen Druck der nationalen Regierungen zu widerstehen und zur geldpolitischen Normalität zurückzukehren.

Weiterführende Literatur

Falagiarda, Matteo, und Stefan Reitz (2013). Announcements of ECB Unconventional Programs: Implications for the Sovereign Risk of Italy. Kieler Arbeitspapiere 1866. IfW, Kiel.



Maren Brechtefeld

Christian Freund

Daniel Fricke

Ricardo Giglio

Philipp Kolberg

Dr. Stefan Kooths

Prof. Dr. Thomas Lux

Prof. Dr. Lukas Menkhoff

Mattia Montagna

Dr. Matthias Raddant (Leiter)

Prof. Dr. Stefan Reitz

Der Finanzsektor

Ein komplexes System mit einer Vielzahl interagierender Akteure. Ein gut funktionierender Finanzsektor ist eine notwendige Voraussetzung für das Wachstum einer Volkswirtschaft. Die Finanzkrise der Jahre 2008/09 hat nachdrücklich gezeigt, wie ein Ausfall einzelner Komponenten über Dominoeffekte die Funktionsfähigkeit des gesamten Finanzsektors beeinträchtigen und letztendlich immense Schäden für die Weltwirtschaft verursachen kann. Dies unterstreicht die Bedeutung der Entwicklung von Modellen und Diagnoseinstrumenten zur Analyse und Identifikation der Ursachen von Instabilitäten und gesamtwirtschaftlichem Risikopotenzial im Finanzbereich.

Das Ziel der Forschungsgruppe ist es, einen Beitrag zu einem tieferen Verständnis der Struktur von Risiken im Finanzsektor zu leisten. Die untersuchten Themenbereiche beinhalten die Analyse der Interaktionen zwischen Marktteilnehmern, die Entstehung von spekulativen Blasen, den Einfluss von kognitiven Verzerrungen auf das Marktverhalten, und die ökonometrische Analyse der Preisdynamik und des Schwankungsgrades von Finanzaktiva.

Profil

Die Mitglieder des Forschungsbereichs verbindet die Expertise im Bereich der verhaltensorientierten Finanzökonomik, der empirischen Finanzmarktforschung und der experimentellen Wirtschaftsforschung.

Durch die Verbindung von Erklärungsansätzen und Methoden dieser unterschiedlichen Forschungsrichtungen resultiert das spezifisch an der Schnittstelle dieser Bereiche angesiedelte Forschungsprogramm der Arbeitsgruppe.

Aus methodischer Sicht ist die Arbeit des Forschungsbereichs gekennzeichnet durch die Sicht des Finanzsektors als eines dynamischen Systems mit einer Vielzahl involvierter und in Wechselwirkung stehender Akteure. Um der komplexen Dynamik des Finanzsektors gerecht zu werden, verwendet die Arbeitsgruppe neben eher traditionellen ökonomischen und ökonometrischen Analyseinstrumenten auch neue Methoden der agenten-basierten Modellierung und der Netzwerkforschung.

Wissenstransfer

Die Arbeiten des Forschungsbereichs werden regelmäßig auf internationalen Konferenzen präsentiert. Die leitenden Wissenschaftler sind präsent in den Herausgebergremien namhafter Fachzeitschriften und regelmäßig Mitorganisatoren von internationalen Konferenzen und Workshops (u.a. zu den Lehren der gegenwärtigen Finanzkrise).

Einer breiteren Öffentlichkeit werden die Forschungsergebnisse der Arbeitsgruppe durch die Teilnahme an öffentlichen Podiumsdiskussionen, Interviews und Beiträgen in Zeitungen zugänglich gemacht.

Fukushima lässt deutsche Immobilienpreise sinken

Die Stilllegung und Laufzeitverkürzung deutscher Atomkraftwerke (AKWs) nach der Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima hat die Immobilienpreise in der Nähe deutscher AKWs deutlich sinken lassen. Dies ist das zentrale Ergebnis einer aktuellen Studie (Bauer et al., 2013), für die wir Daten des Internet-Immobilienportals „ImmobilienScout24“ zu über 1,5 Millionen Häusern in Deutschland ausgewertet haben. So fielen die Preise für Häuser in AKW-Nähe nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima um durchschnittlich fünf Prozent. Verantwortlich für die fallenden Immobilienpreise scheinen die wirtschaftlichen Folgen einer AKW-Schließung auf die umliegende Region zu sein.

Bereits drei Tage nach dem Reaktorunfall in Japan im März 2011 wurden sieben der insgesamt 17 deutschen AKWs vorübergehend stillgelegt. Anfang Juni 2011 beschloss die Bundesregierung ihre endgültige Schließung. Auch das AKW Krümmel, das bereits seit 2009 nicht mehr am Netz war, wurde endgültig geschlossen. Die Laufzeit der übrigen neun deutschen Kernkraftwerke wurde begrenzt, das letzte wird im Jahr 2022 vom Netz gehen. Der Atomausstieg wurde zwar von einer Mehrheit der Bundesbürger begrüßt, stieß aber in den betroffenen Regionen auch auf Skepsis. In lokalen und überregionalen Zeitungen wurde insbesondere vor dem Verlust von Arbeitsplätzen und vor sinkenden Gewerbesteuererträgen infolge der Schließung von AKWs gewarnt. Mögliche negative Folgen des Atomausstiegs auf eine Region sollten sich nicht zuletzt in fallenden Immobilienpreisen widerspiegeln.

Um die Auswirkungen der Atomkatastrophe von Fukushima und des darauffolgenden Atomausstiegs auf den deutschen Immobilienmarkt zu untersuchen, haben wir die Preise von über 1,5 Millionen Einzelhäusern ausgewertet, die zwischen März 2007 und März 2013 auf dem Internet-Immobilienportal „ImmobilienScout24“ angeboten wurden. Nicht berücksichtigt wurde der März 2011, in dem sich das Unglück in Japan ereignete. Unsere empirische Analyse vergleicht die Preisentwicklung von Häusern, die im Umkreis von fünf Kilometern um ein deutsches Kernkraftwerk liegen, mit der von

„Die Stilllegung und Laufzeitverkürzung deutscher Atomkraftwerke nach der Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima hat die Immobilienpreise in der Nähe deutscher AKWs um durchschnittlich fünf Prozent sinken lassen.“

Häusern außerhalb dieses Radius. Die Analyse berücksichtigt dabei Unterschiede in Größe und Ausstattung der Immobilien.

Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Preise von Häusern in AKW-Nähe nach Fukushima um durchschnittlich fünf Prozent gefallen sind. Noch deutlich stärker war der Effekt von

Fukushima in der Nähe von Kernkraftwerken, die nach den Vorfällen in Japan stillgelegt wurden: Hier fielen die Häuserpreise bis März 2013 um fast 10 Prozent. Dagegen gaben die Hauspreise im Umkreis deutscher AKWs, die nach dem Reaktorunfall weiterbetrieben wurden, nur um gut drei Prozent nach. Vor dem Unglück in Fukushima hatten sich die Hauspreise in AKW-Nähe noch entsprechend des bundesdeutschen Durchschnitts entwickelt (siehe Abbildung). Keinen Effekt hatten das Unglück in Fukushima und der darauffolgende Atomausstieg im Übrigen auf die Preise von Häusern im Umfeld von AKWs, die zum Zeitpunkt des Unglücks nicht aktiv waren. Für die sinkenden Immobilienpreise rund um deutsche AKWs könnten grundsätzlich zwei

Autorenporträt



Dr. Sebastian Braun

*Leiter des Forschungsbereichs
Globalisierung und Wohlfahrtsstaat*

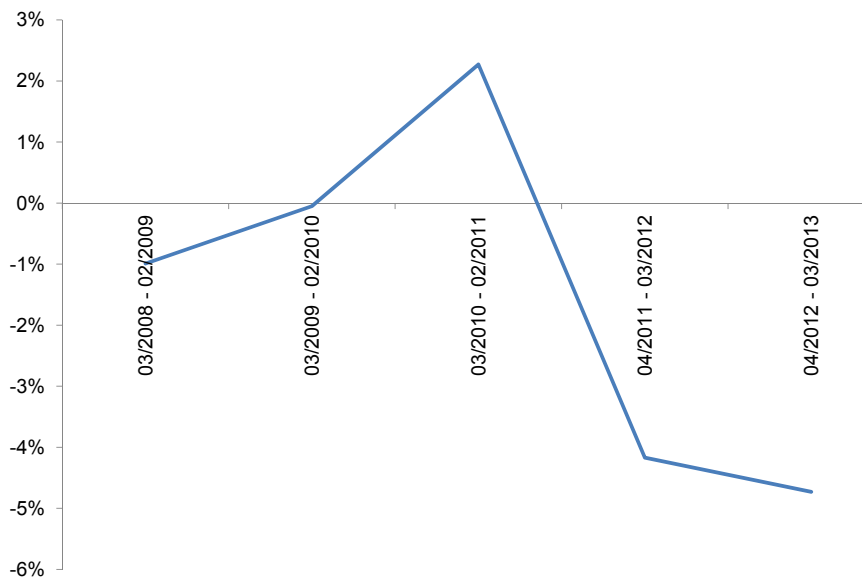
Telefon (0431) 8814-482

E-Mail sebastian.braun@ifw-kiel.de

Expertise

- Arbeitsmarktökonomie
- Theorie und Empirie des Außenhandels
- Wirtschaftsgeschichte

Die relative Entwicklung von Häuserpreisen in der Nähe von deutschen AKWs, März 2007 bis März 2013



Die Grafik zeigt die Entwicklung der Preise für Häuser in einem Umkreis von 5 Kilometern um deutsche Kernkraftwerke relativ zur Entwicklung der Preise von Häusern außerhalb dieses Radius. Der Reaktorunfall in Fukushima ereignete sich im März 2011. Die Unterschiede vor diesem Zeitpunkt sind nicht statistisch signifikant von null verschieden.

Effekte verantwortlich sein: Zum einen verschlechtert sich mit der Schließung eines AKWs zumindest vorübergehend die wirtschaftliche Lage einer Region. Arbeitsplätze gehen verloren, die Umsätze von Hotels und Restaurants sinken, die Kommunen haben niedrigere Gewerbesteuereinnahmen. Diese schlechteren Rahmenbedingungen spiegeln sich auch in den Immobilienpreisen wider, die Region verliert an Attraktivität. Zum anderen wird nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima gerade in Deutschland Atomenergie als gefährlicher wahrgenommen. Entsprechend wird das Wohnen in AKW-Nähe unattraktiver und die Immobilienpreise sinken. Die Ergebnisse unserer Studie legen allerdings nahe, dass vor allem die wirtschaftlichen Folgen des Atomausstiegs für die fallenden Hauspreise verantwortlich sind. Denn diese sanken besonders stark im Umkreis von deutschen AKWs, die nach dem Vorfall in Japan abgeschaltet wurden, von denen also keine unmittelbare Gefährdung mehr ausging.

Weiterführende Literatur

Bauer, Thomas K., Sebastian Braun und Michael Kvasnicka (2013). Distant Event, Local Effects? Fukushima and the German Housing Market. Kieler Arbeitspapiere 1857. IfW, Kiel.

Handelsliberalisierung: Bildung hilft potenziellen Globalisierungsverlierern

Während Ökonomen sich weitgehend einig sind, dass ein Abbau von Handelshürden (Handelsliberalisierung) zu Wohlfahrtsgewinnen führt, herrscht in der breiten Bevölkerung häufig Unbehagen beim Gedanken an ein weiteres Fortschreiten der Globalisierung. Die größte Sorge ist dabei, dass die Globalisierung zwar zu höherem Wachstum, gleichzeitig aber auch zu einer stärkeren Lohnungleichheit führt, es also neben Globalisierungsgewinnern auch Globalisierungsverlierer gibt. Besondere Bedeutung kommt in dieser Debatte der Integration Chinas in den internationalen Handel zu, da ein verstärkter Handel mit Schwellenländern zu strukturellen Anpassungserfordernissen in den Industrieländern führen kann.

In einer aktuellen Studie entwickeln wir ein theoretisches Modell, in dem die Effekte der Handelsliberalisierung auf die Lohnungleichheit untersucht werden können. Um den Handel eines Industrielandes wie etwa Deutschland mit einem Schwellenland wie etwa China abbilden zu können, verwenden wir ein Modell, das auf den komparativen Vorteilen des jeweiligen Landes basiert. Das Besondere an unserem Modell ist, dass wir auch die Anpassungsphase unmittelbar nach einer Liberalisierung des internationalen Handels berücksichtigen. Dies mag selbstverständlich erscheinen, aber die meisten Modelle der Handelsliteratur ignorieren die Periode der Anpassung und vergleichen nur das langfristige Gleichgewicht vor und nach der Handelsliberalisierung. Unsere Analyse zeigt jedoch, dass die Periode der Anpassung eine besondere Rolle spielt.

In unserem Modell berücksichtigen wir vor allem die Anpassungserfordernisse für Arbeitnehmer und Unternehmen. Im Zuge einer Handelsliberalisierung konzentrieren sich die Handelspartner stärker als vorher auf ihre komparativen Vorteile. Die Produktion wird effizienter, und alle Länder können einen höheren Konsum genießen. In der Übergangsphase zu dieser neuen Spezialisierung wird jedoch von den Arbeitnehmern und Unternehmen eine große Flexibilität verlangt. Denn einige Unternehmen werden schließen müssen, neue Unternehmen werden entstehen, und viele Arbeitnehmer werden gezwungen sein, ihre Beschäftigung zu wechseln. Insbesondere werden Arbeitsplätze, die eine relativ geringe Qualifikation von den Arbeitnehmern verlangen, abgebaut, während neue Arbeitsplätze für Hochqualifizierte entstehen.

Abbildung 1 zeigt die Ergebnisse unserer Modellsimulationen für ein erstes Szenario, in dem wir annehmen, dass die Anzahl der ausgebildeten Arbeitnehmer und die Anzahl der nicht-ausgebildeten Arbeitnehmer konstant sind. Dies mag restriktiv erscheinen, ist aber in der Handelsliteratur durchaus üblich. Das gängigste Maß für Ungleichheit, der Ginikoeffizient, zeigt, dass eine Handelsliberalisierung tatsächlich die Lohnungleichheit erhöht. Allerdings bauen sich diese Effekte relativ langsam auf.

Geht man mehr ins Detail, erkennt man interessante Unterschiede in der Entwicklung. So beruht die Lohnungleichheit kurzfristig vor allem auf sektoralen Lohnunterschieden unter gut ausgebildeten Arbeitnehmern. Aufgrund ihrer spezifischen Ausbildung haben diese Arbeitnehmer bei einem Wechsel des Industriesektors viel zu verlieren und

Autorenporträt



Wolfgang Lechthaler, Ph.D.

Forschungsbereiche

- Globalisierung und Wohlfahrtsstaat
- Makroökonomische Politik in unvollkommenen Märkten

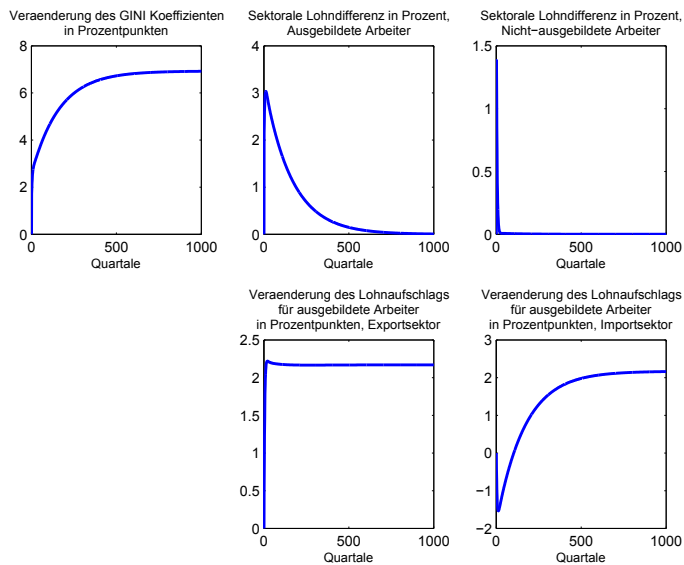
Telefon (0431) 8814-272

E-Mail wolfgang.lechthaler@ifw-kiel.de

Expertise

- Geldtheorie und Geldpolitik
- Arbeitsmarktökonomik
- Außenhandelstheorie

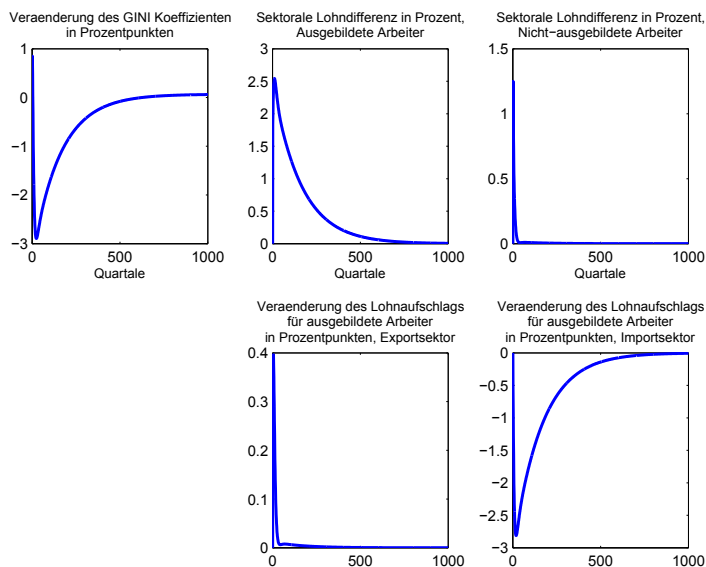
„Den Bildungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer kommt besondere Bedeutung zu, gerade wenn es darum geht, die Herausforderungen der Globalisierung zu meistern.“

(1) Handelsliberalisierung und Lohnungleichheit, Szenario 1

reagieren daher nur zögerlich auf sinkende Löhne. Im Gegensatz dazu sind geringer qualifizierte Arbeitnehmer wesentlich mobiler und sorgen so für schneller schwindende Lohndifferenzen zwischen den Sektoren.

Langfristig wird die Lohnungleichheit vor allem durch Lohnerhöhungen für höher qualifizierte Arbeitnehmer getrieben. Die Handelsliberalisierung führt zu einer stärkeren Nachfrage nach gut ausgebildeten Arbeitnehmern, so dass deren Lohn relativ zu dem der Geringqualifizierten ansteigt. Man würde jetzt natürlich erwarten, dass die Arbeitnehmer mehr in ihre Ausbildung investieren. Um diese These zu überprüfen, simulieren wir ein zweites Szenario, in dem wir diese Möglichkeit zulassen. Genauer: Wir lassen zu, dass sich weniger qualifizierte Arbeitnehmer fortbilden. Abbildung 2 zeigt, dass dies zu deutlich anderen Ergebnissen führen kann.

Durch die verstärkte Fortbildung sinkt die ursprünglich angestiegene Lohndifferenz zwischen Geringqualifizierten und Höherqualifizierten im expandierenden Exportsektor wieder sehr rasch. Im schrumpfenden Importsektor wird die Lohndifferenz zwischen beiden Gruppen sogar geringer, so dass die Lohnungleichheit – wenn auch nur vorübergehend – insgesamt abnimmt.

(2) Handelsliberalisierung und Lohnungleichheit, Szenario 2

Die Wahrheit liegt vermutlich irgendwo zwischen Abbildung 1 und 2. Unsere Analyse zeigt jedoch deutlich, dass den Weiterbildungsmöglichkeiten eine besondere Bedeutung zukommt, gerade wenn es darum geht, die Herausforderungen der Globalisierung zu meistern.

Weiterführende Literatur

Mileva, Mariya, und Wolfgang Lechthaler (2013). Two-Country Dynamic Model of Trade with Heterogeneous Firms and Comparative Advantage. www.foreurope.org/WorkingPaper12: 1–45.

Globalisierung und Wohlfahrtsstaat

Forschungsbereich



Die öffentliche Debatte um die ökonomischen Auswirkungen der Globalisierung ist von Ängsten vor massiven Arbeitsplatzverlusten und steigender Ungleichheit geprägt. Da der Globalisierungsprozess nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer kennt, und daher Ungleichheiten verstärken kann, stellt er Wohlfahrtsstaaten vor enorme Herausforderungen. Unser Forschungsbereich identifiziert diese Herausforderungen und analysiert, wie Wohlfahrtsstaaten unter Einhaltung ihrer Ziele – wie beispielsweise der sozialen Sicherung, der Einkommensumverteilung und der Bereitstellung öffentlicher Güter – auf diese Herausforderungen reagieren können.

Unser Forschungsschwerpunkt liegt auf den Herausforderungen der Globalisierung für den Arbeitsmarkt. Wir analysieren Politikmaßnahmen, die geeignet sind, die Anpassungsfähigkeit der Menschen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen und die Gewinne der Globalisierung gerechter zu verteilen. Ein zweiter Forschungsschwerpunkt beschäftigt sich mit den Herausforderungen und Chancen der Globalisierung für das Gesundheitswesen.

Der Forschungsbereich kombiniert Einsichten der Arbeitsmarktökonomie, der Makroökonomie und der realen Außenhandelstheorie, um eine globale Perspektive auf den Wohlfahrtsstaat zu bieten. Gleichzeitig berücksichtigt der Forschungsbereich explizit die Anreizwirkungen der untersuchten Politikmaßnahmen auf der Mikroebene. Um zu einem besseren Verständnis der Determinanten von ökonomischen Entscheidungen zu gelangen, berücksichtigt unsere Forschung auch verhaltensökonomische Ansätze.

Dr. Sebastian Braun (Leiter)

Dr. Alessio J. G. Brown

Andreas Friedl

Ute Heinecke

Dr. Michael Kvasnicka

Wolfgang Lechthaler, Ph.D.

Dr. Mariya Mileva, Ph.D.

Ignat Stepanok, Ph.D.

Dr. Michael Stolpe

assoziiert:

Vincenzo Caponi, Ph.D.

Rainer Eppel

Prof. Dr. Mario Larch

Einbußen auch in Wohlbefinden und Lebensqualität: Immaterielle Effekte der Katastrophe von Fukushima

Autorenporträts



Prof. Dr. Katrin Rehdanz
Forschungsbereich
Umwelt und natürliche Ressourcen

Telefon (0431) 8814-407
E-Mail katrin.rehdanz@ifw-kiel.de

Expertise

- Umweltbewertung
- Energie- und Klimapolitik



Daiju Narita, Ph.D.
Forschungsbereich
Umwelt und natürliche Ressourcen

Telefon (0431) 8814-212
E-Mail daiju.narita@ifw-kiel.de

Expertise

- Umweltbewertung
- Energie- und Klimapolitik

Auch nach bald drei Jahren sind das schwere Erdbeben und der folgende Tsunami vor der japanischen Pazifikküste vom 11. März 2011 nicht vergessen. Die Katastrophe hatte die Stromversorgung und Kühlung von drei Reaktoren in einem Atomkraftwerk in Fukushima unterbrochen. Die Folge war eine der schlimmsten Nuklearkatastrophen der Geschichte. In dem betroffenen Gebiet starben durch den Tsunami fast 16.000 Menschen, mehr als 1,2 Millionen Gebäude wurden zerstört oder beschädigt und über 380.000 Personen mussten vorübergehend evakuiert werden. Aber auch in anderen Regionen Japans waren die Auswirkungen zu spüren, beispielsweise durch Unterbrechungen der Wasser- und Stromversorgung oder Einschränkungen im Zug- und Luftverkehr.

Die Katastrophe hatte unterschiedliche Folgen auf das Wohlbefinden der Menschen in Japan:

- Physische Folgen wie Einkommensverluste, Arbeitsplatzverluste oder gesundheitliche Beeinträchtigungen.
- Psychische Folgen in Form von Furcht, Ängsten, Belastungen im Zusammenhang mit Todesfällen, Verletzungen oder der radioaktiven Belastung.

Diese Folgen beschränken sich nicht zwangsläufig nur auf die direkt Betroffenen. So könnten etwa Medienberichte auch das Wohlbefinden weiter entfernt lebender Menschen beeinträchtigt haben. Der schwere nukleare Unfall kann zudem dazu geführt haben, dass sich die Menschen in Japan nach Fukushima allgemein Sorgen um Kernenergie machen, und zwar insbesondere dann, wenn sie selbst in der Nähe von Atomkraftwerken wohnen.

Um die Einflussfaktoren auf das Wohlbefinden beziehungsweise die Lebenszufriedenheit von Menschen zu untersuchen, verwenden Ökonomen Daten aus Befragungen. Mit Hilfe dieser Daten haben Forscher herausgefunden, dass jemand, der gesund

ist, einen Arbeitsplatz hat und sich keine Sorgen um seine finanzielle Zukunft machen muss, zufriedener mit seinem Leben ist. Weitere persönliche Faktoren sind der Familienstand und das Alter. In zunehmendem Maße werden auch Umweltfaktoren wie beispielsweise Lärmbelastung und Luftverschmutzung in diesen Analysen berücksichtigt.

Bisher hatten aber nur wenige Studien die Auswirkungen von Umweltkatastrophen zum Thema. Kimball et al. (2006) untersuchten beispielsweise die Auswirkungen von Hurrikan Katrina auf die Lebenszufriedenheit in den USA. Eine Studie von Metcalfe et al. (2011) analysierte die Auswirkungen der Anschläge auf das World Trade Center auf das subjektive Wohlbefinden in Großbritannien. Den Zusammenhang von Lebenszufriedenheit und nuklearen Unfällen hatte bislang nur Berger (2010) für die deutsche Bevölkerung untersucht. Demnach konnte nach Tschernobyl eine erhöhte Besorgnis um die Umwelt festgestellt werden, aber keine Veränderung der Lebenszufriedenheit.

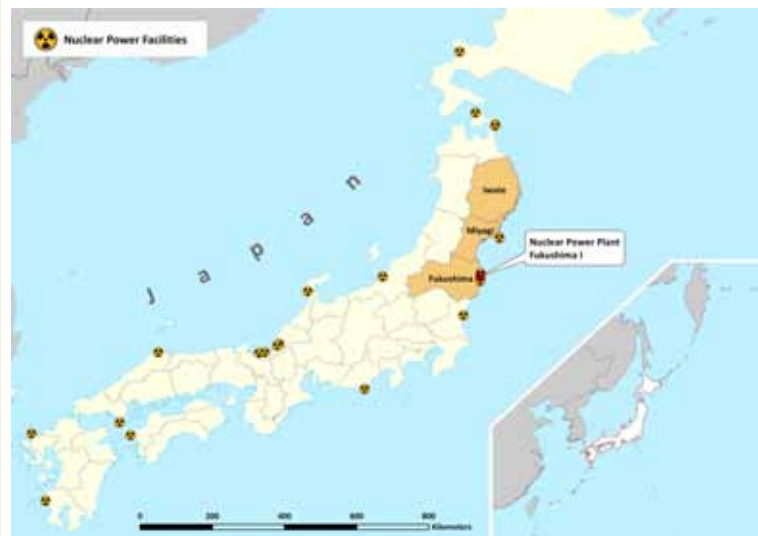
Basierend auf einem Panel-Datensatz der Keio Universität für Japan, in dem fast 6.000 Personen vor und nach der Katastrophe befragt wurden, konnten wir nun die Auswir-

„Die Katastrophe hat das subjektive Wohlbefinden von Menschen, die in der Nähe des Fukushima Dai-ichi Kraftwerks leben, signifikant reduziert. Dieser Effekt nimmt mit zunehmender Distanz ab.“

kungen auf das subjektive Wohlbefinden bzw. die Lebenszufriedenheit untersuchen. Dabei interessierten uns insbesondere die folgenden Fragestellungen: (1) In welcher Weise, wenn überhaupt, hat die Katastrophe von Fukushima das subjektive Wohlbefinden der japanischen Bevölkerung beeinflusst? (2) Hat der Reaktorunfall von Fukushima die Lebenszufriedenheit insbesondere derjenigen Menschen vermindert, die nahe am Unglücksort leben, oder waren eventuell auch diejenigen betroffen, die generell nahe an einem Kernkraftwerk leben? (3) Hatte die Katastrophe nur einen kurzfristigen Effekt auf die Zufriedenheit der Bevölkerung, oder hat sich die Lebenszufriedenheit nach dem Ereignis grundsätzlich verändert? (4) Wie hoch ist der durch die Katastrophe ausgelöste Verlust an Wohlbefinden?

Um diese Fragen beantworten und den verschiedenen Dimensionen der Katastrophe und ihrer Folgen gerecht werden zu können, verwenden wir verschiedene Indikatoren. Einige Effekte, wie beispielsweise Unterbrechungen in der Wasser- und Stromversorgung oder Ausbreitung der Radioaktivität, hängen von der Entfernung zum Katastrophentort ab. Diesen Zusammenhang bilden wir mit Hilfe von Geoinformationssystemen ab. Um Auswirkungen des Erdbebens bzw. des Tsunamis genauer zu erfassen, verwenden wir Informationen über die Anzahl an Toten und Verletzten bzw. die Anzahl an zerstörten oder beschädigten Gebäuden. Die räumliche Verteilung von radioaktiven Substanzen ist ein weiterer Indikator. Um zu prüfen, ob der Atomunfall zu einer generellen Sorge vor Atomkraft geführt hat, haben wir Informationen über die Verteilung und Dichte von Kernkraftwerken in der Nähe von Wohnorten verwendet (Abbildung). Schließlich nutzen wir noch ein alternatives Maß des Wohlbefindens, um die Dauerhaftigkeit der Veränderung zu überprüfen.

Verteilung und Lage von Atomkraftwerken in Japan



Quelle: Eigene Darstellung.

Unsere Ergebnisse deuten auf Folgendes hin: (1) Die Katastrophe hat das subjektive Wohlbefinden von Menschen, die in einer vom Tsunami getroffenen Region leben, signifikant reduziert. Dieser Rückgang lässt sich maßgeblich durch die Höhe der Todesfälle erklären und weniger durch die Zerstörung von Gebäuden. Aber auch für Menschen, die in der Nähe des Fukushima Dai-ichi Kraftwerks leben, finden wir einen solchen Rückgang des Wohlbefindens, allerdings nimmt der Effekt mit zunehmender Distanz ab. Effekte im Zusammenhang mit der radioaktiven Belastung können nicht festgestellt werden. Das könnte daran liegen, dass es so kurz nach dem Super-GAU noch zu keinen maßgeblichen Beeinträchtigungen durch Strahlung gekommen ist. Effekte durch (nicht kompensierte) Einkommensverluste oder erhöhte Arbeitslosigkeit können auch nicht nachgewiesen werden. (2) Anzeichen für eine generelle Sorge vor Kernkraftwerken finden wir nicht. (3) Während die von der Katastrophe betroffenen Menschen einen Rückgang ihrer Lebenszufriedenheit nach der Katastrophe erleben, können wir einen solchen Effekt für die generelle Zufriedenheit mit dem Leben an sich nicht finden. (4) Der Rückgang der Lebenszufriedenheit in Gebieten, die von der Tsunami-Katastrophe betroffen sind, ist äquivalent zu 72 Prozent eines durchschnittlichen Jahreshaushaltseinkommens und steigt auf bis zu 110 Prozent in Gebieten, in denen Todesfälle gemeldet wurden. Für ganz Japan beläuft sich der immaterielle Schaden auf etwa 11 Billionen US-Dollar.

Weiterführende Literatur

- Berger, Eva M. (2010). The Chernobyl Disaster, Concern about the Environment, and Life Satisfaction. *Kyklos* 63: 1–8.
- Kimball, Miles, Helen Levy, Fumio Ohtake und Yoshiro Tsutsui (2006). Unhappiness after Hurricane Katrina. NBER Working Paper 12062. Cambridge.
- Metcalfe, Robert, Nattavudh Powdthavee und Paul Dolan (2011). Destruction and Distress: Using a Quasi-Experiment to Show the Effects of the September 11 Attacks on Mental Well-Being in the United Kingdom. *Economic Journal* 121: F81–F103.
- Rehdanz, Katrin, Heinz Welsch, Daiju Narita und Toshihiro Okubo (2013). Well-being Effects of a Major Negative Externality: The Case of Fukushima. Kieler Arbeitspapiere 1855. IfW, Kiel.

Effizienter wirtschaften statt größerer Flächen: Ernährungssicherheit für eine wachsende Weltbevölkerung

Autorenporträt



Dr. Ruth Delzeit

Forschungsbereich
Umwelt und natürliche Ressourcen

Telefon (0431) 8814-405
E-Mail ruth.delzeit@ifw-kiel.de

Expertise

- Bioenergie und Landnutzung
- Globale Landnutzungsänderungen
- Projekt GLUES (Global Assessment of Land Use Dynamics, Greenhouse Gas Emissions and Ecosystem Services)

Die weltweite Nachfrage nach Nahrungsmitteln und anderen auf Biomasse basierenden Produkten steigt. Bisherigen Studien zufolge muss das globale Angebot von Agrargütern bis 2050 um 70–110 Prozent erhöht werden, um die Nachfrage zu befriedigen (Bruinsma, 2011; Tilman et al., 2011). Neben der Versorgungssicherheit von Nahrungsmitteln für eine wachsende Weltbevölkerung wird die steigende Nachfrage auch von einem erhöhten Konsum tierischer Produkte sowie von der vermehrten Nutzung von Biokraftstoffen und der stofflichen Nutzung von Biomasse getrieben.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, gibt es verschiedene globale und regionale Maßnahmen. Beispiele sind die Reduktion von Verlusten in der Prozesskette von Nahrungsmitteln, die Änderung der Ernährungsgewohnheiten, die Expansion landwirtschaftlicher Nutzfläche oder Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft (vgl. Foley et al., 2011; FAO, 2011). Während Expansion in bislang nicht genutzte Flächen kritisch gesehen wird, weil damit Ziele des Klima- und Naturschutzes verletzt werden können, zeigen einige Studien große Potenziale bei den Ertragssteigerungen. Das Schließen von Ertragslücken, also der Differenz zwischen heutigen Erträgen und potenziell möglichen Erträgen, kann die Produktion auf der heutigen Anbaufläche drastisch erhöhen. Zur Berechnung von Potenzialerträgen werden biophysikalische Modelle, Feldexperimente oder auf Betrieben beobachtete Maximalerträge verwendet, die zwar die natürlichen Bedingungen wie Klima, Bodenqualität und Wasserverfügbarkeit berücksichtigen, nicht aber die wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen Landwirtschaft stattfindet.

In einer aktuellen Studie stellen wir einen neuen methodischen Ansatz vor, um heutige und zukünftige globale Potenziale der Biomasseproduktion abzuschätzen, indem wir die biophysikalischen Voraussetzungen der Produktion von Nutzpflanzen mit deren wirtschaftlichen Produktionsbedingungen verknüpfen (Delzeit et al., 2013). Hierzu kombinieren wir ein geographisch hoch aufgelöstes Pflanzenwachstumsmodell (PROMET) mit unserem Gleichgewichtsmodell der Weltwirtschaft, das um viele agrarspezifische Details erweitert wurde (DART-BIO), um die wirtschaftlich und klimatisch beste Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen der Erde zu berechnen.

„Die Ergebnisse zeigen, dass bei einer rein bio-physikalischen Betrachtungsweise das wirtschaftlich nutzbare Ertragspotenzial um 57 Prozent unterschätzt wird.“

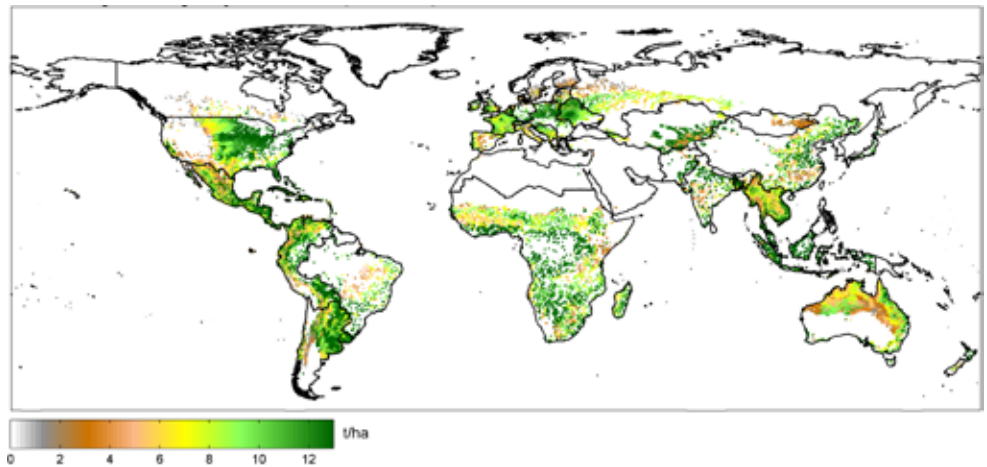
Durch die Einbeziehung von wirtschaftlichen Aspekten in die Analyse der ökologischen Wachstumsbedingungen kommen wir zu dem Ergebnis, dass das Ertragspotenzial für die weltweite Agrarproduktion um etwa 57 Prozent höher ist als bisher geschätzt. Die Berücksichtigung von ökonomischen Einflussgrößen vergrößert also das Ertragspotenzial.

Die Differenz zwischen den heute beobachteten Erträgen und dem agro-ökonomischen Ertragspotenzial bildet die Ertragslücke. Ertragslücken sind relativ gering in industrialisierten Ländern mit einer hoch entwickelten Landwirtschaft. Große Ertragslücken und somit ein beträchtliches Potenzial, die Erträge zu steigern, gibt es in Regionen, deren Landwirtschaft vorwiegend auf Selbstversorgung ausgelegt ist wie beispielsweise in Afrika.

Die sich aus der Modellkopplung ergebenden Ertragslücken bilden die Grundlage für Szenarioanalysen, mit denen verschiedene Strategien für die Erhöhung der Agrarproduktion untersucht werden können. Zum Beispiel: Nimmt man an, dass weltweit die Ertragslücken aller Regionen um fünf Prozent reduziert werden, so würde die Produktion z.B. von Reis um acht Prozent, die von Weizen um vier Prozent steigen. Dies wäre von sinkenden Agrarpreisen (Reis minus zwölf Prozent, Weizen minus zehn Prozent) begleitet. Damit könnte die Ernährungssicherheit erhöht und der Hunger gemildert werden. Wird dagegen die Anbaufläche basierend auf Schätzungen der FAO (2011) global um sieben Prozent ausgedehnt, so erhöht sich die Produktion von Weizen und Reis nur um ca. zwei Prozent, während ihre Preise um etwa drei Prozent sinken. Dies würde wahrscheinlich mit Waldrodungen und der Zerstörung von Naturschutzflächen einhergehen.

Die Ergebnisse zeigen, dass bei einer rein bio-physikalischen Betrachtungsweise der Ertragspotenziale auf den heutigen Anbaugeländen das wirtschaftlich nutzbare Potenzial unterschätzt wird. Des Weiteren legen die Ergebnisse nahe, dass die Verkleinerung der großen Ertragslücken mehr zur Ernährungssicherheit beiträgt als Flächenexpansion, und das mit geringeren unerwünschten Nebeneffekten auf das Klima und die Biodiversität. Die Investitionen in die Landwirtschaft der Länder der Dritten Welt mit ihren hohen Ertragspotenzialen dürften besser angelegt sein als viele andere Maßnahmen zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion.

Ertragspotenziale von Mais für die Periode 1981–2010
(Ohne Nutzung von Wäldern und Naturschutzgebieten)



Quelle: Mauser et al., 2014.

Weiterführende Literatur

Bruinsma, Jelle (2011). The Resources Outlook: By How Much to Land, Water and Crop Yields Need to Increase by 2050? In: Piero Conforti (Hrsg.), *Looking Ahead in World Food and Agriculture: Perspectives to 2050*. Rom: Food and Agriculture Organization of the United Nations.

Food and Agriculture Organization of the United Nations (2011). Mapping Supply and Demand for Animal-Sourced Foods to 2030. FAO Animal Production and Health, Working Paper 2. FAO, Rome.

Foley, Jonathan A., Navin Ramankutty, Kate A. Brauman, Emily S. Cassidy, James S. Gerber, Matt Johnston, Nathaniel D. Mueller, Christine O'Connell, Deepak K. Ray, Paul C. West, Christian Balzer, Elena M. Bennett, Stephen R. Carpenter, Jason Hill, Chad Monfreda, Stephen Polasky, Johan Rockström, John Sheehan, Stefan Siebert, David Tilman und David P. M. Zaks (2011). Solutions for a Cultivated Planet. *Nature* 478: 337–342.

Tilman, David, Christian Balzer und Belinda L. Befort (2011): Global Food Demand and the Sustainable Intensification of Agriculture. *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America PNAS* 108 (50): 20260–20264.

Mauser, Wolfram, Gernot Klepper, Florian Zabel, Ruth Delzeit, Tobias Hank, Birgitta Putzenlechner und Alvaro Calzadilla. Economy Matters for Estimating Regional and Global Yield Gaps. Kieler Arbeitspapiere. IfW, Kiel. Im Erscheinen.



Christine Bertram
Johannes Burmeister
Dr. Alvaro Calzadilla
Dr. Ruth Delzeit
Dipl.-Ök. Nadine Heitmann
Angela Husfeld
Prof. Gernot Klepper, Ph.D. (Leiter)
Carola Kniebes
Angela Kopmann
Mareike Lange
Christine Merk
Daiju Narita, Ph.D.
Dr. Sonja Peterson
Sebastian Petrick
Andreas Ponderfer
Gert Pönitzsch
Prof. Dr. Katrin Rehdanz
Dr. Wilfried Rickels
Matthias Weitzel
Gast:
Swantje Sundt

Dieser Forschungsbereich untersucht einzel- und gesamtwirtschaftliche Anpassungsprozesse an globale und länderspezifische Knappheiten natürlicher Ressourcen. Natürliche Ressourcen umfassen energetische und nicht-energetische Rohstoffe sowie Umweltqualität. Gegenstand der Forschung ist dabei sowohl die Analyse der Bestimmungsgründe für die zunehmende Knappheit natürlicher Ressourcen als auch der Auswirkungen dieser Knappheit auf die Allokation von Faktoren und Gütern in der Weltwirtschaft. Besonderes Gewicht wird dabei auf die Wertung der nationalen und internationalen Aspekte von Umweltpolitik und die Erarbeitung von Vorschlägen für den Einsatz rationaler und effizienter umweltpolitischer Instrumente gelegt. Traditionell liegt der Fokus dabei insbesondere auf dem Klimawandel und der Klimapolitik, was sich auch in den aktuellen thematischen Schwerpunkten widerspiegelt:

Internationale Klimapolitik

In diesem Schwerpunkt geht es um die Analyse aktueller Politikvorschläge auf europäischer und internationaler Ebene. Politiken, die im Hinblick auf ihre Effekte und der optimalen Ausgestaltung analysiert wurden und werden, sind insbesondere das Europäische Emissionshandelsystem (EHS), Maßnahmen, die mit dem Kyoto-Protokoll verbunden sind, Schnittstellen zur WTO sowie nachhaltiges Fischereimanagement.

Bioenergie und Landnutzung

Die ökonomische Analyse und Bewertung von Bioenergie ist seit mehreren Jahren ein wichtiger Schwerpunkt des Forschungsbereichs. Zunehmend rückt dabei die Landnutzungskonkurrenz z.B. mit der Nahrungsmittelproduktion in den Vordergrund. Um Landnutzungskonflikte und die Rolle der Bioenergie für den Klimaschutz besser analysieren zu können, entwickeln wir einen integrierten Modellverbund. Des Weiteren läuft das Projekt „Landnahmen und nachhaltige Entwicklung“ seit Juli 2010 – in diesem Projekt beschäftigen wir uns mit großflächigen Landkäufen von ausländischen Investoren in Afrika und deren Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung.

Rohstoffknappheit

Ein neuer Schwerpunkt des Forschungsbereichs umfasst die Ursachen und Auswirkungen von Rohstoffknappheit. Zu den aktuellen Themen gehören die strategische Nutzung von Ressourcen (z.B. seltene Erden), Bewirtschaftung der Fischbestände, Determinanten der Energieeffizienz in Deutschland, Perspektiven der marinen Bodenschätze usw.

Ökonomische Bewertung des Ozeans

Die Ozeane spielen für den Klimawandel eine große Rolle. Dennoch werden die Managementoptionen für den ozeanischen Kohlenstoffkreislauf in ökonomischen Analysen bislang kaum berücksichtigt. Der Forschungsbereich beschäftigt sich im Rahmen des interdisziplinären Kieler Excellence Clusters „Die Zukunft des Ozeans“ mit diesem Themenkomplex.

Das Kiel Earth Institute (KEI)

Das KEI ist eine Initiative des Leibniz-Instituts für Meereswissenschaften an der Universität Kiel (IFM-GEOMAR) und dem Institut für Weltwirtschaft. Das KEI ist ein virtuelles Institut, in dem wichtige Themen des globalen Wandels und seiner ökologischen, ökonomischen und sozialen Folgen identifiziert, erforscht und behandelt werden. Beim KEI steht die Zusammenarbeit von Forschern verschiedener Disziplinen und Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft im Vordergrund, um praktische Lösungsansätze zu entwickeln.

Politikwerkstätten: Ein zentrales Instrument der IfW-Beratungstätigkeit

Das Zentrum Wirtschaftspolitik führt regelmäßig Politikwerkstätten durch, die als ein zentrales Instrument unserer wirtschaftspolitischen Beratungstätigkeit gelten können. Sie unterscheiden sich grundlegend von der konventionellen wirtschaftspolitischen Beratung in Form veröffentlichter Gutachten, weil sie es gestatten, schnell und flexibel auf spezifische Anforderungen der Auftraggeber einzugehen und sehr viel zeitnäher und unmittelbarer spezifische Fragestellungen aus der wirtschaftspolitischen Diskussion einzubringen und angemessen zu berücksichtigen. Inhaltlich sind die Workshops zugleich praxisnah und wissenschaftlich fundiert, da sie konkret an den Fragestellungen der Auftraggeber ausgerichtet sind und den aktuellen Stand der Forschung berücksichtigen, und sie sollen wirtschaftspolitisch pointierte Ergebnisse erbringen.

Die Politikwerkstätten des Jahres 2013 wurden innerhalb eines Rahmenvertrags mit dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) durchgeführt. Sie waren als jeweils eintägige Veranstaltungen mit einer Tagungsdauer von sechs bis acht Stunden konzipiert und wurden in den Räumen des BMF in Berlin abgehalten. Als Referenten wirkten sowohl Wissenschaftler aus dem IfW als auch externe Experten aus Wissenschaft und Praxis mit. Im Einzelnen ging es um folgende Themen:

*Fiskalische Tragfähigkeit im demografischen Wandel:
Qualifizierte Zuwanderung als Lösungsbeitrag*

(April 2013)

Neben Risiken am aktuellen Rand wirken sich auch langfristige Herausforderungen, insbesondere der demografische Wandel, spürbar auf die künftige Entwicklung der öffentlichen Finanzen aus. Es gibt dabei nicht die eine Maßnahme, mit der wir dieser Herausforderung begegnen können. Verlängerung der Lebensarbeitszeit und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind hier ebenso Ansatzpunkte wie qualifizierte Zuwanderung. Insbesondere auf mittlere Sicht dürfte dieser Determinante in Deutschland besondere Bedeutung zukommen. Vor diesem Hintergrund hatte der Workshop das Ziel, die theoretischen und empirischen Zusammenhänge von Demografie, Wanderungsbewegungen und langfristiger Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte zu beleuchten und politische Handlungsoptionen aufzuzeigen. Der Workshop diente nicht zuletzt als Input zur Demografiestrategie der Bundesregierung.

*Konvergenz oder Divergenz in der Eurozone:
Aspekte der Wettbewerbsfähigkeit ausgewählter Länder*

(Oktober 2013)

In der Politikwerkstatt wurde diskutiert, wie sich die Wettbewerbsfähigkeit ausgewählter, durch die Finanzkrise besonders gefährdeter Länder der Eurozone entwickelt hat und welche Ansatzpunkte bestehen, ihre preisliche und nichtpreisliche Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu verbessern. Im Fokus standen dabei sektorale Strukturpolitiken, insbesondere die Perspektiven für Industrie und Dienstleistungswirtschaft, sowie Politikansätze für Arbeitsmärkte und Innovationssysteme.

Autorenporträt



Prof. Dr. Henning Klodt

*Leiter des Zentrums
Wirtschaftspolitik*

Telefon (0431) 8814-250

E-Mail henning.klodt@ifw-kiel.de

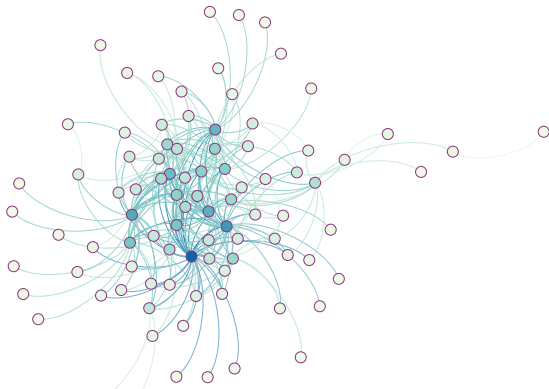
Expertise

- Ursachen und Auswirkungen der Globalisierung
- Europäische Integration

Weitere Expertise

- Forschungs- und Technologiepolitik
- Fusionen und globale Produktionsnetzwerke
- Wettbewerbspolitik
- Strukturwandel zur Wissensgesellschaft

Netzwerk des italienischen Interbankenmarkts vor der Finanzkrise



Die Abbildung zeigt Banken und ihre Verknüpfungen durch besonders frequente Kreditbeziehungen. Banken mit besonders vielen Verknüpfungen sind blau hervorgehoben.

Vernetzung und Ansteckungsgefahren im Finanzsektor

(Oktober 2013)

Eine entscheidende Rolle dafür, wie das regulatorische Rahmenwerk für den Finanzsektor weiterentwickelt werden soll, spielt die Vernetzung zwischen den verschiedenen Unternehmen dieses Sektors. In dieser Politikwerkstatt wurde diskutiert, wie ausgeprägt diese Vernetzung ist und welche Ansteckungsgefahren daraus resultieren. Darauf aufbauend ging es um die Frage, welche Regulierungsanforderungen daraus erwachsen, um den Finanzsektor nachhaltig gegen systemische Risiken absichern zu können.

Globale Liquidität:

Herausforderungen für Geldpolitik und Finanzmarktstabilität

(November 2013)

In dieser Politikwerkstatt ging es um folgende Fragen: Was ist und wie messen wir globale Liquidität (auch mit Blick auf Frühwarnindikatoren)? Welche Rolle spielt die globale Liquidität im Indikatorensystem der IWF-Surveillance? Was treibt die globale Liquidität: die Zentralbanken oder private Finanzmarktakteure? Durch welche Übertragungskanäle wirkt die globale Liquidität auf die Stabilität der Finanzmärkte und der Realwirtschaft? Wie kontrollieren wir globale Liquidität (Regulierung ihrer Teilkomponenten, höhere Eigenkapitalanforderungen, Kapitalverkehrskontrollen in Ländern, die von spekulativen Blasen bedroht sind)?

Weiterführende Literatur

Benček, David, Christina Boll, Henriette Bunde, Henning Klodt, Rosa Lauppe, Julian Leppin und Silvia Stiller (2012). Bildungsraum Hamburg/Schleswig-Holstein: mit vereinter Kraft für eine starke Region! Studie im Auftrag der Hamburger Sparkasse, Hamburg.

Alles wieder gut in Griechenland?

Gerne wurde die Botschaft der griechischen und europäischen Politik zum Jahreswechsel 2012/2013 von der deutschen und europäischen Öffentlichkeit vernommen: Die schlimmste Krise in Griechenland wäre überwunden und die Regierung hätte beim Sparen und Reformieren „geliefert“ – ein Ende der Dauerrettung sollte in greifbare Nähe gerückt sein. Das war für langjährige Beobachter der griechischen Krise eine erstaunliche Prophezeiung, klang sie doch sehr nach Zweckoptimismus. Auch für uns stellte sich die Frage, ob das Bild eines genesenden Griechenlands, das wie ein „Phönix aus der Asche“ aus der tiefsten Krise auferstanden sein sollte, einer kritischen Überprüfung standhalten würde. In unserer Studie zur Lage in Griechenland versuchten wir daher ein realistisches Lagebild zu zeichnen, das nicht durch politisches Wunschdenken verzerrt ist, sondern auf nüchternen Fakten zur Wirtschaftsentwicklung und zum Reformprozess beruht. Auf dieser Basis diskutierten wir Ansätze zu einer Lösung der griechischen Dauerkrise.

Wir kamen zur Mitte des Jahres 2013 zu dem Ergebnis, dass die Lage in Griechenland in der Tat weniger hoffnungsfroh ist als das Bild, das der Öffentlichkeit noch zur Jahreswende vermittelt wurde. Denn die griechische Wirtschaft schrumpft unablässig weiter. Vor allem: Sie zeigt bedenkliche strukturelle Schwächen. Die griechische Politik hat die Reformbaustellen bei weitem noch nicht abgearbeitet, und das griechische Schuldenproblem ist nach wie vor erdrückend. Die Massenarbeitslosigkeit verfestigt sich, und insbesondere die Beschäftigungsperspektiven für die junge Generation sind mehr als trübe.

„Wir empfehlen daher, trotz einiger Reformfortschritte den Druck auf die griechische Politik uneingeschränkt aufrecht zu erhalten, damit die Reformen vollständig abgearbeitet werden.“

internationalen Geldgeber entdeckten plötzlich wieder milliardenschwere Finanzierungslücken im griechischen Staatshaushalt, die Erreichbarkeit eines nachhaltigen Primärüberschusses wurde angezweifelt, die Mindereinnahmen aus dem schleppenden Privatisierungsprozess rückten wieder ins Bewusstsein, die Effektivität der Steuerbehörden wurde in Frage gestellt, und der Wille der griechischen Politik zum Abbau des öffentlichen Dienstes wurde angezweifelt. Gegen Ende des Jahres 2013 wurde damit deutlich, dass die griechische Regierung nicht „geliefert“ hatte. Eine Phase der Selbsttäuschung scheint beendet zu sein.

Aber was ist zu tun? Ein neues Geschäftsmodell für Griechenland, das die Wachstumsflaute rasch und nachhaltig beenden und eine Erosion des griechischen Lebensstandards verhindern könnte, ist nach unserer Meinung angesichts der beobachteten Strukturschwächen kurzfristig nicht in Sicht. Unsere Analyse macht deutlich, dass Griechenland einen über Jahrzehnte verschleppten Strukturwandel nachholen muss, ohne den es keine nachhaltige wirtschaftliche Erholung geben kann. Wachstum durch billige Kredite, die in der Vergangenheit einen ausufernden staatlichen und privaten Konsum ermöglichten, wird es nicht mehr geben. Aber es wird auch nicht möglich sein, den Hebel einfach umzulegen: Die gegenwärtigen Wirtschaftsstrukturen erlauben es

Nach dem Sommer 2013 konnte dann auch die Politik die schwelende Krise in Griechenland nicht länger schönreden und bestätigte die Ergebnisse unserer Griechenlandanalyse: Die

Autorenporträts



Dr. Klaus Schrader

*Stellvertretender Leiter des Zentrums
Wirtschaftspolitik*

Telefon (0431) 8814-280

E-Mail klaus.schrader@ifw-kiel.de

Expertise

- Krisenländer in der EU
- Außenwirtschaftliche Integration in der erweiterten EU
- Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsentwicklung



Dr. Claus-Friedrich Laaser

Zentrum Wirtschaftspolitik

*Stellvertretender Leiter des
Public Relations Zentrums*

Telefon (0431) 8814-463

E-Mail claus-friedrich.laaser@ifw-kiel.de

Expertise

- Krisenländer in der EU
- Außenwirtschaftliche Integration in der erweiterten EU
- Subventionen in Deutschland

Weitere Expertise

- Verkehrs- und Infrastrukturpolitik

Autorenporträts Fortsetzung



David Benček

Forschungsbereich
Armutsminderung und Entwicklung
Zentrum Wirtschaftspolitik

Telefon (0431) 8814-470
E-Mail david.bencek@ifw-kiel.de

Expertise

- Schuldentragfähigkeit
- Institutioneller Wandel

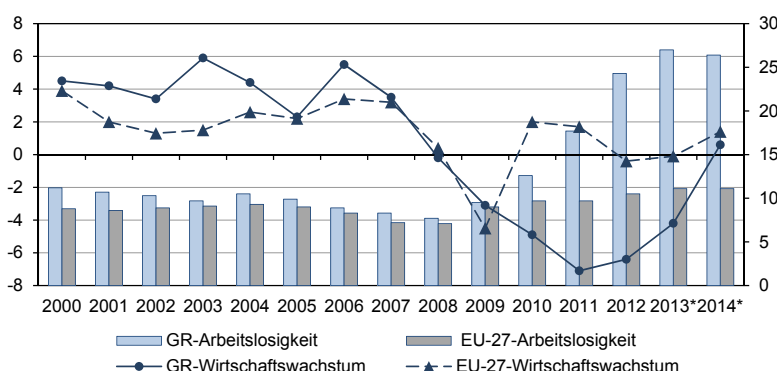
Griechenland nicht, in kurzer Frist über den Export aus der Krise herauszuwachsen. Am Standort Griechenland müssen erst einmal in größerem Umfang wertschöpfungsstarke Industrie- und Dienstleistungsunternehmen entstehen, die in anderen EU-Ländern den gehobenen Lebensstandard rechtfertigen, den sich Griechenland bisher geleistet hat. Mit dem Export rohstoff- und arbeitsintensiver Güter sowie mit Dienstleistungen im Niedrigeinkommensbereich wird dies nicht gelingen.

Für die Entwicklung wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen braucht Griechenland insbesondere privates Kapital – staatliche Investitionsprogramme oder europäische Strukturfondsmittel können dies nicht leisten. Daher müssen die Strukturreformen mit größerer Konsequenz und Geschwindigkeit als bisher durchgeführt werden. Die Politik könnte ihren Beitrag zu einer von privaten Kapitalgebern getragenen Investitions-offensive durch eine sichtbare Verbesserung der immer noch unattraktiven Standortbedingungen in Griechenland leisten. Nicht nur der Doing-Business-Index der Weltbank weist auf erhebliche Optimierungspotenziale hin. Ein Nachweis verbesserter Standortbedingungen würde schon darin bestehen, wenn das von Griechen gehaltene Auslandsvermögen von mindestens 31 Milliarden Euro ins Land zurückfließen würde.

Wir empfehlen daher, trotz einiger Reformfortschritte, den Druck auf die griechische Politik uneingeschränkt aufrechtzuerhalten, damit die Reformen vollständig abgearbeitet werden. Wir weisen allerdings auch darauf hin, dass die Überwindung der Strukturkrise in Griechenland durch zu hoch gesteckte Erwartungen eher erschwert wird. Die Erkenntnis sollte wachsen, dass die Umsetzung von Strukturreformen Zeit braucht. Um die Geschwindigkeit und die Professionalität des Reformprozesses zu erhöhen, schlagen wir ein Outsourcing von Reformprojekten vor: In noch größerem Umfang als bisher sollten in- und ausländische Experten – seien es EU-Bedienstete, Verwaltungsexperten aus anderen EU-Ländern oder Spezialisten in- und ausländischer Beratungsunternehmen – und weniger staatliche Stellen mit der Durchführung und Koordination der Reformen betraut werden. Denn der Aufbau einer funktionstüchtigen Staatsverwaltung ist selbst Teil des Reformprozesses. Die Übertragung hoheitlicher Kompetenzen auf Externe im Rahmen der Projektdurchführung sollte eine hinnehmbare Einschränkung staatlicher Souveränität sein. Eine nationale Deregulierungsagentur, die unabhängig

von der Staatsbürokratie agiert und mit weitgehenden Kompetenzen ausgestattet ist, könnte dieses „Reform-Outsourcing“ auf griechischer Seite koordinieren.

Reales Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit in Griechenland im EU-Vergleich, 2000–2014 (Prozent)



*Frühlingsprognose 2013 der EU-Kommission. — BIP zu Marktpreisen (Volumen), prozentuale Veränderung gegenüber dem Vorjahr (linke Achse); harmonisierte Arbeitslosenquote in Prozent (rechte Achse).

Quelle: Eurostat (2013a, b); EU-Kommission (2013); eigene Zusammenstellung.

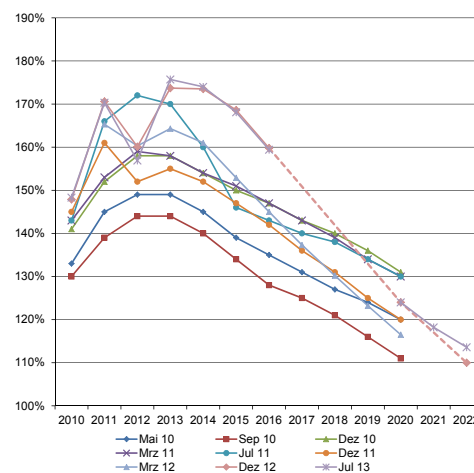
Die Analyse zeigt zudem, dass Griechenland seinen erdrückenden Schuldenberg ohne weitere Hilfen aus eigener Kraft wohl nicht bewältigen kann – die Wiederherstellung der Schuldentragfähigkeit Griechenlands ist trotz Schuldenschnitt und Schuldentrückkauf nicht gelungen. Ein Blick auf die Schuldenprojektionen der Troika aus den vergangenen zweieinhalb Jahren zeigt eine stetige Revision der Daten, die dem Umstand Rechnung trägt, dass Griechenland immer wieder hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Aufgrund der griechischen Wachstumsschwäche ist der erforderliche Primärüberschuss im Staatshaushalt von bis zu 4,5 Prozent des BIP,

den die Griechenlandretter für das Erreichen einer tragfähigen Verschuldung voraussetzen, kaum erreichbar. Daher ist aus unserer Sicht ein finaler Schuldenschnitt sinnvoll, um eine für Griechenland tragfähige Verschuldung zu erreichen.

Wie weitreichend müsste ein solcher „Haircut“ sein? Unter der Annahme eines durchschnittlichen Wachstums von 2 Prozent müsste ein Schuldenschnitt in Höhe von etwa 71 Prozent erfolgen, damit bei einem Sekundärmarktzinsniveau von 11,6 Prozent ein Primärüberschuss von 5 Prozent ausreicht. Bei optimistischeren Wachstumsannahmen sinkt entsprechend der benötigte Schuldenschnitt: Bei 4 Prozent Wachstum müsste der Schnitt „nur“ knapp 64 Prozent betragen. In einer alternativen Modellrechnung mit Zinsreaktionen sieht der Schnitt weniger dramatisch aus: Wenn man unterstellt, dass der Sekundärmarktzins je Prozentpunkt niedrigerer Schuldenquote um 3 bis 7 Basispunkte abnimmt, würde bei 2 Prozent Wachstum ein Schuldenschnitt von 31 bis 47 Prozent ausreichen, um Griechenlands Schuldenlast wieder tragfähig werden zu lassen.

Allerdings haben die internationalen Geldgeber auch einen Anspruch darauf, dass die Rettungsmilliarden für Griechenland nicht wirkungslos versickern. Ein Schuldenschnitt, der die Steuerzahler der Euroländer direkt betreffen würde, müsste stark konditioniert sein, „frisches Geld“ würde es nicht mehr geben. Die nationale Fiskalhoheit müsste für den Zeitraum der notwendigen Konsolidierung stark eingeschränkt werden, die Entschuldungsschritte müssten eng mit Fortschritten bei den Strukturreformen verknüpft sein. Griechenland bekäme auf diese Weise „Luft zum Atmen“ und damit Zeit zur eigenverantwortlichen Entwicklung eines sich selbst tragenden Geschäftsmodells – und die Geberländer könnten den unerfreulichen Bailout-Prozess abschließen. Von einer Dauerrettung mit immer neuen Hilfspaketen wird hingegen abgeraten, da hier ein unbezahlbarer Transfermechanismus droht, der auch für andere Krisenländer attraktiv wäre.

Entwicklung der Schuldenquotenprojektionen in Prozent des BIP, 2010–2022



Quelle: EU-Kommission (2012a, 2012b); IMF (2010a, 2010b, 2010c, 2011a, 2011b, 2011c, 2013); eigene Zusammenstellung.

Weiterführende Literatur

Schrader, Klaus, David Benček und Claus-Friedrich Laaser (2013a). IfW-Krisencheck: Alles wieder gut in Griechenland? Kieler Diskussionsbeitrag 522/523. IfW, Kiel.

Schrader, Klaus, David Benček und Claus-Friedrich Laaser (2013b). Greece: Back on Track? Kiel Policy Brief 68. IfW, Kiel.

Zentrum

Wirtschaftspolitik



Das IfW unterstützt wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse durch die regelmäßige Analyse und Prognose der makroökonomischen Entwicklung (Konjunkturprognosen), durch Politikwerkstätten und Gutachten für Ministerien und andere Entscheidungsträger, durch die Beteiligung an Konferenzen, durch die Mitarbeit in wirtschaftspolitischen Netzwerken und durch spezielle Studien zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen (Politikberatung).

Zentrum

Prognosen



Das Prognosezentrum analysiert und prognostiziert regelmäßig die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland und in der übrigen Welt. Es kooperiert mit anderen führenden Wirtschaftsforschungsinstituten in Deutschland und im europäischen Rahmen mit der EUROFRAME-Gruppe und der AIECE. Die Ergebnisse werden in den Publikationen des Instituts für Weltwirtschaft veröffentlicht. Eine zentrale Veranstaltung ist das traditionelle Kieler Konjunkturgespräch, das jeweils im Frühjahr und im Herbst stattfindet. Daneben werden verschiedene Projekte bearbeitet, so der regelmäßige Subventionsbericht für Deutschland. Das Prognosezentrum betätigt sich darüber hinaus an der wirtschaftspolitischen Beratung, der amtlichen Steuerschätzung sowie im Rahmen von Stellungnahmen zu aktuellen Fragen der Wirtschaftspolitik

Zentrum

Global Economic Symposium



Das Zentrum ist verantwortlich für die Organisation des Global Economic Symposiums (GES). Auf dem GES treffen hochrangige internationale Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft zusammen, um Lösungen für drängende globale Probleme zu erarbeiten. Vergleichbare Veranstaltungen bieten ebenfalls eine globale Perspektive, einen interdisziplinären Ansatz und einen internationalen Teilnehmerkreis.

Das GES ist darüber hinaus

- **lösungsorientiert:**
Die zentrale Frage des GES lautet: „Was ist zu tun?“. Die Teilnehmer überarbeiten und formulieren Politik- und Unternehmensstrategien, die Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung bieten;
- **forschungsbasiert:**
Die Arbeitskreise des GES werden durch neueste Forschungsergebnisse unterstützt, die den Teilnehmern über virtuelle Bibliotheken und andere virtuelle Plattformen zugänglich gemacht werden;
- **interaktiv:**
Das GES ermöglicht nicht nur einen kreativen Gedankenaustausch während des Symposiums. Über das virtuelle GES (die Internetplattform des GES) arbeitet das GES-Netzwerk über die Veranstaltung hinaus an innovativen Lösungen globaler Probleme.

Global Economic Symposium 2013: Eurobonds, Cybersecurity und Psychologie

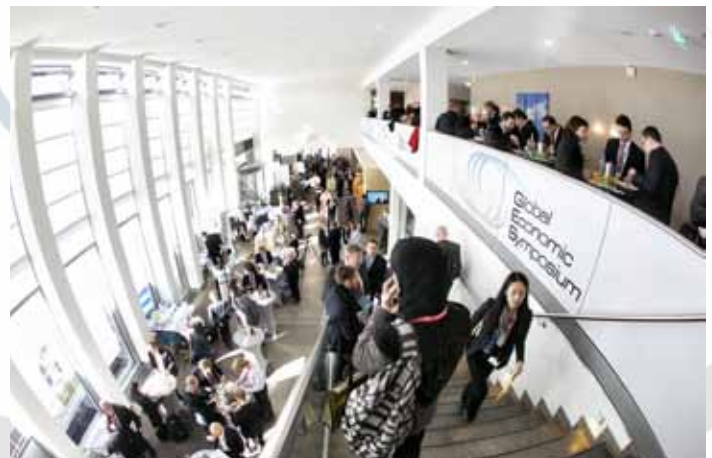
Solution City war im Oktober 2013 wieder die passende Beschreibung für die schleswig-holsteinische Landeshauptstadt. Unter dem Leitmotiv „Erfolg neu definieren“ hat das sechste Global Economic Symposium (GES) in Kiel stattgefunden. Wie in den vergangenen Jahren benennt das Symposium drängende globale Probleme und entwickelt Lösungsvorschläge zur Beseitigung dieser.

Seine Initialzündung erhält das Symposium durch die Auswahl der Themen, sein Motor läuft durch das Engagement der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Das GES 2013 hat gezeigt: Das Konzept des Symposiums geht auf, das Interesse daran und seine Teilnehmerzahl wachsen kontinuierlich. In diesem Jahr haben sich mehr als 600 Entscheidungsträgerinnen und -träger in über 40 international geprägten Podiumsdiskussionen und Workshops im Atlantic Hotel Kiel getroffen, um global relevante Themen zu erörtern, kontroverse Standpunkte zu vertreten und vehement miteinander zu diskutieren. Starke Aufmerksamkeit erregten Fragen nach der Zukunft Europas und der Entwicklung der arabischen Länder, die Suche nach einem nachhaltigen Energiemix und das Thema Cybersecurity. Auch die Zukunftsaussichten des Mittelstands in Deutschland wurden beleuchtet.

Keine Nebensächlichkeit während des GES: Kontaktpflege und Netzwerke. Herzstück des GES sind zwar die globalen Lösungen; damit sich aber Austausch und Dialog nach der direkten Begegnung und auch für das nächste GES dynamisch weiterentwickeln können, ist das Symposium gleichzeitig ein hervorragendes Forum, um Kontakte und Netzwerke konstruktiv aus- und aufzubauen. Auch hierfür wurde das GES 2013 intensiv genutzt.

In seiner Eröffnungsrede plädierte Professor Dennis J. Snower für ein neues Menschenbild in der Ökonomie: „Wir definieren Erfolg heute vor allem wirtschaftlich – wie viel Wachstum erreicht ein Land, wie viel materiellen Wohlstand ein Mensch. Doch in entwickelten Ländern nutzt sich die Freude an materiellem Zugewinn schnell ab, das ständige Streben danach frustriert uns eher. Psychologische Forschungen zeigen, was uns wirklich Wohlergehen bringt. Dazu gehören persönliche Bestätigung, Selbstachtung und kooperative Beziehungen zu anderen Menschen. Solche Faktoren müssen für die Erfolgsmessung an Bedeutung gewinnen.“

Ein besonderer Themenschwerpunkt des GES 2013 war zweifellos die Euro-Krise. Die dazu geführten Debatten über Eurobonds und Fiskalregeln waren kontrovers und spannend. Deutlichster Verfechter der von Kanzlerin Angela Merkel zum Tabu erklärten Eurobonds war der bekannte US-Investor George Soros. Entweder, so der Experte, könnten Transfers gezahlt werden – dann werde die Eurozone eine Transfer-Union, die so von niemandem gewollt sei. Eine Alternative dazu wäre eine Garantieerklärung, die die Gläubiger gegenüber den Schuldnerstaaten abgeben würden – namentlich Eurobonds. „Strukturreformen in Südeuropa



reichen nicht, um das Problem zu lösen“, so Soros. „Wir brauchen beides, Eurobonds und Strukturreformen.“ Stefan Kooths vom Prognosezentrum des IfW hält die Eurobonds hingegen für „das falsche Signal gegenüber den Kapitalmärkten“. Es könne zu gigantischen Fehlallokationen kommen, weil die Zinsen dann nicht mehr das Ausfallrisiko abbilden würden. „Wir sollten aufpassen, die Symptome der Krise nicht mit Maßnahmen zu bekämpfen, die uns in die Krise hineingebracht haben“, so Kooths.



Dank der Deutschen Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften (ZBW) – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft, Kooperationspartner des GES, haben die Social-Media-Aktivitäten zum GES ein enormes Niveau erreicht. Die Anzahl der Fans der GES-Facebook-Seite beispielsweise erhöhte sich innerhalb eines Jahres von 500 auf über 25.000. Erfolgreich war auch die neue „GES Interview Corner“. Junge Führungskräfte interviewten mehr als 25 Entscheidungsträgerinnen und -träger und fragten diese, welchen Rat sie der nächsten Generation mit auf den Weg geben wollten. Die hierbei entstandenen Videos sind auf dem GES-Youtube-Channel zu sehen und wurden bereits hundertfach aufgerufen.

Das Thema „Nachhaltige Entwicklung“ bildete einen eigenen Schwerpunkt. Die Bertelsmann Stiftung, Partner des GES, hielt dazu eine Konferenz innerhalb der Konferenz ab und präsentierte damit gleichzeitig ein neues und interessantes Diskussionsformat: Anstelle einer traditionell moderierten Diskussion zwischen Podiumssprechern und der sich anschließenden Öffnung der Runde für das Publikum, begaben sich die Sprecher zum direkten Dialog an die Tische der Teilnehmer. Durch unmittelbare Nähe der Beteiligten zueinander entstand eine lebhafte und fruchtbare Debatte.



Deutlich ausgeweitet wurde die Einbindung junger Menschen in das Symposium. Startete die Schülerinitiative 2011 mit zwei Kieler Schulen, waren in diesem Jahr schon sieben Schulen aus dem Bundesland Schleswig-Holstein vertreten. Rund 80 Schülerinnen und Schüler hatten sich ein halbes Jahr lang intensiv auf das GES 2013 vorbereitet und eigene Lösungsvorschläge erarbeitet, um diese stellvertretend für die nachfolgende Generation mit prominenten Experten des GES zu diskutieren.

Das GES 2013 kann erneut eine positive Bilanz ziehen und sich den nächsten Herausforderungen stellen. Im Jahr 2014 wird das Symposium den asiatischen Raum erobern. Damit folgt die Konferenz der Einladung der malaysischen Universität UiTM nach Kuala Lumpur und erfüllt so den Wunsch der GES-Community, das Netzwerk in Asien deutlich auszuweiten.



Kathrin Kupke und Willi Scholz

Zentrum

Public Relations

Das Public Relations Zentrum transportiert die Forschungsergebnisse des Instituts für Weltwirtschaft in die Medien und die breite Öffentlichkeit. Es ist der zentrale Ansprechpartner für externe Anfragen zu den Forschungs- und Veranstaltungsaktivitäten des Instituts. Darüber hinaus entwickelt und liefert es medien- und öffentlichkeitswirksame Produkte und Informationen.



Zentrum

Fundraising und Außenbeziehungen

Das Zentrum Fundraising und Außenbeziehungen bildet die Schnittstelle des IfW für die Erschließung und Beschaffung finanzieller Mittel. Primäre Zielgruppe des Zentrums ist die Wirtschaft, zu der intensive Kontakte gepflegt werden. Aus deren Mitte wirbt das Zentrum Förderer, die Mitglied der



Gesellschaft zur Förderung des
Instituts für Weltwirtschaft

werden können. Auch die Betreuung des Wirtschaftswissenschaftlichen Clubs, die Kontaktpflege zu den Alumni und die Betreuung des Wirtschaftsbeirats des IfW gehören zu den Aufgaben des Zentrums.



Zentrum

Research Grants

Das Zentrum Forschungsförderung bietet Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IfW bei allen Drittmittel-Forschungsvorhaben seine Unterstützung an, sowohl bei der Suche nach geeigneten Mitteln als auch bei den administrativen Arbeiten. Dies kann im Einzelfall auch einmal eine gemeinsame Einreichung sein, bei der das Zentrum den administrativen Teil der Antragstellung und Durchführung des Projektes übernimmt (beispielsweise bei großen EU-Projekten).



Weltwirtschaftlicher Preis 2013: Lösungen für die globale Wirtschaft



v.l. IHK-Präsident Klaus-Hinrich Vater, Kiels Stadtpräsident Hans-Werner Tovar, Preisträgerin Gro Harlem Brundtland, Kiels Oberbürgermeisterin Susanne Gaschke, Preisträger Joseph E. Stiglitz, IfW-Präsident Dennis J. Snower, Preisträger Mohammed Ibrahim, Ministerpräsident Torsten Albig und EZB-Direktor Jörg Asmussen

Gro Harlem Brundtland, ehemalige Ministerpräsidentin Norwegens, Joseph E. Stiglitz, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, und Mo Ibrahim, ehemaliger afrikanischer Mobilfunkunternehmer und Gründer der Mo Ibrahim Foundation, sind die Preisträger des Weltwirtschaftlichen Preises 2013. Die Ehrenmedaille wurde den drei Preisträgern in Anwesenheit von EZB-Direktor Jörg Asmussen, Ministerpräsident Torsten Albig, Kiels Oberbürgermeisterin Susanne Gaschke, Kiels Stadtpräsident Hans-Werner Tovar und IHK-Präsident Klaus-Hinrich Vater von IfW-Präsident Dennis Snower überreicht. Mit dieser Auszeichnung würdigen das Kieler Institut für Weltwirtschaft, die IHK Schleswig-Holstein und die Landeshauptstadt Kiel Politiker, Ökonomen und Unternehmer, die sich als Vordenker einer weltoffenen, marktwirtschaftlichen Gesellschaft verdient gemacht haben. Der Preis soll einen Anstoß dazu geben, die großen weltwirtschaftlichen Herausforderungen im Dialog zwischen den verschiedenen Gruppen der Gesellschaft kreativ zu bewältigen.

„Auf ganz unterschiedliche Art und Weise zeigen unsere diesjährigen Preisträger, wie wichtige weltwirtschaftliche Probleme lösungsbezogen angegangen werden können. Joe Stiglitz hat verdeutlicht, wie Regierungen ein informationsbedingtes Marktversagen verhindern können. Mo Ibrahim hat die Rolle von Regierungen auf andere Weise erläutert: Durch seinen *Index of Governance* hat er eine Rangskala entwickelt, die Transparenz, Unbestechlichkeit und Effizienz von Regierungsführung in Afrika misst. Gro Harlem Brundtland hat ein weit gefasstes politisches Konzept für nachhaltige Entwicklung geschaffen, das zeigt, wie Umwelt und Entwicklung in Einklang gebracht werden können“, hob IfW-Präsident Dennis Snower in seiner Laudatio hervor.

Gro Harlem Brundtland, geboren am 20. April 1939 in Oslo (Norwegen), ist Politikerin und Ärztin. Sie war mit 41 Jahren die erste und jüngste Ministerpräsidentin Norwegens. Sie war Generalsekretärin der Weltgesundheitsorganisation und engagiert sich heute im Council of Women World Leaders, im Club of Madrid und bei den Global Elders. Außerdem gehörte sie der Vorbereitungskommission für die Rio +10-Konferenz im Jahr 2012 an.

Gro Harlem Brundtland engagierte sich schon früh in der Arbeidernes Ungdomsfylking (AUF), der Jugendorganisation der Arbeiterpartei (Det norske Arbeiderparti – DnA) und trat dieser mit sieben Jahren bei. Sie studierte Medizin an der Universität Oslo und promovierte dort 1963. Einen Masterabschluss in Public Health erhielt sie 1965 an der Harvard University.

Nach einer Beratertätigkeit im Gesundheits- und Sozialministerium wechselte sie 1968 zur Osloer Stadtverwaltung und nach einem Jahr als stellvertretende Direktorin zur Schule des Gesundheitsdienstes. 1974 wurde sie in den Vorstand der Arbeiterpartei gewählt. Von 1974 bis 1979 war sie norwegische Umweltministerin. Als sie 1981 Ministerpräsidentin wurde, besetzte sie 8 der insgesamt 18 Ministerämter mit Frauen. Von 1986 bis 1989 und von 1990 bis 1996 bekleidete Gro Brundtland erneut das Amt der Ministerpräsidentin. Brundtland setzte sich dafür ein, dass Medikamente gegen AIDS und Malaria der Bevölkerung in Entwicklungsländern zugänglich gemacht werden. Außerdem leitete sie erfolgreich Maßnahmen gegen die SARS-Epidemie ein. Ihr 1987 veröffentlichter Bericht „Our Common Future“ (auch bekannt als *Brundtland-Bericht*) hat die Nachhaltigkeit in der internationalen Politik-Agenda etabliert.

Gro Harlem Brundtland wurde vielfach für ihr nationales und internationales Engagement für Umwelt, Gesundheit und Demokratie ausgezeichnet. 1989 erhielt sie den Indira-Gandhi-Preis, 1991 die Dag-Hammarskjöld-Ehrenmedaille der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen. 1994 wurde ihr der Karlspreis der Stadt Aachen verliehen. 2007 wurde sie Sonderbotschafterin des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für den Klimawandel.



Joseph E. Stiglitz, geboren am 9. Februar 1943 in Gary (Indiana/USA), ist ein amerikanischer Ökonom. 2001 erhielt er zusammen mit George A. Akerlof und Michael Spence den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften. Stiglitz wurde für seine Analyse von Märkten mit asymmetrischen Informationen geehrt. Er ist Hauptautor des „Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change“. Zurzeit lehrt er an der University of Columbia, wo er Vorsitzender des Committee on Global Thought an der School of International and Public Affairs ist. Zudem leitet er das Brooks World Poverty Institute der University of Manchester und ist darüber hinaus Mitglied in zahlreichen Gremien, u.a. im Acumen Fund und in Resources for the Future.

Der in Indiana aufgewachsene Joseph E. Stiglitz studierte erst Mathematik und anschließend Wirtschaftswissenschaften. Von 1970 bis 1974 war er Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Yale University, danach an der Stanford University (1974–1976 und 1988–2001), der University of Oxford (1976–1979) und der Princeton University (1979–1988). 1993 wurde er Mitglied im Rat der Wirtschaftsberater von US-Präsident Bill Clinton, dessen Ratsvorsitz er von 1995 bis 1997 innehatte. Von 1997 bis 2000 war er Vizepräsident und Chefökonom der Weltbank. Außerdem ist Stiglitz Mitbegründer des Ende Oktober 2009 gegründeten „Institute for New Economic Thinking“ (INET), welches neue Denkansätze für die Volkswirtschaftslehre entwickelt.

Mit der Forschung zu asymmetrischen Informationen hat Stiglitz die ökonomische Wissenschaft grundlegend verändert. Seine Arbeit trägt dazu bei, die Gründe für das Nichtfunktionieren von Märkten zu erkennen und zugleich herauszufinden, ob ausgewählte staatliche Interventionen in diesen Fällen Abhilfe leisten können. Das US-Magazin TIME ernannte ihn



2001 zu einem der 100 Menschen, die die Welt am meisten beeinflussen. Er hat über vierzig Ehrendokortitel von Universitäten aus fast ebenso vielen Ländern und viele weitere Auszeichnungen erhalten.



Mohammed Ibrahim, geboren 1946 im Sudan, ist ein afrikanischer Unternehmer. Er ist Gründer von Celtel, einem Mobilfunkunternehmen, das heute in 23 afrikanischen und asiatischen Ländern operiert, und der Mo Ibrahim Stiftung, die sich für gute Regierungsführung in Afrika einsetzt.

Mo Ibrahim studierte an der University of Alexandria, Ägypten, und an der University of Bradford. Er promovierte im Fach Mobile Kommunikation an der University of Birmingham. Nachdem er zunächst für verschiedene Telekommunikationsunternehmen tätig war, gründete er 1989 die Software- und Beratungsfirma MSI. Im Jahr 1998 wurde MSI-Cellular Investments (Celtel) ausgegliedert. 2005 verkaufte Ibrahim die Firma, um mit diesem Kapital im Jahr 2006 die Mo Ibrahim Foundation zu gründen. Seit 2007 verleiht die Stiftung den Preis „The Ibrahim Prize for Achievement in African Leadership“, der mit fünf Millionen Dollar dotiert ist. Er wird an afrikanische Regierungschefs verliehen, die demokratisch gewählt wurden, ihrem Land ökonomische, soziale und gesundheitliche Stabilität verliehen und ihr Amt auf demokratische Art und Weise weitergegeben haben. Eine weitere Einrichtung der Stiftung ist der *Ibrahim Index of African Governance*. Dieser jährliche Index beurteilt die Regierungsführung afrikanischer Länder anhand von vier Kriterien: Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit, Mitbestimmung durch das Volk und Menschenrechte, die Nachhaltigkeit der Volkswirtschaft und des Wirtschaftens und die Entwicklung und Bildung der Bevölkerung. Der Index soll für die Bevölkerung ein Instrument darstellen, um Veränderungen in diesen Bereichen aufzuzeigen und gegebenenfalls zu fordern. Außerdem ist die Stiftung Ausrichter eines jährlichen Diskussionsforums, auf dem jeweils aktuelle, für den afrikanischen Kontinent relevante Themen diskutiert werden. Darüber hinaus stellt die von ihm gegründete Stiftung Stipendien für afrikanische Studierende zur Verfügung.

Mohammed Ibrahim erhielt unzählige Ehrungen und Preise für seine Leistungen als Unternehmer und Mäzen. Unter anderem wurde er 2007 mit dem GSM Association Chairman's Award und 2008 mit dem Telecommunication Industry's Highest Accolade und dem BNP Paribas Prize for Philanthropy ausgezeichnet. Im selben Jahr wurde er vom TIMES-Magazin in die Liste der 100 einflussreichsten Persönlichkeiten der Welt aufgenommen.

Federico Foders

Excellence Awards in Global Economic Affairs 2013

Im Berichtsjahr wurden zum sechsten Mal die „Excellence Awards in Global Economic Affairs“ des Instituts für Weltwirtschaft vergeben, mit denen herausragende Nachwuchsökonominnen im Bereich der weltwirtschaftlichen Forschung ausgezeichnet werden.

Die Preisträger waren:

Tarek Hassan, University of Chicago, für seine Arbeiten zum Themengebiet „Wirtschaftliches Wachstum und Entwicklung“,

Nancy Qian, Yale University, für ihre Arbeiten zum Themengebiet „Entwicklungspolitik“,

Ricardo Reis, Columbia University, für seine Arbeiten zum Themengebiet „Geldpolitik“,

Pierre Yared, Columbia University, für seine Arbeiten zum Themengebiet „Politik und Wirtschaft“.

Die Preise schlossen jeweils einen Forschungsaufenthalt am Kieler Institut ein, der durch eine Reihe von Stipendien (Horst Siebert Fellowship, Porsche Fellowship, Landeshauptstadt Kiel Fellowship und Birke Hospitality Fellowship) finanziert wurde.

Institutspräsident Dennis Snower überreichte die Urkunden im Rahmen der Veranstaltung für den Weltwirtschaftlichen Preis während der Kieler Woche 2013. Die Preisträger stellten darüber hinaus auf einem gemeinsam mit Wissenschaftlern des Instituts veranstalteten Workshop neue Forschungsergebnisse vor.



v.l. Prof. Dennis J. Snower, Nancy Qian, Pierre Yared und Tarek Hassan;
nicht im Bild Ricardo Reis.

Harmen Lehment

Zentrum



Ausbildung

Im Zentrum der Ausbildungsaktivitäten des Instituts für Weltwirtschaft steht das Aufbaustudium Advanced Studies in International Economic Policy Research, das sich vornehmlich an junge Wirtschaftswissenschaftler mit abgeschlossenem Hochschulstudium richtet. Zusätzlich wird jedes Jahr eine Kiel Institute Summer School on Economic Policy (KISSEP) angeboten. Darüber hinaus engagiert sich das Zentrum in der Doktoranden-Ausbildung und bietet Praktikanten die Möglichkeit, wirtschaftswissenschaftliche Forschung aus der Nähe kennen zu lernen. Zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des IfW halten darüber hinaus Lehrveranstaltungen an Universitäten und Fachhochschulen.

Zentrum



Wissenschaftliche Außenbeziehungen und Publikationen

Aufgabe des Zentrums ist es zum einen, externe Wissenschaftler für die Aktivitäten des Instituts (Forschung, Events, Education) zu interessieren und Forschungsaufenthalte von externen Wissenschaftlern am Institut zu unterstützen.

Zum anderen befasst sich das Zentrum mit der Herausgabe und der redaktionellen Bearbeitung verschiedener Institutspublikationen; dazu zählen insbesondere

- die international renommierte Fachzeitschrift *Review of World Economics*/Weltwirtschaftliches Archiv,
- das innovative Open-Access, Open-Assessment E-Journal *Economics* sowie
- die auf wirtschaftspolitische Fragestellungen ausgerichteten Kieler Diskussionsbeiträge und die Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik.

Gemeinsame Verwaltung IfW/ZBW



Die Stiftungen öffentlichen Rechts Institut für Weltwirtschaft (IfW) und Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft (ZBW) werden aufgrund einer Kooperationsvereinbarung zwischen beiden Stiftungen von einer gemeinsamen Verwaltung betreut. Sie unterstützt die Stiftung IfW in den Bereichen Personalwesen, Haushalts- und Finanzwesen, Beschaffungswesen und Liegenschaftswesen.

Take-Maracke-Förderpreis 2013

Der Wirtschaftswissenschaftliche Club am Institut für Weltwirtschaft e.V. hat am 18. Februar zum siebten Mal den Take-Maracke-Förderpreis für Wirtschaftswissenschaften vergeben. Mit dem Preis werden herausragende und besonders praxisnahe Seminararbeiten von Studierenden der Volks- und Betriebswirtschaftslehre aus Kiel und Flensburg ausgezeichnet. Der Preis ist mit 2.000 Euro dotiert. Im Rahmen einer festlichen Veranstaltung mit mehr als 50 Teilnehmenden aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik wurden die Preisträger gebührend gewürdigt.

Das Niveau der eingereichten Arbeiten war in diesem Jahr so hoch, dass die Jury gleich drei erste Preise vergab: Annika Teerling von der Christian Albrechts Universität (CAU), Kiel, überzeugte mit ihrer empirischen Untersuchung zum Thema „Entscheidung unter Unsicherheit – befristete Arbeitsverhältnisse“. Ihre Forschung widerlegte eine zunächst als plausibel vermutete Hypothese – befristete Arbeitsverhältnisse stünden einer Familienplanung im Wege – und ermittelte andere Einflussfaktoren für den Kinderwunsch, die in der Forschung künftig eine größere Rolle spielen sollten. Kommilitonin Jana Behrens (CAU Kiel) stellte in ihrer Arbeit „Anhebung des Inflationszieles durch die Notenbanken“ Pro und Contra gegenüber und sprach sich für die Beibehaltung des bisherigen niedrigen Inflationsziels in Deutschland aus. Für seine „Analyse der Wertschöpfungspotenziale ausgewiesener regionaler Ressourcen des Ernährungswirtschaftsclusters der Region Flensburg“ erreichte als Dritter im Bunde Wilhelm Karwatzki, Student der Universität Flensburg, einen ersten Platz. Weitere Preisträger sind die drei Flensburger Studentinnen Caren Christin Zenker (2. Platz), Sara Kumm und Laura Oelerich (3. Platz).



v.l. Kai Springwald, Annika Teerling, Jana Behrens, Wilhelm Karwatzki, Dr. Michael Take

Federico Foders

Jahresversammlung 2013 der IfW-Fördergesellschaft

Die Jahresversammlung der Gesellschaft zur Förderung der Stiftung Institut für Weltwirtschaft fand am 25. Februar 2013 in den Räumen der Robert Bosch GmbH in Berlin statt. Im Anschluss an die Sitzungen des Verwaltungsrats und der Mitglieder der Gesellschaft diskutierten u.a. Dr. Kurt-Ludwig Gutberlet, Vorsitzender der Geschäftsführung von BSH Bosch und Siemens Hausgeräte und Präsident der Gesellschaft, Volker Treier, Deutscher Industrie und Handelskammertag, und Prof. Dr. Joachim Scheide, Leiter des Prognosezentrums des IfW, über das Thema „Der Wirtschaftsstandort D auf dem Prüfstand“. Die Moderation führte Dr. Marc Beise, Leiter der Wirtschaftsredaktion der Süddeutschen Zeitung.

Federico Foders



v.l. Prof. Joachim Scheide, Dr. Kurt-Ludwig Gutberlet, Prof. Rolf J. Langhammer, Dr. Volker Treier, Dr. Marc Beise

Zentrum

Events



Das Event-Zentrum unterstützt als interner Dienstleister die Forschungsbereiche und Zentren bei der Konzeption und Organisation von Veranstaltungen des Instituts für Weltwirtschaft.

Es verfolgt das Ziel, alle Veranstaltungen zukunftsorientiert und nachhaltig zu gestalten. Dabei sorgt die enge Verzahnung von Forschungsbereichen und Zentren mit der Eventorganisation für die Umsetzung aktueller, relevanter Themen in der Veranstaltung.

Zentrum

IT-Strukturen



Das Zentrum IT-Strukturen sieht sich als interner IT-Service-Provider am IfW. Unser Ziel ist es, eine hohe Nutzerzufriedenheit bei unseren internen Nutzern aus Forschung und Verwaltung sowie den Gästen des Hauses zu erreichen. Dabei wird stets auf Wirtschaftlichkeit und eine angemessene IT-Security geachtet. Neben der Weiterentwicklung und Betreuung der Netzwerk-, Server- und Dienste-Infrastruktur gehört das Clientmanagement für die 170 festen Arbeitsplätze sowie das Benutzer- und Berechtigungsmanagement zu den Aufgabenbereichen des Zentrums.

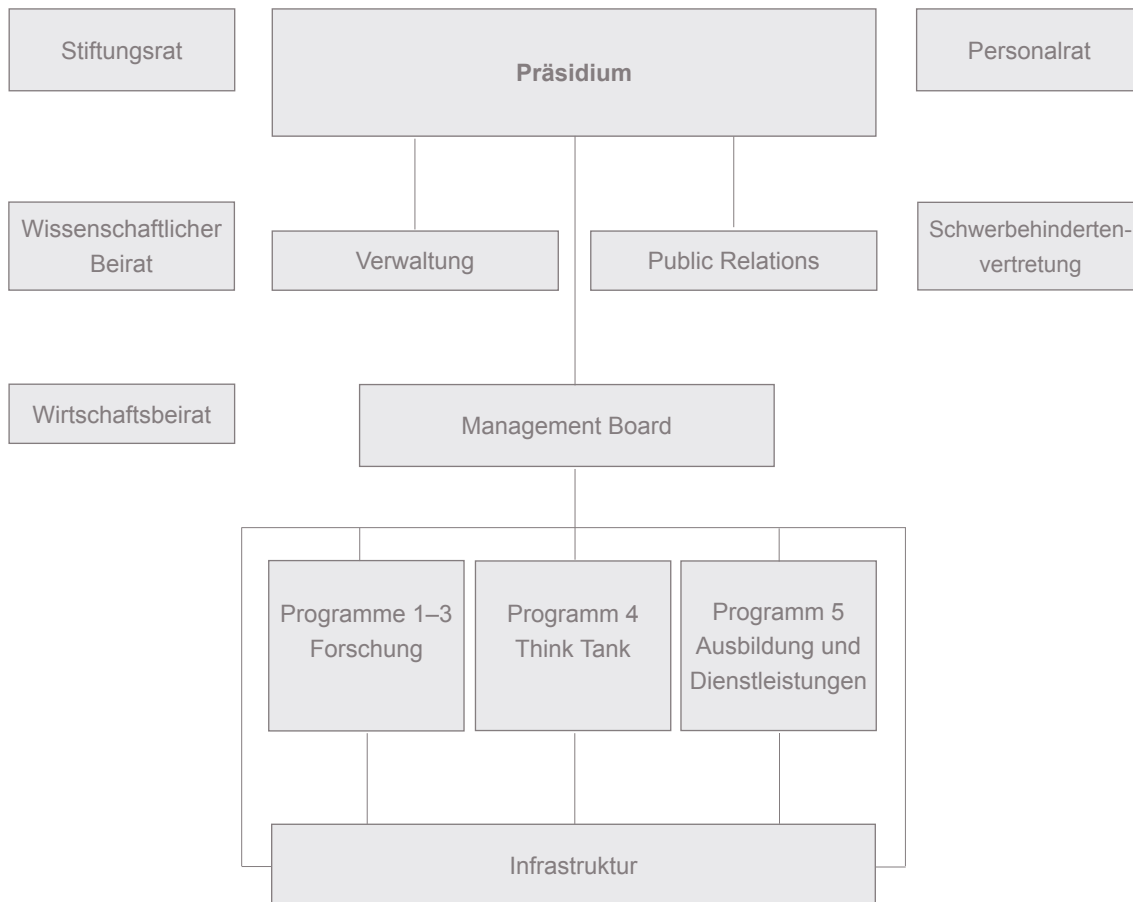
Über die reine Versorgung mit IT-Infrastruktur hinaus, berät und betreut das Zentrum die Forschungsbereiche, das Advanced Studies Program sowie Gastforscher bei der Auswahl und Nutzung von Software und IT-Systemen.

Die Spanne der vom Zentrum bereitgestellten Systeme reicht von mathematischen und ökonometrischen Softwarepaketen über statistische Datenbanken bis hin zu Web-Konferenz-Systemen. Diese Systeme werden dabei sowohl im Eigenbetrieb als auch als Services aus der Internet-Cloud zur Verfügung gestellt.

Zentrum

Web Services

Das Web Services Zentrum unterstützt die Außendarstellung des Instituts und die Netzwerkaktivitäten seiner Forscherinnen und Forscher durch die Bereitstellung und Anpassung moderner Web-technologien, die Nutzern einen Zugang zu Forschungsergebnissen und teilweise auch Forschungsprozessen erlauben.



100 Jahre die Welt im Blick

Welt. Wirtschaft. Verstehen. Gestalten.



Das Institut damals

Seit 100 Jahren forscht das Institut für Weltwirtschaft mit einer globalen Sichtweise zu ökonomischen Themen. Am 20. Februar 1914 gründete Bernhard Harms das damals kleine „Königliche Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft“ in Kiel. Er legte damit die Grundlage für ein Institut, das heute zu den großen Zentren weltwirtschaftlicher Forschung, wirtschaftspolitischer Beratung und ökonomischer Ausbildung zählt.

„Das Besondere an dieser hundertjährigen Reise ist, dass das Institut von Anfang an und bis heute mit dem Weitblick auf eine globalisierte Welt unterwegs ist. Es gehört zu den wenigen Instituten, die ökonomische Fragen nicht aus einer nationalen, sondern aus einer globalen Sicht bewerten“, sagt Professor Dennis J. Snower, der heutige Präsident des IfW. Rund 170 Mitarbeiter, darunter 100 Forscher, sind im Jahr 2014 mit dieser Mission unterwegs und verbinden wissenschaftliche Exzellenz mit praktischen wirtschaftspolitischen Handlungsempfehlungen und fundierter Ausbildung.

... und heute





Institut für Weltwirtschaft | Hindenburgufer 66 | 24105 Kiel | Tel. 0431/8814-1 | Fax 0431/85853 | www.ifw-kiel.de